hlz

C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
September-Oktober 9-10/2021

Du siehst aus, wie ich mich
nach sechs Stunden Unterricht fühle...

... und was die Politiker_innen uns vor der Wahl versprechen

hlz-Notiz

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Aufschlagwechsel

Die GEW hofft, dass alle einen guten Start hatten und erwartet, dass die Voraussetzungen für einen guten Unterricht und für eine über den ganzen Tag gelingende Bildungsarbeit unter Pandemiebedingungen seitens der Behörde gegeben sind.

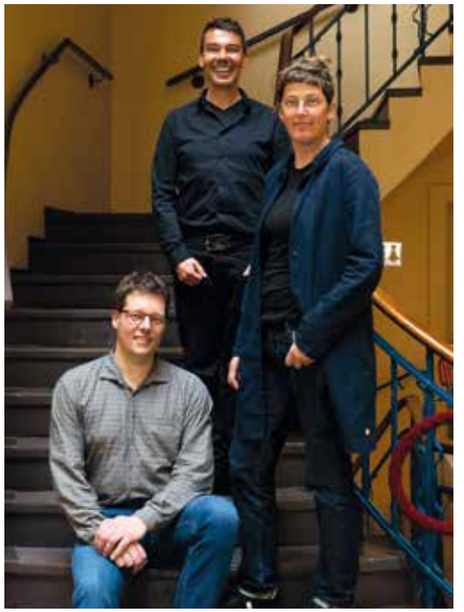
Das vergangene Schuljahr stand im Zeichen der Pandemie. Viele Schülerinnen und Schüler haben ihre Schule, ihre Mitschülerinnen und Mitschüler kaum gesehen. Die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, den Bildungs- und Beratungszentren, bei den Kooperationspartnern im Ganztag und in der Verwaltung haben in dieser herausfordernden Zeit äußerst engagierte und sehr erfolgreiche Arbeit geleistet. Hier erwarten wir eine deutlich spürbare Anerkennung aus der Politik!

Leider hat es die Behörde häufig versäumt, die an Schulen Beschäftigten mitzunehmen und insbesondere beim Thema Gesundheitsschutz mitbestimmen zu lassen. Wie das Schuljahr wird, hängt von der Pandemieentwicklung ab, aber auch davon, ob die Behörde den Beschäftigten und Personalvertretungen die Mitbestimmungsrechte einräumt, die ihnen zustehen. Pädagogischer Anspruch, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Mitbestimmung müssen zusammengedacht werden!

Als neue Vorsitzende sehen wir unsere Aufgabe darin, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit in Zeiten von Corona neu zu denken.

Das Ziel des Bildungssystems, soziale Ungleichheiten zu verringern, steht vor riesigen Herausforderungen. Wenn für uns als Bildungsgewerkschaft die Begriffe Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit weiterhin mit Leben gefüllt sein sollen, benötigen wir einen bildungspolitischen Aufbruch! Dabei darf das grundlegende Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht mehr ein Randthema bleiben, sondern muss deutlicher in den im Fokus gerückt werden, z.B. bei der Digitalisierung, mobilen Arbeit, dem Infektionsschutz und der psychosozialen Belastung bzw. Arbeitszeit.

Beide Themenschwerpunkte – Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit – standen bereits als dringliche Aufgaben auf der Agenda der GEW. Unter Coronabedingungen zeigt sich, wie wichtig die Arbeit daran ist. Die Ländervereinbarung der KMK vom Oktober 2020 zementiert weiterhin die Gliedrigkeit des Schulsystems. Gerade deshalb muss die GEW Hamburg an der Leitidee der ‚Einen Schule für alle' festhalten und verschiedene Wege und Zwischenschritte dahin diskutieren und entwickeln.



Wir planen verschiedene Maßnahmen zur Erreichung unserer Ziele. So wollen wir die Strukturen zur Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in allen Schulen und Betrieben sowie die gesetzlich vorgegebenen Gefährdungsbeurteilungen juristisch und politisch weiter in den Fokus nehmen. Fehlende Aufgabenkritik in Bezug auf die Belastungen im Rahmen der LAZVO und PTF-Dienstanweisung muss auch öffentlich und unter dem Blickpunkt Gesundheitsschutz und altersgerechtes Arbeiten analysiert und mit entsprechenden gewerkschaftlichen Maßnahmen breit diskutiert werden. Wir wollen Anforderungen an eine ‚gesunde und barrierefreie Schule' entwickeln.

Neben der Bildungspolitik stehen in diesem Herbst die Tarifverhandlungen für den TVL an. Die GEW Hamburg geht mit klaren Forderungen für ihre Mitglieder in diese nicht einfachen Auseinandersetzungen. (s. S. 8f)

Bei all diesen Aufgaben möchten wir euch, die Mitglieder, mitnehmen und gemeinsam aktiv die Bildungspolitik in Hamburg mitgestalten – wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Foto: hlz

Anpfiff Seite 8
Die Tarifrunde für den Öffentlichen Dienst im Rahmen des TV-L wirft ihre Schatten voraus. Der Fahrplan steht. Die Forderungen sind gestellt.

Wahlkampf Seite 18
Die DGB-Senior_innen luden zu einer Konferenz – analog! Zwischen den Podiumsteilnehmenden wurden trotz vieler Gemeinsamkeiten die Unterschiede in Hinblick auf die Interessen der Alten in unserer Gesellschaft deutlich.

Kita Seite 24
Strukturveränderungen bei einem der größten Träger der Kindertageseinrichtungen – die Elbkinder – geben Anlass zur Sorge.

Nichts passiert zufällig Seite 28
Der von den Medien gehypte Gewaltvorgang durch Schüler_innen gegenüber einem Polizisten wirft Fragen nach den eigentlichen Ursachen auf.

Hamburger Abendblatt

Vor Ida Ehre Schule: Hamburger Kinder schlagen Polizisten nieder

Der Beamte wollte einen Streit schlichten. Hauptäter soll ein 13-Jähriger sein. „Mehrere Tritte gegen den Kopf"

HA v. 21.8.21

Bildungspolitik

Zweiter Bildungsweg
Strukturveränderungen verschlafen — 26

Religionsunterricht
Mit sanftem Druck — 44

Magazin

DGB-Senior_innen
Politiker_innen waren gefordert — 18

Gewalt an Schulen
Der Wahrheit freies Geleit — 28

Luftfilter
Installation läuft an — 31

Pandemie
Essstörungen nehmen zu — 31

Dienstcomputer
Tastensuche — 33

Benachteiligung
Pandemiebedingt ungleich verteilt — 35

Impfgegner_innen
Gewaltfrei schwurbeln — 38

Bafög
Jubiläum — 42

Pädagogik
Replik auf eine Phantasie — 48

Nazi-Biografie (43), Teil 1
Adolf Denys — 52

Freiheit und Asyl
Für Assange und Snowdon — 55

Kinderarbeit
Dramatischer Anstieg — 56

Antifeminismus
Seminar zur Neuen Rechten — 59

Bergedorf
Woche des Gedenkens — 60

Schwerpunkt

Wahlversprechen — 10

GEW

TV-L
Startschuss erfolgt — 8

Arbeitsbelastung
Der GPR fordert — 17

Vorschule
Wir hinterlassen Spuren — 20

Offene Liste
Ideen und Forderungen — 21

KiJu
Am Limit — 24

Impfnachweispflicht
Stellungnahme GEW-Bund — 34

Arbeits- und Gesundheitsschutz
Es gibt noch viel zu tun — 40

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Leser_innenbriefe/Nachrichten — 6

Letzte Meldung — 37

gb@ — 58

Termine — 61

Rätsel — 62

Aus dem Furor... — 63

Impressum — 65

Foto: i-stock

Auf den Hund gekommen… Seite 10
…sind wir, weil die dramatische Arbeitsbelastung der Kolleg_innen dies verlangt. Nun erfahrt ihr, was die Politiker_innen uns vor der Wahl versprechen, wie es danach besser werden soll.

Nichts bleibt, wie es ist Seite 26
Ein mit den Strukturen der Bildungseinrichtungen des Zweiten Bildungsweges vertrauter Kollege beschreibt die schon seit Jahren merkbaren Veränderungen.

Nicht von dieser Welt Seite 38
Im Lager der Impfgegner_innen kommt es zu bizarren Allianzen, die besondere Aufmerksamkeit verdienen. Nur konsequente Aufklärung kann helfen.

Schuften Seite 56
Weltweit traf und trifft die Pandemie die Kinder auf ganz besondere Weise. War es bei uns eher die Isolation, die die Kinder belastete, äußerte sich deren Belastung in den von Armut gezeichneten Ländern in einem dramatischen Anstieg der Kinderarbeit.

© UNICEF/UNI59778/Ramoneda

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Aus dem Sprachfluss

hlz 7-8/2021, S. 81

Liebe Frau Berg,
leider ist es nicht nur bei der Sprache so, dass bequeme aber fragwürdige Angewohnheiten positive Entwicklungen verhindern. Zu oft ist das Übliche (Sarah) nicht das Richtige (Sahra Wagenknecht)!

PAUL KORF

Hans Paasche

hlz 7-8/2021, S. 78

Lieber Redaktionmitglieder,
herzlichen Dank für die Veröffentlichung unseres Aufrufs in der hlz für Juli und August! Als GEW-Mitglied habe ich mich ganz besonders darüber gefreut. Wir haben auch schon eine Reaktion aus dem Hamburger Kolleg_innenkreis. Durch sie sind wir auch auf die Veröffentlichung aufmerksam geworden. Das gibt uns allen noch mehr Schwung! Danke für die Unterstützung!

Mit Grüßen von allen
PAASCHE-AKTIVEN
in Bremen und Rostock
CORNELIA MANNEWITZ,
GEW-Mitglied in
Mecklenburg-Vorpommern

Foto: domradio.de

Macht was!

Schätzungen zufolge sind in Deutschland über 6000 Minderjährige obdach- oder wohnungslos. SOS-Kinderdorf e.V. fordert zum Tag der Wohnungslosen am 11. September, diese jungen Menschen ohne festen Wohnsitz nicht aus dem Blick zu verlieren und ihnen die Chance auf eine sichere Zukunft zu ermöglichen!

Chancen

Die britische Regierung hat einen Plan für das Ende der Bildungsungerechtigkeit: Latein. Alea iacta non est, aber Bildungsminister Gavin Williamson will das Fach an staatlichen Schulen ausbauen. „Wir wissen, dass Latein den Ruf hat, ein elitäres Fach zu sein, das nur wenigen Privilegierten vorbehalten ist“, sagte er dem Daily Telegraph. „Das Fach kann jungen Menschen so viele Vorteile bringen, also möchte ich diese Kluft schließen.“ Boris Johnson übrigens hat vor zwei Jahren zu Protokoll gegeben, er habe „fast nichts anderes gelernt als Latein und Griechisch. Und jetzt regiere ich das Land. Es ist also eine perfekte Ausbildung“.

Endlich

Der Präsenzbetrieb an Hamburger Hochschulen wird laut Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) ab September wieder aufgenommen. Die Senatorin schloss aber nicht aus, dass besonders große Vorlesungen auch weiterhin digital stattfinden.

Zum Beginn der Vorlesungszeit am 11. Oktober können die Seminarräume und Bibliotheken der Hamburger Hochschulen wieder genutzt werden, verspricht Fegebank. Auch die Mensen und Cafés werden dann wieder öffnen.

Grundlage dafür ist eine Regeländerung des Senats: Für die Hochschullehre wird das bislang geltende Abstandsgebot abgeschafft. Es soll zudem keine festen Vorgaben mehr geben, wie viele Menschen sich auf einer bestimmten Fläche aufhalten dürfen, etwa innerhalb einer Bibliothek. Stattdessen gelte: »3G plus Maske«. Wer genesen, getestet oder geimpft sei, erhalte freien Zutritt zu Universitätsgebäuden. Eine strenge Maskenpflicht bleibt bestehen. Lediglich bei schriftlichen Klausuren dürfen die Masken abgenommen werden – dann sitzen die Prüflinge ohnehin mit großem Abstand zueinander.

Stumpfe Spitze

Fast die Hälfte der unter Dreijährigen in Hamburg besucht eine Krippe. Das ist im Westen der Spitzenwert. Im Schnitt sind es in westdeutschen Bundesländern 31 Prozent, im Osten 53 Prozent. Das geht aus dem Ländermonitoring „Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung hervor. Was den Personalschlüssel betrifft, steht Hamburg nicht gut da. Im vergangenen Jahr betreute ein Erzieher oder eine Erzieherin in Hamburg im Schnitt 4,3 Kinder. Im Vergleich: In Baden-Württemberg sind es nur 3 Kinder, im Osten im Schnitt 5,5 Kinder. Expertinnen zufolge sollte eine Fachkraft in Krippen nicht mehr als 3 Kinder und in Kindergärten nicht mehr als 7,5 Kinder betreuen, um frühkindliche Bildungschancen zu gewährleisten, die über reine Betreuung hinausgehen.

Quelle: ver.di

Rechtsanspruch

Ab dem Schuljahr 2026/2027 gilt bundesweit ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in den ersten vier Schuljahren, darauf haben sich Bund und Länder am Dienstag geeinigt. In Hamburg gibt es den Rechtsanspruch bereits, 85 Prozent der Kinder nutzen das Angebot, sagte Schulsenator Ties Rabe (SPD). Auch Hamburg profitiere aber vom jüngsten Beschluss und könne mit Investitionszuschüssen des Bundes in Höhe von rund 90 Millionen Euro rechnen. Das Geld soll in den Ausbau von Schulkantinen und Ganztagsräumen fließen.

Unterstützung

Seit 2006 beteiligen sich Hamburger Schulen an dem bundesweiten Schulnetzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. Derzeit sind 51 von mehr als 450 Hamburger Schulen darin aktiv. Antirassistische Projekte mussten sie bisher allein organisieren. Jetzt wurden im Landesinstitut für Lehrer_innenbildung (LI) zwei Mitarbeiter_innen eingesetzt, die die Arbeit der Schulen koordinieren und unterstützen sollen. Durch das Projekt sollen Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten und sich gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt zu wenden.

Letzte Meldung

Unsere Heldin S. 37

Noch 5 Ausgaben von dieser hlz-Redaktion

Auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2022 wird unser Redaktionsleiter Joachim nicht mehr zur Wiederwahl stehen. Die Redaktionsarbeit wird dann von einer neuen Redaktion verantwortet – wenn sich denn eine neue findet (vgl. auch hlz 1-2/2021, S. 81). Ihr habt also die einmalige Chance, euch auf einen der interessantesten Jobs in der GEW zu bewerben! Dazu haben wir eine extra Mail-Adresse eingerichtet: geffersjoachim@gmail.de.com oder: info@gew-hamburg.de

DIE REDAKTION

TARIFRUNDE (TV-L)

Forderungen sind gestellt

Angesichts der pandemiebedingten Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte werden die Arbeitgeber mauern. Ein harter Kampf steht bevor

Nach zweieinhalb Jahren Friedenspflicht startet am 1. Oktober 2021 für die Beschäftigten der Länder die Tarifrunde TV-L. Drei Verhandlungstermine der Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind bislang geplant. In der ersten Verhandlungsrunde am 8. Oktober in Berlin überreichen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ihre Forderungen. Sie fordern Entgeltsteigerungen von fünf Prozent, mindestens aber 150 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

Selbstverständlich fordern die Gewerkschaften auch die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die verbeamteten Kolleg_innen und Versorgungsempfänger_innen.

Darüber hinaus erwarten die Gewerkschaften weitere strukturelle Verbesserungen bei der Eingruppierung, insbesondere die stufengleiche Höhergruppierung sowie eine Verhandlungszusage über einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Die GEW setzt sich dafür ein, dass in dieser Tarifrunde endlich die vollständige Paralleltabelle für angestellte Lehrkräfte erreicht wird. Damit würden die Angleichungszulagen in bestimmten Entgeltgruppen überflüssig. Diese wurden in der Vergangenheit als erste Schritte hin zu einer Parallelzuordnung von Tarifentgelt und Besoldung vereinbart Der A12 für verbeamtete Kolleg_innen entspräche in der Paralleltabelle dann im Tarifbereich endlich die E12 statt wie bislang die E11 plus Angleichungszulage.

GEW-Tarifchef Daniel Merbitz begründete die Entgeltforderung damit, dass „angesichts steigender Preise die Beschäftigten eine starke Lohnerhöhung brauchen! Sie haben in den vergangenen eineinhalb Jahren Außergewöhnliches geleistet. Damit der öffentliche Dienst attraktiv bleibt, muss jetzt ein Abschluss her, der diese Leistung honoriert.“

Wir halten euch natürlich auf dem Laufenden darüber, was die zweite Verhandlungsrunde am 1./2. November sowie die dritte fest geplante Runde am 27./28. November in Potsdam bringen wird. Schon jetzt lässt sich erahnen, dass in der Auseinandersetzung die Länge der Laufzeit wieder eine große Rolle spielen wird. In Zeiten, in denen eine Inflationsgefahr besteht, liegt dies auf der Hand. Auch halten die Arbeitgeber, wie schon in 2019, daran fest, die Eingruppierungsgrundsätze zu verändern. Nach ihrer Vorstellung soll die Definition dessen, was ein Arbeitsvorgang ist, neu und wesentlich kleinteiliger definiert werden. Dies würde für viele Beschäftigte zu einer niedrigeren Eingruppierung führen. Hier werden die Gewerkschaften einen harten Abwehrkampf führen müssen.

Aus Hamburg nehmen die Vertreter_innen unseres Landesverbands in der Bundestarifkommission der GEW in jedem Fall mit, sich für die Forderungen der schulischen Therapeut_innen und der Vorschullehrkräfte nach einer besseren Eingruppierung einzusetzen. Keine leichte Aufgabe in bundesweiten Tarifverhandlungen. Umso notwendiger wird es sein, die Forderungen hier vor Ort durch eine große Beteiligung an den Arbeitskampfaktionen zu unterstützen.

Foto: Kay Herschelmann

Auch sie fallen unter den Tarifvertrag. „Get Organized to Strike“ – Unter diesem Motto fand am 3. Juli der Aktionstag der studentischen Hilfskräfte in Hannover statt

Tarifrunden in Pandemiezeiten

Die Tarifrunde TV-L steht in diesem Jahr unter einem ganz besonderen Stern. Ein Rückblick auf die letzte Tarifrunde TV-L 2019 und der Vergleich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen zum TVöD bzw. in Hamburg zum TV-AVH für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im vergangenen Jahr zeigt deutlich, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf Tarifabschlüsse hat. In der Länderrunde 2019 wurden Tariferhöhungen von insgesamt acht Prozent für eine Laufzeit bis Ende September 2021 vereinbart. Dazu wurde die Angleichungszulage für die Lehrkräfte deutlich erhöht und die Kolleg_innen im Sozial- und Erziehungsdienst erhalten seit 2020 mit der Überführung in die sogenannten S-Tabellen eine bessere Bezahlung auf dem Niveau des TVöD.

Das Tarifergebnis der Tarifrunde TVöD fiel 2020, mitten in der Corona-Pandemie, dagegen ganz anders aus. Erstmalig mussten Leermonate im Tarifabschluss in Kauf genommen werden – also Monate, in denen die tariflich vereinbarte prozentuale Entgelterhöhung noch nicht greift. Nicht zuletzt zur Kompensation wurde daher die steuerfreie Corona-Prämie von 300 bis 600 Euro abgeschlossen. Vom 1. April 2021 an steigen nun dort die Gehälter um 1,4 Prozent, mindestens aber 50 Euro, ab dem 1. April 2022 um weitere 1,8 Prozent. Die Laufzeit der Entgelttabellen endet am 31. Dezember 2022.

Was bedeutet dies für die Tarifrunde TV-L im Herbst?

Es ist offensichtlich, dass die Arbeitgeber den Landesbeschäftigten im öffentlichen Dienst einen harten Sparkurs verordnen wollen und mit harten Bandagen kämpfen werden. Darüber hinaus ist unklar, ob die Entwicklung der Pandemie große öffentliche Arbeitskampfaktionen zulassen wird. Insofern taten wir gut daran, diese Tarifrunde frühzeitig in der GEW vorzubereiten.

Entgeltsteigerungen von fünf Prozent, mindestens aber 150 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten sind gefordert

Sicher wird man sich auf harte Tarifauseinandersetzung einstellen müssen, insbesondere was Forderungen der Arbeitgeber nach Kompensationsleistungen der Beschäftigung zur Bewältigung der Coronapandemie betrifft.

Vorbereitung ist alles – Erfolg für alle kein Automatismus

Um in dieser Tarifrunde ein Ergebnis zu erzielen, das zu einem Mehr im Portemonnaie führt, ist es von essenzieller Bedeutung, dass die Menschen hinter den Forderungen der Gewerkschaften sichtbar werden; sowohl auf der Straße als auch in den sozialen Medien. Vor allem aber in den Einrichtungen vor Ort. An jeder Schule, in jeder Hamburger Hochschule und in den ReBBZn muss deutlich werden: hier sind Beschäftigte, die sich für bessere Bezahlung stark machen. Jetzt ist der Austausch in den GEW-Betriebsgruppen und in den Fachgruppen darüber wichtig, wie der Arbeitskampf in der Einrichtung konkret gestaltet werden soll. Für Unterstützung und Material steht die GEW-Geschäftsstelle gern zur Verfügung. Die GEW ist zudem auf einen „digitalen Arbeitskampf“ vorbereitet. Zu empfehlen ist deshalb ein Blick auf die Homepages der GEW Hamburg und der Bundes-GEW. Die verbeamteten Kolleg_innen sind aufgerufen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Tarifkampf aktiv zu begleiten. Tarifrunde ist immer auch Besoldungsrunde. Es liegt daher im ureigenen Interesse der Beamt_innen, tarifbeschäftigte Kolleg_innen solidarisch und wo immer möglich tatkräftig zu unterstützen – sei es auf Versammlungen, mit einem Statement in den Sozialen Medien oder während einer gemeinsamen aktiven Mittagspause. Vor allem aber sollte man sich dagegen verwahren, als Streikbrecherin oder Streikbrecher missbraucht zu werden! Solidarität motiviert, zeigt dem Arbeitgeber / Dienstherrn, dass er die unterschiedlichen Statusgruppen nicht gegeneinander ausspielen kann und bringt dazu auch noch Spaß. Und der kam in den vergangenen zwei Jahren eindeutig zu kurz. Merke: Arbeitskampf bringt nicht nur Geld, sondern hilft auch gegen den Novemberblues. Ich freue mich auf viel Spaß mit Euch!

BIRGIT RETTMER
GEW-Tarifreferentin
Landesverband Hamburg

BUNDESTAGSWAHL

Wenn es auf den Nägeln brennt

Die schulpolitischen Sprecher_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien* antworten uns zum Thema Arbeitszeit und Gesundheitsschutz

Sehr geehrte/r Frau/Herr Abgeordnete/r der Hamburger Bürgerschaft Nils Springborn (SPD), Ivy May Müller (Grüne), Birgit Stöver (CDU), Sabine Boeddinghaus (DIE LINKE); Anna von Treuenfels-Frowein (FDP),

auch wenn die Pandemie nicht besiegt ist, kann man doch wohl davon ausgehen, dass es in naher Zukunft zu keinem weiteren Lockdown an den Schulen kommen wird. Die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahre haben gezeigt, dass es den Kolleg_innen an den Schulen gelungen ist, unter den schwierigsten Bedingungen ein gewisses Maß an Beschulung aufrecht zu erhalten. Dies hatte allerdings seinen Preis. Die Umstellung auf hybride Formen oder auch vollen Online-Unterricht hat bei den Kolleg_innen Spuren der Erschöpfung hinterlassen, deren Tiefe nur durch eine konsequente Entlastung verringert werden kann.

Die Besonderheit der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) genügte bereits vor der Pandemie nicht den Ansprüchen eines auf nachhaltigen Gesundheitsschutz setzenden fürsorglichen Umgangs des Arbeitgebers. Sie ist weder den Anforderungen während der Pandemie noch zukünftigen Herausforderungen gewachsen.

In Ihren Antworten können Sie auch gern die bundespolitischen Impulse des aktuellen Wahlkampfgeschehens in Sachen Bildungspolitik mit aufnehmen. Unsere Forderung nach nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse steht seit vielen Jahren, da das eigentliche Unterrichtsgeschehen die primäre psychisch-mentale Herausforderung von Lehrkräften darstellt. Demgegenüber sind alle weiteren Tätigkeiten nachgeordnet.

Im Folgenden unsere Fragen – wir bedanken uns im Voraus für Ihre Antworten

DIE REDAKTION

*Als Gewerkschaft verstehen wir uns als überparteilich und dem Pluralismus verpflichtet. Wenn es wie im Falle der AfD um eine Partei mit deutlich rechtsradikalen Zügen geht, betrachten wir dieses Gebot für nicht einlösbar.

Wie sollen Ihrer Ansicht nach die veränderten Anforderungen an die Arbeit der Lehrkräfte bei der Bemessung ihrer Arbeitszeit berücksichtigt werden?

SPD Corona hat uns allen sehr viel abverlangt. Seit eineinhalb Jahren beherrscht die Pandemie auch die Hamburger Schulen. Auch ich selbst habe vielfältige Neuerungen, Herausforderungen und Belastungen als Klassenlehrer an einer Stadtteilschule erlebt. Unter herausfordernden Rahmenbedingungen mussten alle schulisch Beschäftigten den Schulbetrieb organisieren. Mit viel Engagement und persönlichem Einsatz aller Kolleginnen und Kollegen konnte dies an den Schulen gut gelingen. Dafür möchten wir uns erst mal bei allen sehr herzlich bedanken.

Die Anforderungen an Lehrkräfte, die sich aus der schulischen Digitalisierung ergeben, begleiten wir durch vielfältige Maßnahmen, um sie zu unterstützen. Dazu gehören vor allem die umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen und Unterrichtsmaterialien und Tools sowie die nun erfolgte Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten.

Das Lehrer_innenarbeitszeitmodell ist durchaus so gestaltet und mit ausreichend Zeit versehen, dass neue Anforderungen darin abgebildet werden können. Mit seinen drei Kategorien „Unterricht“, „allgemeine schulische Aufgaben“ und „schulorganisatorische Aufgaben“ ist es offengehalten und ausreichend, um neue Entwicklungen in das Arbeitsprofil einer Lehrkraft zu inkludieren. So stehen Hamburgs Schulen erhebliche „Organisationsstunden“ für ihre Aufgaben zur Verfügung.

Die Grünen Die Krise hat Lehrer_innen, genauso wie die gesamte Gesellschaft unvorbereitet getroffen. Aus dem Stand entstand für Pädagog_innen ein Handlungsdruck: Nämlich Unterricht für Schüler_innen in ganz neuen Kontexten, Rahmenbedingungen und Strukturen umzusetzen. Gewohnte Routinen, Abläufe und Strukturen waren über Monate hinaus außer Kraft gesetzt. Es musste improvisiert werden und vielerorts brachen die grundlegenden Bedingungen für Kommunikation und pädagogisches Handeln von einem auf den anderen Tag vorerst komplett weg. Es mussten zunächst Möglichkeiten der Kommunikation eingerichtet und anschließend pädagogische Handlungsräume und Methoden von den Lehrkräften entwickelt werden, damit sie ihren Unterricht und die Betreuung der Schüler_innen nach Möglichkeit wieder aufbauen konnten.

All diese neuen und andersartigen Aufgaben haben zu einem gesteigerten Koordinations- und Kommunikationsbedarf bei Pädagog_innen geführt. Ich denke, eben diesen Bedarf gilt es im Sinne von mehr Zeit für den Austausch im Team (A-Zeiten) abzudecken. Genauere Ausführungen dazu in Frage 3.

CDU Zunächst einmal stimme ich zu, dass die vergangenen Monate des Distanz- und Hybridunterrichts nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch für die Lehrkräfte eine große Belastungsprobe waren und einen erheblichen Mehraufwand bedeuteten. Da weiterhin strenge Hygienevorschriften und Quarantäneregelungen an den Schulen gelten und die Testpflicht fortbesteht, ist das auch weiterhin der Fall. Daher möchte ich den Lehrkräften an dieser Stelle zunächst einmal für ihren Einsatz in den vergangenen Monaten danken. Viele von ihnen haben die Herausforderungen sehr gut gemeistert und viel Engagement gezeigt.

Aus meiner Sicht ist die Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) aber nicht erst in der Corona-Pandemie, sondern bereits lange vorher an ihre Grenzen gestoßen. Neue Inhalte, Methoden und Formen der Organisation haben den Lehrerberuf in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Fülle der Aufgaben nimmt mehr und mehr zu. Stichworte sind die Erarbeitung schulinterner Curricula für alle Klassenstufen und Fächer, die Einführung der selbstverantworteten Schule, eine viel weiter gehende Individualisierung des Unterrichts, die Inklusion und neue Formen der Lernstandsüberprüfung und der Elternberatung. Alle diese Maßnahmen erfordern einen erheblich höheren Abstimmungsaufwand. Der dafür notwendige höhere Arbeitsaufwand wird in der LAZVO aktuell nicht berücksichtigt. Die CDU- Fraktion fordert daher bereits seit langem, die LAZVO anzupassen und die neuen Aufgaben entsprechend zu systematisieren. (Vgl. u.a. Drs. 21/14661 und Drs. 21/19729)

DIE LINKE. Mehrfach haben wir von der Fraktion Die Linke, auch in Zusammenarbeit mit der GEW, die Mängel des LAZM und die daraus folgenden Mängel in der LAZVO abgefragt und kritisiert. Die bestehende Verordnung ist seit Jahren überholt und hat noch nicht einmal die letzten Empfehlungen der Evaluierungskommission übernommen. Sie ist sowohl in ihrer Funktion als Planungsmodell wie auch in der Abbildung der verschiedenen Aufgaben an Schule out of date. Zuletzt hatten wir in die Haushaltsverhandlungen im Juni 2021 die Forderung eingebracht, alle Lehrkräfte mit zwei unteilbaren zusätzlichen A-Zeiten zu entlasten. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfraktionen abgelehnt.

FDP Das Lehrerarbeitszeitmodell sollte im Grundsatz bestehen bleiben. Jedoch sind wir für eine Evaluierung offen, weil sich die Herausforderungen der Schule von heute verändert haben. Die Evaluierung sollte mit allen Beteiligten gemeinsam stattfinden.

Inwieweit halten Sie das jetzige Verfahren der minutengenauen Abrechnung der Lehrer_innentätigkeit für pädagogische Arbeit sinnvoll?

Fotos: hlz

SPD Hamburg hat über 20.000 Lehrkräfte. Die Schulleitungen haben die Aufgabe, Unterricht und pädagogische Aufgaben zu organisieren. Dies ist eine große Managementaufgabe. Als Lehrer, der an einer Stadtteilschule unterrichtet, weiß ich, dass zeitliche Vorgaben in der Pädagogik nicht immer begrüßt werden. Dennoch ist es wichtig, die Abrechnung genau erfolgen zu lassen. Wir brauchen ein konkretes Arbeitszeitmodell, um Unterricht gut zu organisieren, die Arbeitszeit von Lehrkräften gerecht zu gestalten und genau nachvollziehen zu können, ob in gewissen Bereichen ggf. Steuerungsbedarf besteht.

Die Grünen Ich denke, dass das Lehrer_innenarbeitszeitmodell sowohl Vorteile als auch Schwierigkeiten mit sich bringt. Einerseits schafft diese Form der Steuerung von Arbeitszeit eine Sichtbarkeit für viele Teilbereiche der Lehrer_innenarbeit, wie die außerunterrichtlichen Tätigkeiten, die oft – ob im politischen Diskurs oder im gesellschaftlichen – als Nebentätigkeit verstanden und zu wenig wertgeschätzt wird. Zugleich birgt das LAZVO aber auch seine Schwierigkeiten. Beispielsweise ist eine mittelfristige bis langfristige Evaluierung notwendig, um den realen Aufwand von Tätigkeiten im Modell abzubilden. Dies ist ausgehend vom Koalitions-

vertrag nicht in dieser Legislatur vorgesehen. Als Grüne sehen wir allerdings für die darauf folgende Wahlperiode an dieser Stelle Handlungsbedarf.

CDU Die Lehrerarbeitszeitverordnung wurde ursprünglich als Planungsinstrument zur Erfassung der Lehrer_innenarbeitszeit eingeführt. Das halte ich grundsätzlich für sinnvoll. Das frühere Pflichtstundenmodell, demzufolge alle Lehrerinnen und Lehrer einer Schulform unabhängig vom Aufwand der Vorbereitung der Unterrichtsfächer und sonstigen pädagogischen Aufgaben dieselbe Zahl von Unterrichtsstunden pro Woche geben, wird weder der Unterschiedlichkeit der verschiedenen Fächer noch der Aufgabenvielfalt der Lehrer_innenschaft gerecht. Daher war die Einführung der LAZ aus unserer Sicht grundsätzlich richtig. Sie sollte die vielfältigen Aufgaben wie u.a. die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, aber auch Elternkontakte, organisatorische Aufgaben und Fortbildungen besser abbilden und dadurch die Belastungen für die Lehrkräfte besser planbar machen und gerechter verteilen. Allerdings hat die Aufgabenfülle in den vergangenen Jahren derart zugenommen, dass die LAZVO diesen Ansprüchen in ihrer jetzigen Form nicht mehr gerecht wird. Sie sollte daher dringend evaluiert und angepasst werden.

DIE LINKE. Wie unter Frage 1 erwähnt, ist eine „minutengenaue Abrechnung“ kaum sinnvoll, da der Anteil sozialer Aufgaben und der von Betreuungsgesprächen, Übergabe-, Fachgesprächen und vielfach nötigen Kooperationsabsprachen etc. gestiegen ist und wechselnde Zeitkontingente erfordert.

FDP Die Praxis zeigt, dass eine minutengenaue Abrechnung schwierig möglich ist. Jedoch ist ein Richtwert sinnvoll.

Welche Formen der Entlastung des Lehrpersonals halten Sie für geboten?

SPD Hamburg hat in der jüngeren Vergangenheit sehr umfangreiche Maßnahmen zur Entlastung getroffen und deutliche Verbesserungen im LAZVO eingeführt. Als Beispiele zu nennen sind die Streichung des zweiten Lernentwicklungsgesprächs und des dritten Präsenztags in den Sommerferien sowie die Deckelung der Höchstzahl an Unterrichtsstunden auf 29 pro Woche. Zudem wurden Lehrkräfte von der Entwicklung der Aufgaben in den Abiturfächern befreit und es erfolgte eine Reduzierung von Klassenarbeiten. Um die neuen Aufgaben wie Inklusion und Ganztagsschule an den Schulen zu gestalten, gab es zugleich einen deutlichen Ausbau des schulischen Personals. Zudem gab es zusätzliches Personal für kostenlosen Nachhilfeunterricht, für den Unterricht an Stadtteilschulen sowie für kleinere Grundschulklassen.

Durch die erheblichen Verbesserungen der Personalsituation an allen Schulen ist das LAZVO mit ausreichend Zeit versehen, dass neue Anforderungen darin abgebildet werden können.

GRÜNE Eine Überlegung, an der wir dran sind, um Pädagog_innen zu entlasten, ist zusätzliche Teamzeiten (A-Zeiten) einzuführen. Es braucht Raum, um die Erfahrungen der pandemiebedingten Veränderungen an den Schulen aufzuarbeiten. Der kollektive Austausch schafft Synergien, die dann wiederrum entlasten. Teamzeiten können zudem mit Blick auf die Abstimmung zwischen Schulbeschäftigten und außerschulischem Personal, das derzeit im Rahmen der verschiedensten Förderprogramme eingesetzt wird, sinnvoll sein.

Darüber hinaus sehen wir den Bedarf an Zeit für die Arbeit in der gesamten Schulgemeinschaft. Zeit, in der die Entwicklung einer Schule gestaltet und wichtige Themen unter der Beteiligung aller Menschen in Schule bearbeitet werden kann. Gerade nach Corona müssen viele Fragen und Herausforderungen adressiert werden. Die vergangenen eineinhalb Jahre haben Spuren, Lücken und Fragezeichen hinterlassen. Viele wünschen sich, diese miteinander aufzuarbeiten. Darüber hinaus kommen verstärkt Fragen zur pädagogischen Weiterentwicklung der Schulen auf. Es braucht Räume, in denen Schulen ihre Entwicklung für die Zukunft gemeinsam gestalten können. Deswegen denken wir aktuell über die Ausweitung der Ganztagskonferenzen nach. So kann mehr Raum für gemeinsame Schulentwicklungsprozesse geschaffen werden, in denen die didaktischen Möglichkeiten und Bedarfe, die im Distanz- und Hybridunterricht gemacht wurden, ausgewertet, aufgearbeitet und möglicherweise in weiterführende Konzepte übertragen werden können.

CDU Lehrkräfte stehen seit Jahren unter enormem Druck. Durch die neuen Anforderungen, die im Laufe der Corona-Pandemie angefallen sind, hat dieser Druck in den vergangenen Monaten noch zugenommen. Neben der überfälligen und dringenden Anpassung der LAZ fordern wir daher eine kurzfristige Entlastung der Lehrkräfte. Dafür haben wir in der Bürgerschaft bereits mehrfach gefordert, allen Vollzeitlehrer_innen ein zusätzliches Stundenkontingent für allgemeine Aufgaben (sog. A-Zeiten) zu gewähren.

DIE LINKE. Letztlich sind die zwei unteilbaren A-Zeiten für jede Lehrkraft nur ein erster Schritt. Eine grundsätzliche neue Evaluation der LAZVO ist nötig; die bisherigen Empfehlungen sollten umfänglich aufgenommen werden bzw. es sollte geprüft werden, welche weiteren Funktionen noch in den letzten Jahren in welchen Umfängen zu der schulischen Arbeit hinzugekommen sind und wie diese technisch und in welchen Zeitumfängen/Faktorisierungen in einer Überarbeitung der LAZVO aufgenommen werden müssen.

FDP Neben einer besseren personellen Ausstattung braucht es unserer Auffassung nach gerade für die Binnendifferenzierung auch mehr Räumlichkeiten. Wir fordern einen Digitalpakt 2.0. Dieser würde zu einer erheblich Entlastung des Lehrpersonals führen.

Welche Bedeutung messen Sie dem Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals an Schulen bei?

SPD Gesundheitsschutz spielt für jede Schulbeschäftigte und jeden Schulbeschäftigten eine wesentliche Rolle - unabhängig davon, ob man pädagogisch tätig ist oder nicht. Für mich persönlich ist es wichtig, dass die Schulen in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde weiterhin gute und niedrigschwellige Angebote anbieten und auf diese aufmerksam machen. Denn Hamburg bietet hier ein sehr gutes Beratungs- und Unterstützungsangebot. Für alle Beschäftigten an Hamburgs Schulen steht das Referat Gesundheit am Landesinstitut (LI) als Beratungs- und Anlaufstelle zur Verfügung. Das Angebot an Beratung, Unterstützung und Information ist sehr groß. Gleichzeitig stellt das LAZ sicher, dass die Arbeitszeit, Aufgaben und Belastung von Lehrkräften transparent und fair verteilt werden. So sollen unverhältnismäßige Belastungen, die negative Folgen für die Gesundheit haben können, vermieden werden.

GRÜNE Der Gesundheitsschutz spielt wie in jedem Arbeitsverhältnis eine wichtige Rolle im Sinne des Arbeitnehmer_innenschutzes. Für uns Grüne ist eben dieser Arbeitnehmer_innenschutz auch besonders wichtig.

Gerade mit Blick auf die Pandemie hatten und haben wir diese Haltung. Eben deswegen haben wir uns an bestimmten Punkten regelmäßig dafür eingesetzt, dass an den Schulen mehr für den Gesundheitsschutz auch mit Blick auf die Pädagog_innen getan wird. Die von uns frühzeitig eingeforderten mobilen Luftfilter sind dafür ein Beispiel.

CDU Dem Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals kommt aus meiner Sicht eine große Bedeutung zu. Die Qualität des Unterrichts steht und fällt mit der Lehrkraft. Nicht erst die bekannte „Hattie-Studie“ hat das deutlich gemacht. Die Aufgaben und Herausforderungen der Lehrkräfte nehmen seit Jahren zu. Die Folge ist eine steigende Krankenquote, u.a. aus Gründen der Überlastung. Aus diesen Gründen sind schnellstmöglich Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte angezeigt.

DIE LINKE. Wir messen dem Gesundheitsschutz an Schulen eine hohe Bedeutung zu. In Hamburg arbeitet ein großer Teil der Lehrkräfte in Teilzeit. Wir sehen darin nicht nur einen Ausdruck einer ge-

stiegenen generellen Freizeitorientierung, sondern auch eine individuelle Entlastungsstrategie von beruflichen Belastungen. Mit den zwei unteilbaren zusätzlichen A-Zeiten wollten wir die Belastungen mindern. Zudem hatten wir in der letzten Legislatur den Antrag gestellt, als ersten Schritt an zehn Schulen im Modellversuch Schulgesundheitsfachkräfte einzustellen, da Beispiele aus Hessen und Brandenburg positive Resultate für alle Schulbeteiligten zeigten. Wir forderten zu prüfen, ob aus einer Finanzierungsmischung von Schulbehörde, Gesundheitsbehörde und Krankenkassen mindestens eine Vollzeitstelle je Schule für Gesundheitsfachkräfte eingerichtet werden könnte. Dies wäre das mittelfristige Ziel: eine Gesundheitsfachkraft pro Schule mindestens.

FDP Wir messen dem Gesundheitsschutz des pädagogischen Personals eine sehr große Bedeutung bei. Um diesen verantwortungsvollen Beruf auszuüben, muss alles dafür getan werden, dass die Standards eines Gesundheitsschutzes für pädagogisches Personal gewährleistet sind.

Nehmen Sie Stellung zu unserer Forderung, dass kein Pädagoge und keine Pädagogin mehr als 20 Stunden vor der Klasse stehen sollte.

SPD Wie viel eine Lehrkraft unterrichtet, hängt davon ab, wie viele Aufgaben sie außerhalb des Unterrichts übernimmt. Das LAZVO umfasst wie beschrieben nicht nur den Unterricht, sondern auch organisatorische Aufgaben. Damit ist den Schulen eine große Flexibilität gegeben, Unterricht und organisatorische Aufgaben zu gestalten. Die Entscheidung darüber liegt bei der jeweiligen Schulleitung. Im Durchschnitt unterrichten Hamburger Lehrkräfte 24 Stunden pro Woche und damit vergleichbar wie in anderen Bundesländern. Ich halte dies für angemessen.

GRÜNE Ich kann die Forderung nachvollziehen, da die Belastung groß ist. Jedoch würde ich sagen, dass die Frage nach dem Unterricht im Sinne von „vor der Klasse stehen“ eine aus meiner Perspektive eher statische Frage ist. Denn aus Grüner Sicht wird sich Unterricht im Sinne einer zeitgemäßen Bildung im 21. Jahrhundert weiterentwickeln (müssen). Der klassische Unterricht vor einer Klasse wird Flipped-Classroom-Konzepten oder anderen Formen des stärker individualisierten Lernens weichen. Die Pädagog_innenrolle wird sich schrittweise verändern und sich mehr und mehr über das klassische Modell hinweg entwickeln. Das klingt nun erstmal nach Zukunft, aber ich denke, dass wir davon nicht mehr allzu weit entfernt sind, da sich schon jetzt durch das Lernmanagement System Wege aufzeigen, Unterricht weniger frontal zu gestalten. Die Frage nach der Belastung von Pädagog_innen sollte natürlich aber auch in derartigen Unterrichtssettings eine Rolle spielen. Auch hier sehe ich mehr Kommunikation und Kooperationszeit als Schlüssel, der durch Synergien in der Zusammenarbeit Belastungen reduzieren kann.

CDU Da einige Unterrichtsfächer eine sehr viel intensivere Vorbereitung und Nachbereitung benötigen als andere, halte ich diese Forderung für zu pauschal. Hinzukommen die Unterschiede zwischen den Schulformen. Auch gilt es, die Fülle an organisatorischen, sozialen und technischen Aufgaben zu berücksichtigen. Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer sind in diesen Bereichen in derselben Weise eingebunden. Vor diesem Hintergrund halten wir die LAZVO auch weiterhin grundsätzlich für geeignet, um die Arbeitszeit der Lehrkräfte besser abzubilden.

DIE LINKE. Das ist eine sehr sinnvolle Forderung, die wir unterstützen. Wir hatten sie selbst in unser letztes Bürgerschaftswahlprogramm aufgenommen. „Die Lehrerarbeitszeitverordnung in ihrer jetzigen Form muss abgeschafft werden. Lehrer_innen dürfen nicht mehr als 20 Stunden Unterricht erteilen.“

FDP Auch hier kann es sich nur um einen Richtwert handeln, denn es kommt auch auf die Fächerkombination und die zusätzlichen Tätigkeiten an.

Was würden Sie bildungspolitisch umsetzen, wenn Ihre Partei nach der Bundestagswahl Regierungsverantwortung übernehmen würde?

SPD Die SPD hat sich in der Koalitionsregierung dafür eingesetzt, dass der Bund die Länder wieder mit finanziellen Mitteln für die Bildungsinfrastruktur unterstützen kann. Das war ein wichtiger Schritt für mehr und gerechtere Bildungschancen. Damit konnten im Rahmen der Digitalpakte von Bund und Ländern wichtige Maßnahmen mit 5 Mrd. Euro unterstützt werden. Dazu gehört der WLAN-Ausbau an Schulen sowie die Ausstattung der Schulen und Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten. Damit konnte zudem aktuell das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona“ mit 2 Mrd. Euro auf den Weg gebracht werden, um Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Die SPD wird in ihrer Regierungsverantwortung hier anknüpfen und die Länder weiter finanziell bei den bildungspolitischen Aufgaben unterstützen. Damit können wir nicht nur zusätzliche Investitionen tätigen, sondern gleichzeitig Schulen weiter stärken, die Qualität von Unterricht erhöhen und die Digitalisierung vorantreiben.

GRÜNE Die GRÜNE Liste ist lang. Ich will ein paar Beispiele geben.

Im Bereich der pädagogischen Arbeit haben wir Folgendes vor:

Wir wollen mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive (von Erzieher_innen, Lehrer_innen und anderen pädagogischen Arbeiter_innen) für faire Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Um den Mangel an Pädagog_innen mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern, bestehende Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken und gemeinsame Qualitätsstandards sichern. Auch im Bereich der Bildungsgerechtigkeit wollen wir einiges anpacken:

Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung einer integrierten, professionsübergreifenden Schulentwicklung auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern. Zudem wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und flächendeckend als Bestandteil des Ganztags verankern.

Darüber hinaus wollen wir dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken.

Zugleich wollen wir das Bildungssystem im Sinne einer zukunftsgerichteten Bildung transformieren:

Wir wollen mit einer zeitgemäßen, datenschutzfreundlichen digitalen Ausstattung, mit Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen, mit kontinuierlichen Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt Schulen zu einer Zukunftsbildung in der digitalen Gesellschaft machen. Dafür sind hauptberufliche Administrator_innen notwendig, die die technische Infrastruktur an Schulen aufbauen und vor allem pflegen. Wir wollen dies im Rahmen der Befugnisse des Bundes fördern. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den Ländern die Ausbildung der Lehrer_innen mit Blick auf die Möglichkeiten der digitalen Bildung verbessern.

Zudem stehen wir GRÜNE für eine Transformation des Bildungssystems im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Das Konzept zur Veränderung der Bildungsziele, -inhalte, -methoden und -räumlichkeiten, welches von Deutschland im Zuge der UN Dekade unterzeichnet wurde, wollen wir nutzen, um ein kindgerechtes, zukunftsfähiges und inklusives Schulsystem zu fördern. Wir wollen deswegen BNE in allen Bildungsphasen und Bildungsbereichen gemäß des nationalen Aktionsplans BNE verankern.

CDU Die Bildungspolitik fällt in erster Linie in die Verantwortung der Länder. Hier hat die CDU in den letzten Jahren mit ihren Vorschlägen deutlich Akzente setzen können. Die Bundesregierung hat die Länder in den vergangenen Jahren allerdings insbesondere finanziell stark unterstützt. Diese Unterstützung soll fortgeführt werden.

Sehr engagiert hat sich die Bundesregierung in den vergangenen Jahren in der frühen Bildung. Dazu gehört der Kita-Ausbau, der massiv vorangetrieben wurde ebenso wie die Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität in der vorschulischen Bildung. Diese Anstrengungen werden wir auch über 2022 hinaus fortführen.

Wir werden auch weiterhin einen Schwerpunkt auf die Sprachförderung in Kita und Schule legen. Vom Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ hat auch Hamburg in den vergangenen Jahren sehr profitiert. Dieses Programm wollen wir fortführen.

Darüber hinaus werden wir Schulen in sozial schwierigen Lagen auch weiterhin besonders unterstützen. In diesem Zusammenhang ist die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ zu nennen. Und selbstverständlich müssen wir die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, die während der Corona-Pandemie entstandenen Lerndefizite aufzuholen.

Dafür wurde bereits ein Unterstützungsprogramm für die Jahre 2021 und 2022 in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt.

Wir werden ferner die Qualitätsoffensive Lehrer_innenbildung weiterentwickeln. Außerdem haben die vergangenen Monate besonders eindrücklich die Bedeutung von digitalen Kompetenzen deutlich gemacht. Es ist uns daher ein Anliegen, die digitalen Kompetenzen in der Lehrer_innenausbildung besonders zu fördern. Aber auch Schülerinnen und Schüler müssen in dieser Hinsicht stärker unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur um das technische und informatische Grundverständnis, sondern auch um den Umgang mit Medien.

Schließlich ist es uns in der heutigen Zeit mehr denn je ein Anliegen, die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen und Schulformen zu stärken. Kindern und Jugendlichen sollten gesellschaftliche Werte, Dialogbereitschaft und der Respekt vor Mensch und Natur vermittelt werden. Sie müssen lernen, sich eine Meinung zu bilden und diese selbstbewusst zu vertreten und dabei gleichzeitig offen und tolerant zu bleiben.

DIE LINKE. Aus der Hamburger Position heraus würden wir damit beginnen, die Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention wie auch der UN-Kinderrechtskonvention schulgesetzlich zu verankern und die daraus abzuleitenden Anforderungen an Schule strukturell zu implementieren. Dies würde wesentlich dazu beitragen, die langjährige sich vertiefende Bildungsungerechtigkeit in der Bundesrepublik zu mindern und dass Schule als Lebens-, Bildungs- und Aufenthaltsort für junge Menschen Schluss macht mit der Reproduzierung von gesellschaftlicher Spaltung, Ungleichheit und Stigmatisierung auf Grund kultureller und ökonomischer Herkunft. Dies anzugehen wäre für uns ein wesentliches Ziel, um zunehmend für soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen zu sorgen. Relevant ist auch die Qualitätssteigerung in der Lehrer_innenausbildung sowie die Ausweitung der Schulsozialarbeit. Die Finanzierung muss ausgeweitet werden. Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens müssen gestoppt werden. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen würden wir aufheben und gerechte Bildung als eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern. Ein Bildungsrahmengesetz soll die gleichen Rechtsansprüche in jedem Bundesland absichern und alle Abschlüsse müssten gleichermaßen anerkannt werden. Um Bildung nicht vom Einkommen der Familien abhängig zu machen, muss wirkliche Lehr- und Lernmittelfreiheit gelten: Schüler:innen sollen kostenfrei in den Schulen verpflegt und ebenso kostenfrei zum Unterricht und wieder nach Hause befördert werden.

FDP Wir wollen ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung investieren, das wären rund 2,5 Milliarden Euro, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems notwendig sind. Außerdem muss die Autonomie der Schulen gestärkt werden. Gleichzeitig wollen wir außerschulische Akteur_innen und Inaktive in den Schulalltag vermehrt einbinden. Zudem wollen wir Talentschulen einrichten, um soziale Nachteile zu überwinden. Wir wollen die Mintbildung frühzeitig stärken, um Mädchen gezielt zu fördern.

Blinde Kuh ist die erste deutschsprachige Suchmaschine für Kinder. Seit 1997 finden Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren durch die Suchmaschine, den Katalog und die Teaserings von www.blinde-kuh.de kindgerechte Angebote im Internet. So können sie die ersten Schritte im Netz in einem altersgerechten Surfraum unternehmen. Diese Vernetzung der Kinderseitenlandschaft ist ein wichtiger Baustein des präventiven Jugendmedienschutzes. Gestartet ist Blinde Kuh als ehrenamtliches Projekt engagierter Eltern und wird seit 2004 vom Bundesministerium für Familie, Senior_innen, Frauen und Jugend, BMFSFJ, gefördert. Sie ist Gründungsmitglied von „Seitenstark“.

ARBEITSBELASTUNG

Schule, die krank macht

Neben einer grundsätzlichen Reduzierung der Arbeitsbelastung durch weniger Stunden vor der Klasse muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Fokus gerückt werden

Was offensichtlich der Behörde noch neu ist oder unbedeutend erscheinen muss, wusste *Welt-online* schon 2007 zu berichten. Dabei ist der Trend „Schule macht krank“ anhand der Zahlenlage offensichtlich: Die durchschnittlichen Krankentage in Deutschland sind von 2006 bis 2019 um weit mehr als 50 Prozent gestiegen, Spitzenreiter unter den Ursachen: psychische Störungen (Quelle: BKK Gesundheitsreport; Focus).

Und siehe da: Auch die Fehlzeitenquote der Lehrer_innen steigt unaufhaltsam. Lag diese in Hamburg 2013/14 noch bei 5,4 Prozent stieg sie 2016/17 auf 6 Prozent und erreicht 2018/19 mit 6,4 Prozent einen neuen Höchststand. Dabei ist die Fehlzeitenquote der Frauen um 38 Prozent höher als die der Männer, entsprechend der hohe Ausfall an den Grundschulen.

Seit 2012/13 sind die Fehltage der 30-39-Jährigen um mehr als 60 Prozent gestiegen, trotz Personalzuwachs von 18 Prozent ist dies signifikant hoch. Schlimm sieht es ebenso bei den über 60jährigen aus: Mit 7,9 Prozent liegt diese Altersgruppe deutlich über dem Durchschnitt.

Die langfristigen Erkrankungen, vielfach ausgelöst durch Burn-out, bilden aktuell zwar mit 1,4 Prozent nur einen geringen Anteil der Krankheitsfälle, aber sie beeinflussen die Fehlzeitenquote mit 28 Prozent aller Fehltage stark.

Und Obacht: In diese Berechnungen sind nur die Daten eingeflossen, die außerhalb der Ferien gemeldet wurden. Die bereinigten Zahlen liegen höher, denn wer weiß es nicht: Erst wenn die Ferien anbrechen, brechen sich auch die Krankheiten Bahn.

Alles neu oder altbekannt?

Dies alles müsste der BSB allerdings bekannt sein, schließlich führen die Schulen seit Jahren Gefährdungsbeurteilungen durch. Und beim Vergleich der Jahresberichte des LI zu den Gefährdungsbeurteilungen fallen einzig die stets gleichen Beschwerdebilder auf: Zeitdruck, keine Erholung in den Pausen, ineffiziente Konferenzen, Probleme bei der Kommunikation mit Schulleitungen, Gewalt durch Schülerinnen und Schüler und Lärm. Wer kennt dies nicht?! Mittlerweile fühlen sich 68 Prozent der Kolleg_innen gesundheitlich beeinträchtigt, eine Zunahme seit 2014 um 14 Prozent. Mehr als die Hälfte der Kolleg_innen sagen, dass ihr Gesundheitszustand sich in den letzten zwei bis drei Jahren verschlechtert hat.

(Bericht über die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen psychosozialer Belastungen des pädagogischen Personals an Hamburger Schulen – Jahresbericht 2017/18 / LIB 4)

Und in Zukunft?

Es reicht einfach nicht, dass Gefährdungsbeurteilungen, die nicht ausreichend tätigkeitsbezogen sind und Gefährdungen sich daher auch nicht ausreichend spezifisch auf ihre Quellen zurückführen lassen, alle fünf Jahre durchgeführt werden sollen. Es reicht einfach nicht, dass Maßnahmen geplant werden, diese dann aber nicht prioritär gemäß dem Arbeitsschutzgesetz abgearbeitet werden: Zuerst technische, dann organisatorische und dann erst personenbezogene Maßnahmen. Es reicht einfach nicht, dass, falls es keine Maßnahmen gibt, die Gefährdungsbeurteilungen einen Hinweis an die Schulaufsicht beinhalten. Und es reicht auch nicht, dass das LI Angebote macht, wie z.B. mit Stress umzugehen sei. Die Arbeitsverhältnisse vor Ort müssen in den Fokus rücken!

Und dabei ist - das müssen die Verantwortlichen der BSB endlich begreifen – der Personalrat bei allen Fragen des Gesundheitsschutzes hinzuzuziehen.

Bis es soweit ist, sei aber wenigstens an das Rosenboom-Schreiben vom September 2012 zur besonderen Fürsorge ab dem 55. Lebensjahr erinnert: Diese Kolleg_innen müssen entlastet werden, z.B. bei der Gestaltung des Stundenplans oder sie sollen ggf. in kleineren Lerngruppen eingesetzt werden. Sie sollten Funktionsstunden erhalten, weniger Aufsichten erteilen oder ein Anrecht auf einen freien Tag und ein Anrecht auf einen Ruheraum in der Schule haben. Auch auf Klassenreisen müssen diese Kolleg_innen nicht zwingend fahren. Vor allem brauchen sie nicht mehr beurteilt werden und mit dem Erreichen des 58. Lebensjahres sind sie außerdem grundsätzlich von Versetzungen gegen ihren Willen auszunehmen. Durch solche Maßnahmen kommen wir zu dem, was man unter einem salutogenen Leitungshandeln versteht.

aus: Informationen des Gesamtpersonalrates – (aktuelle Ausgabe; gekürzt; Quellen s. Info)

Toastbrot reicht nicht

Die Spaltung zwischen arm und reich auch bei den Alten stand im Fokus einer Veranstaltung der DGB-Senior_innen

Unsere Kolleginnen Jutta Staak und Bettina Wehner-Wübbeking, letztere als Einladende und Gastgeberin des DGB, hatten dazu aufgerufen, an einer Veranstaltung über Senior_innenpolitik teilzunehmen. Sie konnten sogar unsere ehemalige Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze dafür gewinnen, die dazu organisierte Podiumsdiskussion zu moderieren.

Der Saal im Hamburg-Haus in Eimsbüttel war unter den Bedingungen der 3-G-Regel, sprich: unter Einhaltung der Abstandsregeln, gut gefüllt.

So mitten in der heißen Phase des Wahlkampfs hatten es sich die Parteien nicht nehmen lassen, die auf diesem Gebiet ausgewiesenen Sachkundigen zu schicken. Bis auf die Vertreterin der FDP waren alle Abgeordnete der Bürgerschaft oder – wie im Fall des SPD-Vertreters – Mitglied des Bundestages und bis auf den Vertreter der Linken waren alle auch Betroffene, sprich: bereits im Rentenalter oder knapp davor. Und so konnten die Zuhörenden Details erfahren, über die in der Öffentlichkeit an anderer Stelle eher wenig berichtet wird. Es sind vornehmlich Alltagserleichterungen, die politisch ausgehandelt werden müssen. Das reicht von barrierefreiem Bauen über die Frage, wie der letzte Kilometer von der ÖPNV-Haltestelle bis zur Wohnung zurückgelegt wird bis hin zu Angeboten für einen digitalen „Führerschein“. Aber auch so etwas wie das Unverständnis darüber, dass es bspw. in Sachen Kreditvergabe bei den Banken Altersdiskriminierungen gebe, war Gegenstand der Debatte. Da müsse man gesetzgeberisch initiativ werden, so die Vertreter_innen unisono.

Allen damit verbundenen Forderungen war gemeinsam, dass die Vertreter_innen der Parteien dies als berechtigte Anliegen ansahen und somit die Diskussion eher konsensual verlief. Eine Kontroverse, die später schärfere Konturen bekommen sollte, deutete sich an, als zunächst über den Vorschlag eines 365-Tage-1 Euro-Tickets für den ÖPVN und später über eine so genannte Kulturkarte für Alte, die verbilligten Eintritt für alle Einrichtungen, Veranstaltungen und Aufführungen ermögliche, diskutiert wurde. Während die Mehrheit auf dem Podium dies für eine gute Idee hielt, sprach sich die FDP-Vertreterin dagegen aus. Sie habe grundsätzlich etwas gegen das Gießkannenprinzip, da es ja genug ältere Menschen gebe, die dank hoher Einkommen sich auch höhere Fahrpreise und auch reguläre Eintrittspreise erlauben könnten. Da bedürfe es keiner zusätzlichen Subventionierung. Dieser Einschätzung wurde nicht widersprochen und so ließ die eigentliche Kontroverse noch auf sich warten. Wo aber keine echte Kontroverse die Diskussion bestimmt, kann man keinen hohen Aufmerksamkeitspegel erwarten.

Foto: hlz

V. l. n. r.: Dr. Matthias Bartke, SPD, MdB, Vorsitzender des Bundesausschusses für Arbeit und Soziales; Christa Möller-Metzger, Bündnis 90/Die Grünen, Sprecherin für Senior_innenpolitik in der Bürgerschaftsfraktion; Moderatorin Anja Bensinger-Stolze (Mitglied im Bundesvorstand der GEW); Andreas Grutzeck, CDU, MdHB, Fraktionssprecher für Senior_innen, Arbeit und Soziales; Deniz Çelik, Linke, MdHB und Listenplatz 2; Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft; Birgit Wolff, FDP, Landesvorstandsmitglied und Fachsprecherin für Senior_innen

Zündfunke Alterssicherung

Das änderte sich, als man auf die großen Probleme zu sprechen kam. Und dies leitete die Moderatorin mit der Frage an die Podiumsteilnehmer_innen ein, ob denn das derzeitige Rentenniveau von 48 Prozent den jeweiligen Ansprüchen der von ihnen vertretenen Parteien genüge? Während der SPD- und CDU-Vertreter über die demografische Entwicklung und den damit verbundenen hohen Kosten lamentierte, was bereits jetzt den Bund 100 Milliarden an Zuschüssen koste und deshalb Erhöhungen, wenn überhaupt, nur in sehr kleinem Umfang denkbar seien, kam der Abgeordnete der Linken sehr schnell auf die Verteilungsproblematik zu sprechen: Solange es einen Niedriglohnsektor gebe, brauche man über Prozentpunkte im Detail nicht zu sprechen. Seine Partei habe ein umfangreiches Konzept zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen vorgelegt. Wenn man die Richtigen zur Kasse bitte, sei auch die Finanzierung höherer Renten kein Problem, so der Bürgerschaftsabgeordnete. Er verwies zudem auf die Nachbarstaaten wie Italien, Frankreich oder Österreich, die bekanntermaßen über deutlich höhere Prozentanteile verfügten. Als Aperçu verwies er darauf, dass zu Kohls Zeiten der Anteil noch bei 54 Prozent gelegen habe. Ansonsten stehe die Linke für eine staatliche Daseinsvorsorge, die von allen solidarisch getragen werden müsse.

Die Abgeordnete der Grünen ließ sich gar nicht auf das Zahlenspiel ein, sondern zielte direkt auf die Struktur der gesamten gesetzlichen Altersvorsorge. Solange nicht alle Einkommensbezieher_innen in diese einzahlten, könne weder von Gerechtigkeit gesprochen werden noch könne man dauerhaft von einer soliden Finanzierung der Renten ausgehen. Es müssten alle, eben auch Selbständige und Beamt_innen, in eine Kasse einzahlen, die dann den Namen Bürger_inversicherung verdiene. Und dies ohne Beitragsbemessungsgrenze. Dies garantiere dann auch die solide Finanzierung deutlich höherer Renten.

Einen ganz anderen Akzent dagegen setzte die FDP-Vertreterin. Sie stellte die Eigenverantwortung in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Wer es in den aktiven Jahren seiner Erwerbsbiografie nicht schaffe, genügend Geld für seine Altersvorsorge zur Seite zu legen oder eben sich Vermögen anzueignen, von dem er später leben könne, dürfe nicht erwarten, dass, wenn es soweit sei, die Solidargemeinschaft für dieses Versäumnis aufkomme. Sie als ehemalige Selbständige habe häufiger Phasen in ihrem Leben gehabt, wo sie sich die Rücklagen für ihr Alter quasi vom Munde abgespart habe. Die Packung Toastbrot habe dann eben etwas länger reichen müssen, so ihre bildhafte Erklärung. An ihrem 40-jährigen Sohn dagegen erkenne sie, dass diese Generation ganz anders denke.

Spucke weg!

Dass bei niedrigen Löhnen die Renten entsprechend niedrig ausfallen – dem konnte und wollte niemand der Podiumsteilnehmer_innen widersprechen. Es mutete allerdings etwas merkwürdig an, als der SPD-Vertreter Barthke, wohl auch, um daran zu erinnern, dass man sich im Wahlkampfmodus befindet, auf den Mindestlohn zu sprechen kam. Seiner Partei sei es zu verdanken, dass dieser gegen viele Widerstände eingeführt worden sei. Und er setzte hinzu: Und dies seinerzeit selbst gegen die Stimmen der Linken.

Dem Chronisten blieb dabei ein bisschen die Spucke weg. Wem das Langzeitgedächtnis noch nicht vollends abhandengekommen ist, weiß, dass die Forderung nach einem Mindestlohn jahrelang von der Linken gestellt wurde und die SPD in der Ägide Schröder sich klar dagegen aussprach. In der WELT vom 23.4.2004 heißt es unter dem Titel „Mindestlohn für Bundesregierung kein Thema“ noch unmissverständlich: „Der von SPD-Chef Müntefering erwogene gesetzliche Mindestlohn stößt in der eigenen Partei auf Skepsis. Bundeskanzler Schröder und Wirtschaftsminister Clement lehnen die Einführung ab.“ Es dauerte dann noch zehn (!) Jahre, bis die SPD mit Wirkung zum 1. Januar 2015 in der Großen Koalition den Mindestlohn durchsetzte. Die Abgeordneten der Linken im Bundestag hielten einen höheren Betrag für sinnvoll und vertretbar. Deshalb stimmten sie dagegen.

Auf die Podiums-Debatte bezogen lässt sich ergänzend bemerken, dass SPD-Vertreter Barthke, der das Erfolgsmodell Mindestlohn für seine Partei reklamiert hatte, darauf verwies, dass seine Partei aktuell 12 Euro (Slogan: „Als Zeichen des Respekts“) ins Wahlprogramm geschrieben habe. Der Abgeordnete der Linken, Deniz Çelik, verwies als Reaktion darauf hin, dass seine Partei 13 Euro fordere, weil dies der unterste Satz sei, mit dem man später etwas über der Grundsicherung liege.*

*Wenn Beschäftigte eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung erhalten sollen, müssen sie – laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von DIE LINKE – mindestens 12,21 Euro pro Stunde verdienen. JG

Was solle er sich jetzt schon Gedanken über sein Alter machen, vielleicht werde er ja gar nicht so alt, gab sie seine Meinung kund. Auf jeden Fall sei es ihr durch ihre private Vorsorge gelungen, dass sie heute eine Anderthalbzimmerwohnung ihr Eigen nennen dürfe, was ihr finanziell ausreichend Spielraum verschaffe.

Bezahlbares Wohnen

Damit war man beim Thema Wohnen angelangt. Dass die exorbitanten Mieten, vor allem in den Ballungszentren, eine der größten Herausforderungen an die Politik seien, darüber war man sich auf dem Podium weitgehend einig. Selbst der CDU-Vertreter sprach von großen Versäumnissen seiner Partei. Der SPD-Repräsentant dagegen betonte, dass es in Hamburg seit Scholz‘ Regentschaft gelungen sei, ein sehr ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm auf den Weg zu bringen, das früher oder später dazu führen werde, dass der Druck auf dem Wohnungsmarkt nachlasse. Dann würden auch die Mieten sinken.

Teufelskreis

Dem Vertreter der Linken war es zu verdanken, dass es nicht bei einer isolierten Betrachtung der angesprochenen Probleme blieb. Er verwies einerseits auf den gewachsenen Niedriglohnsektor bzw. darauf, dass die insgesamt zu niedrigen Löhne der unteren Einkommensgruppen notwendig niedrige Renten nach sich zögen. Wenn dann immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfielen als nachgebaut würden, was seit einiger Zeit der Fall sei, gehe dies nicht nur auf Kosten der niedrigen Einkommensbezieher_innen, zu denen eben wegen der niedrigen Renten auch viele Alte gezählt werden müssten, sondern gleichzeitig auf Kosten der jungen Leute, die sich selbst bei durchschnittlichem Verdienst weder die Mieten mehr leisten könnten noch - und damit sei man wieder beim Thema – Vorsorge für das Alter treffen könnten.

Gemessen an diesen großen Themen war es dann eher amüsant, als die Rede plötzlich auf die E-Scooter kam: Die stünden überall auf den Gehwegen und bildeten gerade für ältere Menschen Stolperfallen. Die müssten wieder weg! Niemand widersprach.

JOACHIM GEFFERS

VORSCHULE

Spurensicherung

Nach den Ferien ist vor den Aktionen

Trotz der – wie jedes Jahr – anstrengenden Anfangstage im neuen Schuljahr mit allen damit zusammenhängenden jährlich wiederkehrenden Einschulungsvorbereitungen für die neuen Vorschulkinder in der wieder neuen Klasse – hat sich der ‚Arbeitskreis Vorschule‘ zusätzlich sofort in die Planungen für weitere Aktionen gestürzt.

Auf den offenen Brief an den Senator, der vor den Ferien von zwei Vorschulkolleginnen an den Landesschulrat übergeben wurde, hat der Arbeitskreis einen sehr ausführlichen Antwortbrief von Herrn Altenburg-Hack erhalten.

Darin wurden viele Fragen aufgegriffen und manche sehr erhellende Auskunft erteilt. Das hat uns durchaus gefreut – auch wenn nicht alle Antworten zufriedenstellend waren.

Mit Blick auf die anstehende Tarifrunde werden wir ab September mit Aktionen starten, die die Vorschule und die Vorschullehrkräfte und ihre Benachteiligung gegenüber der Grundschule in vielen Bereichen – besonders in der Bezahlung – in das Bewusstsein der Lehrerkolleg_innen und auch der Öffentlichkeit rücken.

Wir fühlen uns zusätzlich durch Herrn Altenburg-Hack motiviert, der in seinem Brief schrieb: „Die höhere Eingruppierung … liegt … nicht im Ermessenspielraum der … Schulbehörde. (…) Als Gewerkschaft liegt es … in Ihrer Hand, dieses Thema aktiv in die Tarifverhandlungen einzubringen (…)“

Das werden wir tun!!

Und dafür bitten wir auch alle Lehrerkolleg_innen um solidarische Unterstützung!

Sehr bald geht es los – die Spur wird wieder aufgenommen…!

Wir starten voller Kampfgeist in die aktuelle Tarifrunde!

KERSTIN MÖGLE
Für den ‚Arbeitskreis Vorschule‘

Eure Interessen sind unsere Themen

Die Offene Liste in Kooperation mit GEW
im Betriebsrat der *elbkinder*-Vereinigung + EKSG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die **O**ffene **L**iste (DOL) und die GEW haben mit Unverständnis das Ansinnen der Bundesregierung zur Auskunftspflicht über den Impfstatus für Beschäftigte in Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen vernommen. Die Bundesregierung will im Bundestag die Änderung des Infektionsschutzgesetzes durchboxen und die Auskunftspflicht zum Impfstatus einführen.

Nicht geimpft zu sein soll dabei aber kein Entlassungsgrund sein. Immerhin, vielen Dank. Es soll damit ebenfalls keine Impfpflicht verbunden sein.

- Was soll diese Maßnahme denn dann überhaupt für einen Sinn machen?
- Wird diese Maßnahme keine Folgen haben?
- Sollen Nichtgeimpfte dann nicht mehr zur Arbeit am Kind herangezogen werden?
- Sollen Nichtgeimpfte bei steigenden Inzidenzwerten zu Sündenböcken gemacht werden?
- Ist etwa geplant, Nichtgeimpften während einer Quarantäne oder einer Arbeitsunfähigkeit die Entgeltfortzahlung zu kürzen oder zu streichen?
- Sollen Tests in Zukunft selbst finanziert werden?
- Wo und wie lange sollen diese Daten gespeichert werden und wer soll sie einsehen können?

Was haltet ihr von dem Vorhaben und wie ist eure Meinung dazu?

Die Mitglieder **D**er **O**ffenen **L**iste (DOL) finden es richtig, dass sich möglichst viele impfen lassen. Die Bereitschaft der Kitabeschäftigten dazu liegt mit ca. 90 Prozent ja auch erfreulich hoch. Aber bei bestimmten Voraussetzungen kann es sein, dass Impfen nicht möglich ist. Deshalb darf es aus unserer Sicht zu keiner Ausgrenzung und Spaltung der Belegschaft kommen. Wir haben sowieso zu wenig Fachkräfte. Außerdem können auch vollständig Geimpfte sich anstecken und Überträger_in sein.

Die GEW sieht das Ansinnen sehr kritisch, weil sensible Gesundheitsdaten aus gutem Grund rechtlich Privatsache sind und weil mögliche Folgen überhaupt noch nicht abzuschätzen sind.

Selbstständig denkende und arbeitende Menschen erreicht man nicht mit Drohungen, sondern mit Argumenten. Und ein Bonus für die schwierigen Arbeitsbedingungen wäre wirkungsvoller.

Es wäre viel wichtiger, dass die Arbeitgeber_innen mehr für den Gesundheitsschutz der Beschäftigten tun und dass die häufigen kostenfreien Testmöglichkeiten erhalten bleiben.

Nach der Abstimmung im Bundestag müsste geklärt werden, inwieweit Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Umsetzung betroffen sind.

Auf dem Instagram Account der GEW HH könnt ihr Einzelheiten dazu auch nochmal nachlesen.

Umstrukturierungen bei den Elbkindern und die Folgen

Die Geschäftsführung der Elbkinder hat einschneidende Veränderungen für die GBS Standorte und den Hausbereich angekündigt. Für die GBS Standorte hat sie Verhandlungen mit dem Betriebsrat über eine Betriebsänderung und den Sozialplan aufgenommen.

Verselbständigung der GBS Standorte der Elbkinder!

Die Mitglieder **D**er **O**ffenen **L**iste sehen die zukünftige Unabhängigkeit der GBS Standorte positiv, vor allem, weil die großen pädagogischen Einheiten viel zu unübersichtlich, unterfinanziert und mit zu wenig Personal ausgestattet sind.

Es ist zu begrüßen, dass die Arbeitgeberin erklärt hat, dass es keine Änderungskündigungen geben soll. Aber sind damit alle Eventualitäten ausgeschlossen? Nein, es gibt noch viel zu klären und abzusichern.

Unterfinanzierung der GBS Betreuung durch die Schulbehörde

Ein Argument ist die immer größer werdende Lücke in der Finanzierung. Das lässt Einsparungen befürchten. Aus unserer Sicht wäre es wichtig, an die Verantwortlichen heranzutreten und neben den Ergebnissen der Initiative „Guter Ganztag“ für eine bessere Personalausstattung mit höherem Stundenumfang zu verhandeln. Was ist den Senatsparteien ein guter Ganztag wert oder wollen sie weiter die pädagogischen Kräfte vor Ort ausnutzen und die Kinder mit Minimalbetreuung abspeisen?

Folgende Punkte sind für **D**ie **O**ffene **L**iste besonders wichtig:

- Erhalt der 5 Prozent Zulage für Erziehungskräfte auf Dauer
- Keine Änderungen der bisher vereinbarten Stundenzahlen, es sei denn, die Stunden werden erhöht
- Weiterhin Ermöglichung der Arbeit im GBS Standort und in der Kita
- Faire Berücksichtigung der GBS Abteilungsleitungen, die bisher gut genug für die Arbeit waren
- Falls notwendig, zusätzliche Qualifizierungen für ehemalige Abteilungsleitungen
- Transparente Dienstplangestaltung und Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Nebenjob
- Sollten Versetzungen notwendig werden, müssen mehrere Angebote unterbreitet werden
- Keine Abgruppierungen im Leitungsbereich, sozial verträgliche Lösungen für diejenigen, die in der Kita bleiben
- Bessere technische Ausstattung und direkter Zugang zu den betrieblichen Informationen, vor allem für die Erziehungsteams
- Mehr spezielle Fortbildungen für die Arbeit mit Schulkindern
- Vernetzung unter den GBS Standorten
- Keine negativen Auswirkungen auf die Betriebsrenten

Was können wir tun?

Die Mitglieder **D**er **O**ffenen **L**iste möchten wissen, was euch, als Beschäftigte in den GBS Standorten der Elbkinder, besonders am Herzen liegt? Eure Anliegen werden wir in die Verhandlungen aufnehmen.

Beteiligt euch an den Betriebsversammlungen am 27.09.21 und an den Diskussionen!

In der Öffentlichkeit sollte immer wieder darauf hingewiesen werden, wie wichtig eine bessere Personalausstattung für die Entwicklung der Kinder und für den Erhalt eurer Arbeitskraft ist.

Veränderungen an den Arbeitsplätzen im Hausbereich

Wer den Notruf schon einmal betätigt hat, der weiß, dass die 5 großen W-Fragen möglichst beantwortet werden sollten. Ist dies nicht der Fall, tappt man im Dunklen und gewisse Dinge bleiben unklar.

In einer ähnlichen Lage befinden sich momentan unsere Hauswirtschaftsleitungen (HWLs). Fakt ist, dass es zu erheblichen Umstrukturierungen kommen wird, die sowohl im Hausbereich als auch in der Pädagogik zu spüren sein werden.

Es braucht dringend Antworten!!!

Die **O**ffene **L**iste ist der Ansicht, dass sowohl unsere wichtigen HWLs als auch die Hausarbeiter_innen Klarheit über ihre kurz-, mittel- und langfristige Zukunft brauchen. Leider bestreitet die Geschäftsführung hier bisher die Pflicht zu Verhandlungen und Regelungen.

Fragen, die sich immer wieder aufdrängen, sind zum Beispiel:

- Wie sollen die Aufgaben einer HWL zukünftig aussehen?
- Wie viele Kitas betreut eine HWL nach der Umstrukturierung?
- Besucht eine HWL ihre 3,4 oder doch 5 Kitas im Wechsel?
- Falls ja: wie sind die Fahrtwege zu bewerten?
- Sind diese dann ähnlich geregelt wie beim Hausarbeiterspringerpool oder beim Erzieher_innenpool?
- Wie soll die Einteilung der Kitas pro HWL generell aussehen?

Dies ist nur ein Bruchteil der Unsicherheiten, denen sich der Hausbereich momentan ausgesetzt sieht.

Diese beispielhaften Fragen beinhalten noch nicht, wer zukünftig Personalgespräche mit Mitarbeiter_innen führen soll. Auch die Durchführung von Studientagen oder Personalvertretungen bei Krankheiten oder Urlauben sind hier noch nicht inbegriffen.

Wir sitzen im selben Boot

Gerade die Corona-Pandemie (in der wir uns immer noch befinden) hat gezeigt, wie eng der Hausbereich mit der Pädagogik zusammenarbeitet. Gemeinsam wurde die Umsetzung von Hygienekonzepten während des Essens (und darüber hinaus) geplant und durchgeführt. Gemeinsam wurde dafür gesorgt, die bestmögliche Kita-Arbeit unter Pandemiebedingungen zu erreichen. Einen großen Anteil daran haben unsere Hauswirtschaftsleitungen.

Daraus ergeben sich weitere Fragen:

- Wie eng ist eine Zusammenarbeit zwischen den Bereichen möglich, wenn so viele Kitas unter einen Hut zu bringen sind?
- Ach ja – und: Wer übernimmt eigentlich die koordinierenden Funktionen in den einzelnen Kitas?

Abschließend stellt sich darauf aufbauend noch eine Frage:

- Ist die hohe Qualität des Essens für die Kinder und die Mitarbeiter_innen mit dieser Umstrukturierung noch zu gewährleisten?

Wie ist eure Meinung dazu?
Wendet euch gern an **D**ie **O**ffene **L**iste.

Beteiligt euch an den Betriebsversammlungen für den Hausbereich am 08.10.21

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

Die GEW HH und Die Offene Liste planen am 18.10.21 eine Veranstaltung für die GBS Beschäftigten der Elbkinder.

„Lerne leiden ohne zu klagen!“

In Abwandlung dieses Mottos der Kampfschwimmer in der Bundeswehr kann man als Arbeitsmotto von Erzieher_innen sagen: Lerne arbeiten, ohne zu klagen. Denn: Bei der Berechnung des Personalschlüssels tat sich nichts

2014 hatte sich die Stadt nach öffentlich vorgetragenen und von den Gewerkschaften gestützten Protesten entschieden, Gelder für eine schrittweise umzusetzende Verbesserung der Betreuungsschlüssel bereitzustellen und diese Verpflichtung auch über die Amtsperiode hinaus aufrecht zu halten.

Die ersten Umsetzungen betrafen die Betreuungsschlüssel für die jüngsten Kinder, 0 -3jährige in der Krippe. Die wesentlich höhere Anzahl von Kita-Kindern im Elementarkinderalter von 3 – 6 Jahren ging dabei leer aus. Die Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburgs Kitas“ wiederum, unterstützt von der GEW, erzielte eine neue Vereinbarung, die im Gegensatz zur 2014 getroffenen in das Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) aufgenommen wurde. Erstmals wurde der Begriff „Personalschlüssel“ vom Begriff „Fachkraftschlüssel“ für das pädagogische Personal abgelöst. Ebenfalls zum ersten Mal wurde der verbindlich umzusetzende Fachkraftschlüssel in einem dafür eigens neu geschaffenen Paragraphen (§16a) beziffert.

Auszug aus dem KibeG:

§ 16a

Verbesserung der pädagogischen Personalausstattung im Krippen- und Elementarbereich

(1) Die Freie und Hansestadt Hamburg hat die Verpflichtung, die Ausstattung der Tageseinrichtungen mit pädagogischem Personal für die Betreuung von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr für alle Krippenleistungsarten nach Maßgabe der Vereinbarungen nach § 15 bis zum 1. Januar 2021 auf einen Fachkraftschlüssel von 1:4 (eine finanzierte Fachkraft auf vier betreute Kinder) zu erhöhen.

(2) Die Freie und Hansestadt Hamburg hat die Verpflichtung, die Ausstattung der Tageseinrichtungen mit pädagogischem Personal für die Betreuung von Kindern ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt für alle Elementarleistungsarten nach Maßgabe der Vereinbarungen nach § 15 bis zum 1. Januar 2024 auf einen Fachkraftschlüssel von 1:10 (eine finanzierte Fachkraft auf zehn betreute Kinder) zu erhöhen.

Nun hat am 18.08.2021 die Kita-Vertragskommission, die sich nach §26 des Landesrahmenvertrags „Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen“ gebildet hat, beschlossen, den vom 01.01.2022 bis 01.01.2024 anwachsenden, gesetzlich vorgesehenen Fachkraftschlüssel in den Landesrahmenvertrag aufzunehmen.

Die erhöhten Umfänge der Personalwochenstunden zu den unterschiedlichen Leistungsarten sind der Tabelle zu entnehmen.

Alle pädagogischen Fachkräfte arbeiteten schon vor 2014 am Limit und wurden seitdem lediglich mit kleinen Verbesserungsschritten bedient. So auch 2018, als Verbesserungen in Aussicht gestellt wurden. Schon damals waren wir nicht bereit, die Vereinbarung als Zwischenerfolg zu werten. (siehe unsere PM vom 05. Sept. 2018: Einigung mit der Volksinitiative „ Mehr Hände für Hamburger Kitas“).

Erziehungswochenstunden pro Kind ab 01.01.2022

Leistungsart	EP I (PWS)	EP 2 (PWS)
Elementar 12 Stunden	3,7500	1,8055
Elementar 10 Stunden	2,8241	1,8055
Elementar 8 Stunden	2,1942	1,7465
Elementar 6 Stunden	1,7379	1,2177
Elementar 5 Stunden mit Mittagessen	1,5155	0,7993
Elementar 5 Stunden	1,5155	0,7993
Elementar 4 Stunden	1,3359	0,5159

Erziehungswochenstunden pro Kind ab 01.01.2023

Leistungsart	EP I (PWS)	EP 2 (PWS)
Elementar 12 Stunden	3,9000	1,8778
Elementar 10 Stunden	2,9370	1,8778
Elementar 8 Stunden	2,2107	1,7597
Elementar 6 Stunden	1,7509	1,2268
Elementar 5 Stunden mit Mittagessen	1,5762	0,8312
Elementar 5 Stunden	1,5762	0,8312
Elementar 4 Stunden	1,3894	0,5366

Das dort beschriebene Ziel der Initiative, auch die Ausfallzeiten wegen Krankheit, Urlaub und Fortbildung in Höhe von 17,45 Prozent sowie die Zeiten für mittelbare pädagogische Aufgaben wie Elternabende, Dienstbesprechungen, Fallgespräche, das Anlegen und Führen von Entwicklungsbögen in Höhe von 7,55 Prozent ebenfalls verbindlich auszuweisen und in den Betreuungsschlüssel aufzunehmen, ist nicht erreicht worden.

Das wiederkehrend durchgeführte Länder-Monitoring der bundesweiten Bertelsmann-Stiftung über die Personalausstattung in den Kitas bescheinigt dem Hamburger Senat zwar das Bemühen um Verbesserungsschritte und beschreibt auch die „kleinen“ Erfolge, stellt aber – wie auch schon die Jahre zuvor – fest, dass die empfohlene und wissenschaftlich gestützte Personalausstattung der Kitas in Hamburg immer noch nicht umgesetzt ist.

Sollte nicht auf die Arbeitskleidung von Erzieher_innen: Abzeichen der Kampfschwimmer_innen der Bundeswehr

Es heißt dort: „… 60 Prozent der unter 3-Jährigen in HH sind in Krippengruppen; 2020 ist hier eine Vollzeitkraft rechnerisch für 4,3 ganztags betreute Kinder zuständig. Weitere 19 Prozent dieser Altersgruppe werden zusammen mit 2 Prozent der ab 3-Jährigen in Gruppen mit Kindern unter 4 Jahren betreut (Personalschlüssel: 1 zu 4,5). Der größte Anteil der Kinder ab drei Jahren (58 Prozent) befindet sich in Kindergartengruppen (Personalschlüssel: 1 zu 7,9). Für ein kindgerechtes Betreuungsverhältnis empfiehlt die Bertelsmann Stiftung, dass eine Fachkraft rein rechnerisch für höchstens 3 Kinder unter drei Jahren in Krippengruppen oder 7,5 Kinder ab drei Jahren in Kindergartengruppen zuständig ist. In HH entsprechen 51 Prozent der Personalschlüssel in Kindergartengruppen dieser Empfehlung (inkl. ± 0,5 Toleranz) bzw. sind günstiger. Schlechter sind 49 Prozent der Personalschlüssel, in Krippengruppen sogar 73 Prozent.

Ein ungünstigeres Bild zeigt sich bei den weiteren Gruppenformen.

Erziehungswochenstunden pro Kind ab 01.01.2024

Leistungsart	EP I (PWS)	EP 2 (PWS)
Elementar 12 Stunden	4,0500	1,9500
Elementar 10 Stunden	3,0500	1,9500
Elementar 8 Stunden	2,2272	1,7728
Elementar 6 Stunden	1,7640	1,2360
Elementar 5 Stunden mit Mittagessen	1,6368	0,8632
Elementar 5 Stunden	1,6368	0,8632
Elementar 4 Stunden	1,4428	0,5572

So sind in 77 bis 90 Prozent dieser Gruppen die Personalschlüssel ungünstiger als wissenschaftlich empfohlen.“

Unser schon in der Volksinitiative beschriebenes Forderungsziel vom Ersatz des in der Summe 25 Prozent (17,45 plus 7,55 Prozent) mehr einzubringenden Personalanteils wird in der Bertelsmann-Studie ebenfalls als zusätzlich zu betrachtende Größe beschrieben:

„…Der Personalschlüssel ist eine rein rechnerische, im KiTa-Alltag nicht beobachtbare Größe, die die gesamte Arbeitszeit einer pädagogischen Fachkraft umfasst. Die annähernd reale Betreuungssituation beschreibt die Fachkraft-Kind-Relation, die das Verhältnis zwischen den Fachkräften und den Kindern während der unmittelbaren pädagogischen Arbeit darstellt.

…Werden wie im Szenario 1 nur 25 Prozent der Arbeitszeit für Aufgaben ohne die Kinder verwendet, verbleiben 75 Prozent der Arbeitszeit für sie. In HH betreut dann eine Vollzeitkraft in Krippengruppen bei einem Personalschlüssel von 1 zu 4,3 in der pädagogischen Praxis rechnerisch 5,7 Kinder.“ Im Elementarbereich bei einem Personalschlüssel von 1 zu 7,9 in der direkten pädagogischen Betreuung nur 1 Fachkraft auf 10,5 Kinder (abgeleitet aus der Abb. aus der Bertelsmann-Studie).

Nicht die Bedingungen der Pandemie tragen die Verantwortung für den Leidensdruck, den die Kolleg_innen in den Einrichtungen Tag für Tag ertragen, sondern die nach wie vor unzureichende Personalbemessung. Solange der Personalausfall und der Anteil mittelbarer pädagogischer Arbeit nicht zahlenmäßig ausgewiesen werden, fordern wir nach wie vor 25 Prozent mehr Personal, um einen Fachkraftschlüssel von 1:4 (Krippe) und 1:7,5 (Elementarbereich) direkter Arbeit an und mit dem Kind zu gewährleisten.

Bis dahin wird der tägliche Einsatz unserer Erzieherinnen und Erzieher, unserer sozialpädagogischen Assistentinnen und Assistenten, unserer Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, unserer Kindheitspädagoginnen und -pädagogen sowie unserer Sozialpädagoginnen und -pädagogen und aller anderen pädagogischen Fachkräften in Hamburger Kitas dem Vergleich mit den Belastungen der Kampfschwimmer_innen standhalten.

JENS KASTNER
Fachsprecher Kinder und Jugend

Strukturveränderungen verschlafen

Ein erfahrener Kollege antwortet auf die kritischen Stimmen zu den Veränderungen an den bisherigen Standorten

Die Darstellung und der Tenor in dem Artikel zum 2.Bildungsweg (ZBW) in der letzten Ausgabe der hlz (7-8; S. 42ff) überraschen mich, der ich bis Renteneintritt im Sommer 2019 ein Dutzend Jahre am Hansa-Kolleg, dem Hamburger ZBW Oberstufen-Tagesgymnasium, unterrichtete und dort auch Fachleiter und alleiniger Personalrat war. Zuvor war ich 25 Jahre in der Wirtschaft tätig gewesen und konnte im In- und Ausland verschiedene Strukturveränderungen erleben bzw. auch mitgestalten. Bei aller Kritik im Detail, die ich durchaus habe, ist meine Wahrnehmung seit einigen Jahren eher die, dass die BSB versucht, eine „Abwicklung“ des ZBW gerade zu vermeiden. Und dies, obwohl es diesen Schulen, die im Interview recht passiv als „Reparaturbetrieb“ bezeichnet werden, immer weniger gelingt, mit den nicht-linearen Bildungsverläufen ihrer Schüler_innenschaft klarzukommen.

Schüler_innen planten und planen mit ihrem Eintritt in den ZBW bewusst eine Umorientierung in der Lebensgestaltung, wobei sie nicht nur etwas anstreben, sondern auch etwas aufgeben. Deshalb sollten sie besonders sorgsam gehegt und gepflegt werden. Das gelingt in den letzten Jahren aber mehrheitlich nicht mehr. Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, dass das implizite Versprechen gegenüber den Schüler_innen, dass sie im ZBW erfolgreich etwas nachholen können, oft nicht eingehalten wird.

Foto: Hansa-Kolleg

2. Bildungsweg ganz im Sinne innovativer Pädagogik: Politik „live“ erleben – ein Tag im Rathaus. Am 30.1.19 besuchen die Kollegiatinnen und Kollegiaten aus der E1 des Hansa-Kollegs die Hamburgische Bürgerschaft

Entwicklung vorhersehbar

Mit Beginn der unter Schwarz-Grün (von Beust/ Goetsch) initiierten Hamburger Abiturinflation im 1. Bildungsweg, also vor rund 15 Jahren, hätte der ZBW erkennen können, dass sein Pool an Kandidaten_innen spiegelbildlich schrumpfen würde. Schulintern hatte ich vor sieben Jahren, im Sommer 2014, in einem umfangreichen Papier hierauf hingewiesen und diesbezügliche Trends prognostiziert, die nicht umkehrbar sein würden. Sie haben sich dann z.T. schneller bestätigt als angenommen. Titel meines Papiers war: „Die Innenwelt der Außenwelt des Hansa-Kollegs“. Ein Kollege stellte ergänzend die bereits begonnene Spirale der Ausdünnung dar. Ein weiterer Kollege sprach in derselben Konferenz vom Risiko, als Restschule dahin zu darben. Mein Vorschlag, der von der Schulleitung nicht aufgegriffen wurde, war damals, offensiv mit der Schulbehörde ins Gespräch zu gehen und Ideen für einen zukünftigen ZBW durchzuspielen. Diese Ideen gab es also, nicht nur von mir. Der jahrelange Zyklus von immer weniger ZBW-Bewerber_innen, also weniger Anfänger_innen, mehr Abbrecher_innen und weniger Absolvent_innen war doch für jeden erkennbar!

Wundersame Kräfte

Mir fällt kein Grund dafür ein, einen Schüler oder eine Schülerin im ZBW so leicht aufzugeben. À propos Hamburger Abiturinflation (das „Jedermannabitur“), also die inzwischen zehn Jahrgänge mit Abiturquoten von um 55 Prozent: Abitur nach 12 Jahren, kein Sitzenbleiben, Ganztagsunterricht, Abschaffung von Wehrpflicht und Ersatzdienst, Regelstudienzeit und schnellerer Universitätsabschluss „sparen“ dem und der Einzelnen im Vergleich zu vor 15 Jahren vier bis fünf Jahre. Da freuen sich zunächst die Wirtschaft und die Steuerzahler_innen, auch viele Eltern (von wegen Unterhalt). Gegenläufig dazu ist die Bildungszeit durch früheren Beginn der Kita und die Vorschule verlängert worden. Auch viele Frauen dürften dies positiv sehen. In denselben 15 Jahren ist bundesweit die jährliche Anzahl der Abgänger_innen von allen Schularten um 20 Prozent gefallen, also um 170.000, kumuliert sind das weit über 1 Mio. Schüler_innen. Die inzwischen ununterbrochenen 50 Jahre jährlicher Sterbeüberschüsse bedingen nun unvermeidbar einen Fachkräftemangel und beschädigen unumkehrbar umlagefinanzierte Sozialsysteme und Steuereinnahmen. Da Hamburg immerhin Zufluchtsort für Binnenmigranten ist (Landflucht/ Ostflucht), erfolgt der Rückgang schulpflichtiger junger Menschen später als anderswo, aber er ist auch hier schon prognostiziert. Will sagen: Die immer weniger werdenden Jugendlichen müssen, um die sinkende Zahl zu kompensieren, schneller und nach Möglichkeit höhere Qualifikationen erreichen. Mit langem Zeitversatz soll dazu nun auch endlich der ZBW wieder beitragen.

Die Eingangspassagen des 3. Hamburger Bildungsberichts las ich 2014 so, dass strukturelle Maßnahmen über bereits umgesetzte hinaus (z.B. die Berufsoberschulen, die klar eine Konkurrenz für den ZBW bilden würden) angedacht wurden. Die dortigen philosophischen Ausführungen im Abschnitt „Veränderungen in den Möglichkeiten zur Gestaltung von Bildungsbiografien“ auf den Seiten 10/11 empfand ich für eine BSB-Publikation überraschend inspirierend und stellte sie meinen Kolleg_innen vor. Der Tenor der Ausführungen war schon im 2. Bericht angeklungen und zeigte einen prinzipiellen weiteren Willen zur Veränderung.

Wille zur Veränderung

Ich könnte präziser fassen, wann zwischen 2014 und Anfang 2019 erst an mich und damit über mich auch an die Schulleitung durchgestochen wurde, dass der Staatsrat in einem unbedachten Moment Dritten gesagt haben soll, dass das Hansa-Kolleg geschlossen werde. Natürlich dementierte er gegenüber der Schulleiterin, natürlich glaubte ich dem Dementi nicht.

Es mag also eher überraschend sein, dass der ZBW bis Januar 2019 wieder aus dem Fokus der Behörde zu geraten schien. Erst dann schrieb der Schulrat nach Gesprächen mit Senator und Staatsrat die Institutionen des ZBW an, wobei er u.a. die sehr hohe Abbrecherquote nicht unerwähnt ließ. Dies geschehe oft nicht allein wegen mangelnder Leistungsprognose oder der inzwischen vielfältigen alternativen Angebote für Teilnehmende. Ich las hier eine Fundamentalkritik seitens der Behörde, die man als unfair ansehen konnte, da weder Behördenleitung noch Schulaufsicht zuvor tätig geworden waren. Eine engere Verzahnung der drei ZBW-Schulen sollte geprüft werden. All das wurde im Januar 2019 fast tagesgleich in der Lehrer_innen- und auch in der Schulkonferenz vorgetragen und erörtert.

An meinem allerletzten Arbeitstag im Sommer 2019 stellte sich der Schulrat auf Wunsch der kommissarischen Schulleiterin und des Kollegiums für über zwei Stunden zur Diskussion über sein Schreiben vom Januar 2019 zur Verfügung. Ich erinnere nicht, dass eine einzige der vielen Fragen unterbunden wurde oder dass der Schulrat eine Beantwortung ablehnte.

Geträumte Quantensprünge

Nun sind erneut mehr als zwei Jahre vergangen; Corona Schuljahre, in denen nach nicht traditionellem Unterricht das landesweite Abitur im Sommer 2020 besser als im Vorjahr 2019 ausfiel. Im Sommer 2021, nach einem noch viel weniger regelhaften Unterrichtsbetrieb mit stark reduzierter Lehrer_innenpräsenz sind die Abschlüsse noch einmal besser geworden, in Mathe ganz erstaunlich viel besser! Mein sofortiger Gedanke vor den Sommerferien 2021 war, so auch formuliert an frühere Kollegen: „Dann lasst die Lehrer_innen doch auch in Zukunft häufiger zu Hause!“ Oder, wie der Schulrat schon im Januar 2019 an die ZBW-Schulen zu deren Zukunft schrieb: „beispielsweise blended-learning Einheiten*, modularisierte und flexibilisierte Angebote“.

Wäre es nicht toll gewesen, wenn der ZBW einmal nicht den 1. Bildungsweg von vorgestern zu duplizieren oder sogar zu „reparieren“ versuchte? Die Bereitschaft, zumindest Teile aus den Erfahrungen des 1. Bildungswegs mit aufzunehmen – gemeint sind vor allem alternative Unterrichtsformate und Materialien –, wäre jederzeit vorhanden gewesen. Leider gab es derlei Angebote nicht. Sollte jetzt wieder nur über einen banalen Umzug in ein anderes Gebäude lamentiert werden, statt zu helfen, mit eher 10 Jahren Zeitverzug einen strukturell durchaus anderen ZBW aufzubauen, dann stünde das Versprechen an viele junge Menschen, dass man ihnen helfen könne, über den ZBW in ihrem Leben erfolgreich einen Quantensprung zu erzielen, erneut zur Disposition

THOMAS MARTINI

* Lernmodell, in dem computergestütztes Lernen (z. B. über das Internet) und klassischer Unterricht kombiniert werden. Bislang verwendete die hlz dafür den Begriff von hybriden Unterrichtsformen.

Die Gründe liegen tiefer

Der Hype um die Gewalt an Schulen sollte genutzt werden, um sich der Ursachen gewahr zu werden

Wer gemäß der Ankündigung auf der Titelseite der Mopo gehofft hatte, etwas über die Hintergründe einer Gewalttat zu erfahren, wird enttäuscht, wenn er oder sie die angezeigten Seiten aufschlägt. Der wie mir scheint durch die Presse etwas gehypte Vorgang (s. Kasten S. 30) beschreibt, dass Schüler_innen auf einen Polizisten eingetreten hätten, nachdem dieser einen 13-jährigen Schüler zu Boden gebracht habe, weil dieser sich geweigert habe, den Inhalt seiner Hosentaschen zu offenbaren und jener Polizist den auf dem Boden liegenden Schüler im Polizeigriff hatte – was immer das heißt. Umstehende Schüler_innen hätten daraufhin den Polizisten mit Tritten gegen den Kopf malträtiert. Der Fahrradhelm habe schwerere Verletzungen verhindert. Der Betroffene habe aber am nächsten Tag seinen Dienst wieder aufgenommen.

Natürlich ist dieser Gewaltvorgang nicht zu entschuldigen, aber neben möglichen erzieherischen Konsequenzen braucht es ein wahres Bemühen, um die eigentlichen Ursachen des Vorgangs herauszufinden. Und diese haben auch etwas mit der Lage der Schule im Stadtteil zu tun. Diesem Umstand maß auch die einzig verbliebene FDP-Abgeordnete in der Bürgerschaft Anna von Treuenfels-Frowein Bedeutung bei. Sie will klären lassen, warum die „Gewaltpräventionsprogramme im Eimsbütteler Raum nicht wirken und in ganz Hamburg Gewalt im schulischen Umfeld offenbar zunimmt“ (HA v. 23.8.). Nur zu, kann man da sagen! Allerdings wage ich zu behaupten, dass die FDP-Vertreterin damit nicht meint, dies könne etwas mit den Ungerechtigkeiten unseres Schulsystems und der damit verbundenen Chancenungleichheit zu tun haben.

MOPO-Titelseite vom 23. August

Ursachen von Gründen unterscheiden

Deshalb sei an dieser Stelle der Versuch unternommen, die in meinen Augen wahren Ursachen eines solchen gewalttätigen Vorgangs zu beleuchten. Wenn ich die Behauptung aufstelle, dass die Schulstruktur für mich der eigentliche Hintergrund einer solchen Tat ist, wird man mich als Dogmatiker brandmarken, der wieder einmal monokausal so etwas auf die soziale Ungleichheit schiebt. Und das in Harvestehude? Passt ja gar nicht!

Nun muss man wissen, dass sich in der Nachbarschaft zur Stadtteilschule, in deren unmittelbarer Nähe die Tat geschah, zwei Gymnasien befinden, in denen überdurchschnittlich viele Kinder des bildungsbürgerlichen Klientels zu finden sind. Man begegnet sich als Schüler_in also, wenn auch nur kurz, auf dem Hin- oder Nachhauseweg. Vielleicht kennt man sich gar noch von der Grundschule.

Mein Radweg führt häufig an diesen Schulen vorbei. Ich behaupte, dass ich mit ziemlicher Sicherheit die Schüler_innen der jeweiligen Schulart zuordnen kann. Und dies betrifft nicht nur die Wahrnehmung, ob jemand einen Migrationshintergrund hat, nicht nur die Kleidung, also das Outfit oder den Style, wie es heute in Schüler_innenkreisen heißt, sondern auch den Habitus.

Kinder wollen immer so sein, wie es die jeweiligen Meinungsführer_innen oder zumindest die Mehrheit in einer Gruppe vorgeben zu sein. Die Gruppe kriegt ein Image, das sich auf

Bespuckt, beleidigt, angegriffen

Polizist brutal verprügelt. Kinder gehen auf seine Kollegen los. In einem Brief an die Eltern und Schüler zeigt sich die Ida Ehre Schule „erschrocken“

ABENDBLATT vom 21. August, S. 7

die Schule als Ganzes überträgt. Die Identifikation mit der Schule wiederum wird verstärkt, wenn man sich von anderen abgrenzt. Schnell sind dann die Einen in den Augen der Anderen die Hochnäsigen oder umgekehrt die Underdogs. Verstärkt wird das durch die Medien. Wer einmal in eine so genannte reality-show geblickt hat, sieht die Vorbilder. Die Gangsta-Rap-Kultur leistet ihr Übriges.

Das heißt nicht, dass nicht auch ein_e Gymnasiast_in auf diese Kultur anspricht und z.B. den Sprachduktus übernimmt. Unabhängig davon, dass er oder sie in aller Regel bereits im Elternhaus einen eher elaborierten Code aufnimmt, kann der junge Mensch nicht nur zwischen zwei unterschiedlichen Arten der Sprache unterscheiden, sondern er kann auch die Ebenen situativ wechseln, da er tagsüber durch Mitschüler_innen differenziertere Formen der Kommunikation erlebt. Der oder die Stadtteilschüler_in kann dies häufig nicht, weil er oder sie bis auf das eigentliche Unterrichtsgespräch vornehmlich sprachliche Äußerungen aufnimmt, die der restringierten Sprache zuzuordnen sind.

Wenn man so will, bewegt sich dies alles noch auf der Erscheinungsebene. Der Boden, auf dem sich viele Stadtteilschüler_innen als Abgehängte fühlen, ist aber längst bereitet, nachdem sie nach der vierten Klasse erfahren mussten, dass sie nur 2. Wahl sind. Diese Kränkung hinterlässt Spuren. Bei manchen kann man auch von einem Trauma sprechen. Solche Verletzungen gehen nicht einfach weg, sondern brechen sich Bahn in eben einer solchen Situation.

Der Trigger

Wieso, wenn das denn überhaupt zutrifft, kommt es zu vermehrter Gewalt in einem Stadtteil, der als das Gegenteil zu einer so genannten herausfordernden Lage bezeichnet wird. Was der FDP-Volksvertreterin als Rätsel erscheint, lässt sich aufklären, wenn man unbequeme Wahrheiten nicht scheut. Es erscheint zu simpel, als dass es den Vorgang allumfassend erklärt, aber dort, wo es kaum Berührungen zwischen Schüler_innen unterschiedlicher Schularten gibt, ist auch kein Trigger vorhanden, der Wut aufgrund der minderprivilegierten Situation auslösen könnte. Wenn also, wie in diesem Fall, das Niederringen und anschließende in den Polizeigriff-Nehmen eines 13-Jährigen bei jenen solidarische Gefühle weckt, die sich in dem Bedrängten wiedererkennen, weil sie sich seiner Peergroup zugehörig fühlen, ist das nicht so erstaunlich, wie es erstmal scheint, wenn man sich auf das verlässt, was die Zeitungen aus diesem Vorfall gemacht haben (s. Kasten S. 30).

Strukturelle Gewalt

Zu simpel, zu eindimensional? Nein, denn dahinter steht eine gesellschaftliche Struktur, verästelt, oft mit sich widersprechenden Elementen behaftet, die von tiefer Ungleichheit gezeichnet ist. Wenn man denn Ursachenforschung betreiben will, dann sollte man zunächst sich die sozialstatistischen Daten ansehen. Wie viele Eltern der Schüler_innen an der betroffenen Schule erhalten bspw. Grundsicherung im Vergleich zu den Kindern der Eltern an den benachbarten Gymnasien? Man würde schnell feststellen, dass sich die soziale Ungleichheit in dem benannten Stadtteil besonders scharf in Zahlen abbilden lässt. Kulturelle Ausstattung der Familien gepaart mit materieller Ungleichheit korrespondieren. Bei einem entsprechenden empirischen Beleg spricht man dann nicht ohne Grund in diesem Zusammenhang von struktureller Gewalt, der die Betroffenen ausgesetzt sind. Somit kann man die Gewalttat an der Schule auch als Vorbote und Reaktion auf eine eben solche strukturelle Benachteiligung begreifen. Sie zeigt, wie schnell gesellschaftlicher Kitt zerbröckeln und zu Sprengstoff werden kann.

Auch wenn es aus Sicht unserer politischen Gegner_innen eine viel zu simple Schlussfolgerung sein mag: Die Lösung des Problems liegt in der Beseitigung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft. Die scheint, wie wir in jeder Ausgabe dieser Zeitung betonen, in ihrer Dynamik kaum aufzuhalten zu sein. Das gegliederte Schulsystem spielt dabei eine zentrale Rolle. Solange ein Teil der Gesellschaft, auch große Teile der Mittelschicht, nicht bereit ist,

die eigenen Kinder mit Kindern aus Familien zusammen lernen zu lassen, die mit anderem und mit dem deutschen Schulsystem weniger kompatiblen kulturellen Kapital ausgestattet sind, wird es zu keiner Befriedung der Situation kommen. Im Gegenteil: die sozialen Spannungen werden zunehmen. Solange die Binse ‚Kinder lernen durch Kinder' nicht in politisches Handeln dergestalt umgesetzt wird, dass man die schulischen Voraussetzungen dafür schafft, sprich: Eine Schule für Alle einrichtet, wird es weder sozialen Frieden geben noch wird sich das Gewaltpotential dauerhaft eindämmen lassen.

JOACHIM GEFFERS

Hamburger Abendblatt

Aufbruch am Jungfernstieg Die Alsterhaus-Chefin und viele andere kämpfen um Hamburgs beste Adresse S. 9

Schon wieder: Ab Montag streiken die Lokführer

Vor Ida Ehre Schule: Hamburger Kinder schlagen Polizisten nieder

Der Beamte wollte einen Streit schlichten. Hauptäter soll ein 13-Jähriger sein. „Mehrere Tritte gegen den Kopf"

Wird HSV die Tickets noch los?

Titelseite HA 21.08.21

Gehypt

Der Vorgang verlangt genaue Aufklärung. Dies hatten Elternrat und Schulleitung gefordert, um der Gefahr einer Vorverurteilung vorzubeugen, was ihnen zugleich den Vorwurf der Verharmlosung einbachte. Am 21.8. schreibt das Abendblatt noch einleitend zur Schilderung des Vorgangs: „Dutzende Kinder und Jugendliche gehen auf einen Hamburger Polizisten los, schlagen ihn nieder, treten mehrfach gegen seinen Kopf", um sich dann bei der Schilderung des Tatvorgangs allerdings deutlich zu widersprechen: „Als der Beamte, der den Jungen kennt, (einen) Streit schlichten wollte, geriet die Situation außer Kontrolle. Der 13-Jährige habe krampfhaft seine Hand in der Jackentasche gehalten. Der Polizist fürchtete nach seiner späteren Aussage, dass der Junge ein Messer versteckte und forderte ihn mehrmals auf, seine Hände vorzuzeigen – was der aber nicht tat. Daraufhin fixierte er den 13-Jährigen. Als der seine Gegenwehr nicht aufgab, brachte er ihn zu Boden und fixierte ihn dort weiter" (HA 21.8., S.7). Das in der Schlagzeile benannte Niederschlagen findet sich also nicht in der Beschreibung. Zwei Tage später heißt es im Innenteil der Zeitung: „Eine kurze Videosequenz, die dem Abendblatt vorliegt, zeigt einen Beamten, wie er einen offenbar Jugendlichen in festem Griff am Boden hält. Dieser versucht sich zu entwinden. Im Hintergrund ist das Schreien von Jugendlichen zu hören, die unter anderem „Hören Sie auf!" rufen oder darauf hinweisen, dass der am Boden Liegende womöglich keine Luft bekomme. (Liegt es nicht nahe, dass bei den umstehenden Kindern und Jugendlichen plötzlich Bilder der Tötung von George Floyd wachgerufen wurden? JG) Schließlich ist am Bildrand, allerdings nur sehr ungenau, zu sehen, wie offenbar einmal gegen den Fahrradhelm des Beamten getreten wird." (HA 23.8, S.7): Die Äußerung der Polizeisprecherin Nina Kaluza drei Tage zuvor, dass aus der Gruppe heraus dem Polizisten „mehrfach gegen den Kopf getreten" worden sei, wurde zwar nochmals auf der Titelseite erwähnt, nicht aber im Innenteil wiederholt. Dies wohl nicht ohne Grund, da es sich durch das Bildmaterial nicht verifizieren ließ.

Nun ist es nicht unsere Aufgabe herauszufinden, was tatsächlich stattgefunden hat. Mir scheinen die Reaktionen der Schulleitung und des Elternrats absolut angemessen zu sein. Dagegen liegt die Vermutung nahe, dass, nachdem die Medien diesen Vorgang als quasi Gewaltorgie gehypt hatten, der Senator sich zu einer Reaktion genötigt sah, die angesichts der widersprüchlichen Berichterstattung als unverhältnismäßig erscheint. Dazu die Stellungnahme des Elternrates: „Wir distanzieren uns (..) deutlich von der spekulativen Berichterstattung durch die Medien und kritisieren, dass ohne bewiesene Fakten Vorverurteilungen ausgesprochen werden. In diesem Zusammenhang ist es auch sehr bedenklich, dass die Behörde gehandelt hat, ohne die Beteiligten angehört zu haben. So wurden Schüler_innen auf Anweisung der Behörde für mehrere Tage vom Unterricht suspendiert, ohne dass mit diesen bislang gesprochen oder eine Beteiligung bewiesen worden ist." Der Elternrat rufe zur Besonnenheit auf und fordere, „dass diese Vorfälle transparent aufgeklärt werden". Man strebe an, „dies gemeinsam mit der Schulgemeinschaft zu tun".

JG

Zunahme von Essstörungen

Mehr Jugendliche müssen ins Krankenhaus

In der Pandemie hat sowohl die Zahl junger übergewichtiger Patientinnen und Patienten als auch die von Jugendlichen mit starkem Untergewicht zugenommen. Die Corona-Pandemie geht einer neuen Studie zufolge mit steigenden Behandlungszahlen in den Krankenhäusern wegen Übergewicht und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen einher. Einem Report der DAK-Gesundheit 2020 zufolge wurden in den Krankenhäusern 60 Prozent mehr Kinder und Jugendliche aufgrund einer Adipositas behandelt als im Vorjahr. Steigende Zahlen verzeichnete man auch bei starkem Untergewicht sowie Magersucht und Bulimie.

Alarmierend

Die Untersuchung basierte auf anonymisierte Krankenhausdaten von knapp 800 000 Kindern und Jugendlichen im Alter bis 17 Jahren, versichert bei der DAK-Gesundheit. DAK-Vorstandschef Andreas Storm resümierte: «Die Krankenhausdaten zeigen alarmierende Folgen der Pandemie für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen». Nach einem Absinken im Frühjahrs-Lockdown stieg die Zahl junger übergewichtiger Patient_innen steil an. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit starkem Untergewicht nahm 2020 um 35 Prozent zu. Stationär behandelte Essstörungen wie Bulimie und Anorexie nahmen in den Lockdowns ebenfalls deutlich zu – im Jahresvergleich gab es einen Anstieg um zehn Prozent. 2020 wurden mit Diabetes-Typ-1-Diagnose stationär unterm Strich leicht mehr Kinder und Jugendliche behandelt – nach einem starken Rückgang im ersten Lockdown und einem deutlichen Anstieg danach. Die Zahl der behandelten Infektionskrankheiten durch die Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen dagegen sank deutlich. So gingen die Klinikbehandlungen bei virusbedingten Darminfektionen um 80 Prozent zurück.

Storm forderte eine Enquete-Kommission nach der Bundestagswahl. «Politik und Wissenschaft müssen die Auswirkungen von Corona analysieren und langfristige Konzepte entwickeln», sagte er.

JOACHIM GEFFERS
Nach Informationen von dpa
v. 9. September 2021

GESUNDHEIT

BSB verspricht 21 000 Luftfilter

Geräte zur Lufftreinigung werden endlich geliefert

Nach Angaben der Behörde ist ein Teil von insgesamt 21.000 bestellten mobilen Luftfilteranlagen bereits bei den Schulen eingetroffen. 18.000 Geräte sollen bis zu den Herbstferien installiert werden, der Rest bis Ende Oktober. Die Kosten belaufen sich auf über 21 Millionen Euro. Die GEW hatte sich bereits länger für die Anschaffung geeigneter Luftfilter stark gemacht, um den Schutz vor Corona-Infektionen zu erhöhen.

Schulsenator Ties Rabe erklärte, dass Hamburg damit bislang das einzige Bundesland sei, das „flächendeckend alle Klassenräume und einen großen Teil der weiteren Unterrichtsräume an den Schulen" mit mobilen Luftfiltergeräten ausstatte. Die Behörde habe trotz einer angespannten Marktsituation rechtzeitig eine große Zahl von Geräten bestellen können.

Die GEW kritisiert dagegen, die Behörde habe die Zeit für eine rechtzeitige Anschaffung von Luftfiltern über den Sommer verstreichen lassen. Auch Aspekte wie Wartung und Nachhaltigkeit seien noch ungeklärt.

Nach Auskunft aus der Behörde waren Ende August bisher rund 800 Unterrichtsräume mit den Geräten ausgestattet. Ziel sei es aber, 10.000 Unterrichtsräume damit auszustatten und so die Sicherheit für die rund 8.600 Schulklassen an den allgemeinbildenden und den berufsbildenden Schulen zu erhöhen.

Die mobilen Luftfiltergeräte sind Baustein eines umfassenden

Foto: Trotec

Dies ganz spezielle (oder ähnliche) Rollkommando kommt wohl auf uns zu

Fünf-Stufen-Sicherheitskonzeptes an den Hamburger Schulen. Dazu zählen außerdem Impfangebote für die Schulbeschäftigten und zwei Mal pro Woche durchgeführte Coronatests bei Schüler_innen. Außerdem gilt die Pflicht zum Tragen von Masken in den Gebäuden sowie zum Lüften der Unterrichtsräume alle 20 Minuten.

Umkehr bei der Behörde

Bei der Schulbehörde, die lange Zeit die Anschaffung von Luftfiltergeräten ablehnte, hat in dieser Frage ein Umdenken stattgefunden. Peter Albrecht, Pressesprecher der BSB, erklärte gegenüber der hlz:

„Wirkung und Notwendigkeit der Geräte wurden von Experten lange Zeit unterschiedlich bewertet. Erst in den letzten Monaten gab es klarere Voten für die Aufstellung der Geräte, beispielsweise durch das Bundesumweltamt und die Bundesregierung. Hamburg hat sich aufgrund der geänderten Experteneinschätzungen deshalb entschieden, die Geräte flächendeckend anzuschaffen. Die Geräte ergänzen die anderen Sicherheitsmaßnahmen, sie ersetzen sie jedoch nicht."

Hamburg werde die Geräte flächendeckend einsetzen, um „das noch so kleinste Risiko zur Krankheitsübertragung auszuschließen". Die Geräte seien beweglich und wartungsarm. Es würden nur solche Geräte eingesetzt, die „leiser als die modernsten und besonders leisen Geschirrspüler" seien.

Albrecht übte in diesem Zusammenhang deutliche Kritik am Förderprogramm des Bundes für mobile Luftfilter. Die Kriterien seien viel zu eng gefasst: Es würden nur Räume der Kategorie 2 gefördert, in denen Fenster nur gekippt werden können oder die deutlich zu klein sind. In Hamburg treffe das auf weniger als 1 Prozent der Räume zu.

MANNI HEEDE

Informationen der BSB zu den Luftfiltergeräten

Die mobilen Luftfiltergeräte haben ungefähr die Größe eines kleinen oder mittleren Kühlschrankes und funktionieren ähnlich wie ein Staubsauger, dessen Ansaugrohr auf dem Boden liegt: Mithilfe eines Ventilators wird die verbrauchte Luft des Klassenraumes angesaugt und über ein extrem feines Filtermedium gereinigt. Dabei werden selbst winzige Partikel wie beispielsweise mit Corona-Viren verunreinigte Aerosole aus der Luft herausgefiltert.

Um die Wirksamkeit und Sicherheit zu erhöhen, plant die Schulbehörde, in jedem Raum statt eines größeren Gerätes zwei kleinere Geräte gegenüber aufzustellen. Der Vorteil besteht darin, dass die eventuell verunreinigte Luft kürzere Wege bis zum Filter zurücklegen muss.

Die bestellten Geräte sind mit maximal 45 dB unter Berücksichtigung der Frequenz ausreichend leise, um den Unterricht nicht zu stören. Sie filtern pro Stunde mindestens die dreifache Luftmenge des Raumes. Wartung und Filterwechsel werden von der Schulbehörde in Zusammenarbeit mit Schulbau Hamburg organisiert.

DIENSTCOMPUTER

„Zu kurz gesprungen"

Stellungnahme der GEW zu den neuen Diensttablets für Lehrkräfte

Die Schulbehörde wird gut 20.000 Diensttablets für Lehrer_innen und unterrichtendes Personal zur Verfügung stellen.

„Die GEW hat die Bereitstellung dienstlicher Endgeräte lange gefordert und begrüßt, dass die BSB sich endlich diesem wichtigen Thema annimmt. Allerdings sind die von der BSB ausgewählten günstigen Tablets zu kurz gesprungen", kommentiert Bodo Haß, 2. stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg. „Viele dienstliche Aufgaben lassen sich damit nicht oder nur eingeschränkt bewältigen (Text- und Tabellenbearbeitung, Unterrichtsvorbereitung). Hier sind die Pädagog_innen nach wie vor auf private Lösungen zurückgeworfen, die aus datenschutzrechtlichen Gründen hochproblematisch sind."

Die stellvertretende Vorsitzende Yvonne Heimbüchel bemängelt: „Aus arbeitsergonomischer Sicht entsprechen die Tablets aufgrund der kleinen Bildschirme und fehlender Tastaturen nicht dem Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes."

„Wenn dieses wichtige Thema nun endlich angefasst wird, warum dann nicht richtig mit vernünftigen Laptops für alle Lehrkräfte und das pädagogisch-therapeutische Fachpersonal? So wären dann alle Kolleg_innen, die mit den Schüler_innen arbeiten, eingebunden. Der preisliche Sprung zu Laptops ist nicht mehr so groß, wie beispielsweise das Land Bayern für seine Lehrkräfte vormacht", so Bodo Haß abschließend.

Die GEW fordert in Bezug auf die digitalen dienstlichen Endgeräte an Schulen:

Alle an Schule Beschäftigten müssen ein dienstliches mobiles Endgerät bekommen.

Durch die Geräte müssen vom Dienstherrn vorab konkret definierte dienstliche Aufgaben erfüllt werden können. Um die gesetzliche Arbeitsstättenverordnung zu erfüllen, müssen vor Anschaffung auf diese Aufgaben bezogene Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt werden. Hierzu ist vor der Ausgabe an die Schulen eine Dienstvereinbarung mit dem GPR abzuschließen, die SPR müssen bei dem konkreten Einsatz in den Schulen einbezogen werden.

- Sie müssen datenschutzkonformes und barrierefreies Arbeiten ermöglichen.
- Das Betriebssystem und die weitere Software ist seitens der Dienststelle zur Verfügung zu stellen, wobei Open Source Software bevorzugt eingesetzt werden soll und Abhängigkeitsstrukturen zu großen Anbietern vermieden werden sollen.

Folgend der arbeitsschutzrechtlich vorgegebenen Regelungen auch hinsichtlich der Ergonomie ist hierbei z. B. eine gewisse Bildschirmgröße notwendig (> 13 Zoll).

- Die GEW HH geht davon aus, dass diese zu erwartenden Anforderungen, wie z. B. auch die Unterrichtsvorbereitung, nur mit qualitativ hochwertigeren Laptops/Notebooks zu erfüllen sind. (Hinweis: Hierzu sollte sich Hamburg mindestens an den Ausgaben Bayerns orientieren, dass ca.1000 Euro pro Gerät inkl. 250 Euro Verwaltungspauschale für die Wartung veranschlagt hat.)
- Die Mittel aus dem Digitalpakt IV müssen hier deutlich durch die Bürgerschaft aufgestockt werden.
- Das für die Geräte notwendige Zubehör (z.B. Dockingstations, Tastatur, Schutzhülle usw.) muss ebenfalls gestellt werden.
- Alle Beschäftigten müssen eine qualifizierte Einweisung/

Foto: hlz

Wie nun – System Adler – jede Taste eine Entdeckung?

Fortbildung in die Nutzung des Gerätes (im Rahmen ihres Fortbildungskontingentes) bekommen.

Die Sicherstellung des Nutzens und der Akzeptanz des Dienstgerätes bei den Beschäftigten wird nur bei professioneller Administration, Wartung und einem zeitnahen Vor-Ort-Support erfolgen (alle Systeme müssen dabei eine Mindestausstattung und dazu entlang der Beschäftigtenanzahl weitere IT-Verantwortliche bekommen); die bisher von der BSB veranschlagten Mittel zur Umsetzung des Digitalpakts III müssen deshalb deutlich aufgestockt werden.

Langfristig muss die Finanzierung und Erneuerung der Geräte sowie die einer geeigneten Administration im Haushalt eingeplant und sichergestellt werden. Auch hier ist Nachhaltigkeit wichtig!

BODO HAß
2. stellvertretender Vorsitzender
GEW Hamburg

GEW-BUND

Pflicht zur Auskunft über Impfung abgelehnt

Die persönlichen Daten müssen auch weiter besonders geschützt werden. Die Impfbereitschaft unter den Beschäftigten in Schulen und Kitas liegt bereits mit 80 bis 95 Prozent ganz weit oben.

Künftig sollen Arbeitgeber von Beschäftigten in Kitas, Schulen und Pflegeheimen Auskunft über eine Corona-Impfung oder eine überstandene Covid-Erkrankung verlangen können. Die entsprechende Gesetzesänderung hat der Bundestag beschlossen.

„Die GEW lehnt eine Impfauskunftspflicht für das Personal an Kitas und Schulen ab“, sagte GEW-Chefin Maike Finnern. „Aus gutem Grund stehen persönliche Daten in Deutschland unter besonderem Schutz. Diesen Schutz müssen wir gewährleisten.“ Finnern verwies in diesem Zusammenhang auch darauf, dass die Impfbereitschaft unter den Beschäftigten in Schulen und Kitas ganz weit oben liege.

Es gibt wichtigere Themen

„Die Debatte um eine Auskunftspflicht zum Impfstatus führt an den wichtigen Themen in Kitas und Schulen vorbei. Was wir wirklich brauchen, sind endlich Luftfilter in allen Räumen, flächendeckende PCR-Tests für Schulkinder und eine einheitliche und klare Leitlinie für Quarantänemaßnahmen“, kritisierte die GEW-Vorsitzende.

Das Auskunftsrecht soll während der festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite gelten, die der Bundestag vor Kurzem für weitere drei Monate verlängert hatte. Die Daten sollen direkt beim Beschäftigten zu erheben sein. „Die Freiwilligkeit der Entscheidung über die Inanspruchnahme von Impfschutz bleibt unberührt“, heißt es im Gesetz.

GEW-BUND WEBSITE
vom 6.9.2021 (aktualisiert)

Die hlz-Redaktion geht davon aus, dass diese Entscheidung auch Thema auf dem Gewerkschaftstag am 20. September sein wird. Siehe hierzu auch „Aus dem Furor“, S. 63f dieser Ausgabe.

BENACHTEILIGUNG

Abgehängt oder angedockt?

Alia und der Lockdown. Reflexionen über Schulschließung, Distanzunterricht und Unterstützung für Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligenden Lebenslagen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen

Im März 2021 und den Monaten davor absolvierte ich im Rahmen meiner Ausbildung zur Sonderpädagogin an der Universität Hamburg ein Schulpraktikum. In dieser Zeit führte COVID-19 deutschlandweit zu wiederholten Schließungen von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Davon war ich als Praktikantin ebenso betroffen wie die Schülerinnen und Schüler, mit denen ich arbeitete.

Foto: Wolfgang Svensson
„So lonely, so lonely...“

Ich möchte über Alia berichten, ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer inklusiven Grundschule in Hamburg. Was bedeutet es für Kinder und Jugendliche, wenn sie nicht mehr die Möglichkeit haben, in die Schule zu kommen, sondern in ihren jeweiligen Lebenssituationen bleiben und nicht herauskönnen? Die bundesweiten Schulschließungen dürften insbesondere für Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Herausforderung darstellen. Häufig kommen sie aus benachteiligenden Lebensverhältnissen.

Das zeigt ein Fallbeispiel (anonymisiert) aus meinem Praktikum: Alia wächst zusammen mit ihren Eltern, ihren zwei jüngeren Schwestern und ihrem jüngeren Bruder in Hamburg auf. Geboren ist sie in Syrien. Dort verbrachte sie die ersten drei Lebensjahre, bevor sie mit ihrer Familie nach Deutschland immigrierte. Die Familie lebt in einer Flüchtlingsunterkunft. Innerhalb der Familie wird arabisch gesprochen, die Eltern verstehen nur wenig Deutsch und können es kaum sprechen. Unterstützung zum Bewältigen der Lernaufgaben erhält Alia daher nicht. Sie spielt gerne mit ihren Geschwistern und anderen Kindern, sie ist gerne auf dem Spielplatz, malt, interessiert sich für Tiere und schaut viel Fernsehen. In der Schule erscheint sie fröhlich und aufgeschlossen, phasenweise aber müde und bedrückt. Alia besucht in der Regel täglich die Nachmittagsbetreuung der GBS bis 15 Uhr. Ihr wurde ein erhöhter Sprachförderbedarf attestiert, Entwicklungsverzögerungen in den Bereichen Grob- und Feinmotorik, in schulischen Vorläuferqualifikationen und der psychosozialen Entwicklung sowie der visuellen und auditiven Wahrnehmung werden festgestellt. Der Familie sind die Lernschwierigkeiten mitgeteilt worden, Empfehlungen zur außerschulischen Förderung wurde nicht nachgegangen, denn die Familie benötigt selbst bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben Unterstützung.

Für Alia wird damit schulische Unterstützung notwendig, die erst über differenzierte Aufgabenstellungen im Bereich Lesen, Schreiben und Rechnen erfolgt. Über die Corona-Zeit hinweg wurde zusammen mit der Sonderpädagogin die Entscheidung getroffen, die Unterstützung für ein individuelles Arbeiten und didaktische Reduktion auszuweiten. Seither wird Alia zieldifferent beschult; sie erhielt den sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen.

In einem Artikel der Zeitschrift „Heilpädagogik 71“ wird eine Analyse der Webseiten von Landesministerien durchgeführt. Es wird festgestellt, dass während des Aussetzens der Präsenzpflicht und der Schulschließungen eine Dienstpflicht für Lehrkräfte gegolten hätte, welche auch die Umsetzung von

Distanzlernen umfasse. Sonderpädagogische Förderung werde dabei aber bei den Hilfen, welche einzelne Bundesländer bereitstellen, kaum explizit thematisiert.

Bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderstatus ist davon auszugehen, dass sie im Sinne des § 12 HmbSG „[…] in ihren individuellen Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so weitreichend beeinträchtigt sind, dass sie ohne gezielte sonderpädagogische Förderung und Unterstützung nicht erfolgreich zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten kommen können“. Diese Kinder und Jugendlichen scheinen insbesondere während der Pandemie erschwerten Bedingungen ausgesetzt. Ihre Lernfortschritte könnten davon abhängig sein, wie engagiert und kompetent ihre Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Lern- und Lehrmethoden sind und wie gut ihre Eltern in der Lage sind, hierfür ein lernförderliches Umfeld zu gewährleisten. Die Autoren des Artikels in „Heilpädagogik 71“ sehen die Schwierigkeit der Situation darin, dass die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen oft kaum in der Lage seien, angemessene Hilfestellungen beim Lernen zu geben. Auch seien betroffene Familien darüber hinaus unverhältnismäßig häufig von Armut und psychosozialen Belastungen bedroht. Die Schließung führte außerdem zu einer ökonomischen Zusatzbelastung der Familien.

Die hier beschriebene Problematik zeigte sich auch während meines Kernpraktikums, in dem ich Alia kennenlernte. Ich habe erlebt, dass die Pandemie dazu beitrug, soziale Ungleichheit weiter zu verschärfen und gefährdete Gruppen von Schülerinnen und Schülern, insbesondere mit Förderbedarf, dieser Situation durchaus ausgeliefert waren. Diese besondere Ausbildungssituation während des Kernpraktikums hat meine Haltungen nachhaltig verändert und intensiv meine Persönlichkeitsentwicklung als Lehrerin und Sonderpädagogin beeinflusst, wahrscheinlich mehr, als es jeder fachdidaktische Unterricht jemals gekonnt hätte. Ich konnte auch beobachten, unter welchen Bedingungen Kinder wie Alia während dieser schwierigen Zeit kleine Lernfortschritte machen konnten, allerdings war die sonderpädagogische Förderung maßgeblich abhängig von dem persönlichen Engagement einiger Lehrkräfte. Diese setzten sich individuell für ihre Schülerinnen und Schüler ein und taten dies in Absprache mit dem Team unter der Zustimmung der Schulleitung.

Sonderpädagogische Arbeit im Lockdown

Die Sorge, dass Schülerinnen und Schüler während der Zeit des Fernunterrichts unterschiedliche Lernfortschritte machen und diese gravierender werden, je länger die Phase der Schulschließungen anhält, wirft Fragen auf, die sich schon lange stellen und nun an Brisanz gewinnen: Wie kann eine sonderpädagogische Förderung umgesetzt werden, die die besonderen Lebenslagen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen im schulischen Rahmen, insbesondere unter den derzeitigen Bedingungen von Corona, gewährleistet? Wie können Handlungsspielräume für die sonderpädagogische Arbeit unter den Bedingungen der Pandemie genutzt werden, um eine potenziell gefährdete Gruppe nicht weiter zu isolieren?

Diese Fragen sind mir durch die Erfahrungen in meinem „CORONA-Praktikum“ besonders wichtig geworden, um mich für eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern stark zu machen, die sich nicht selbst einsetzen können und für die sich niemand speziell stark macht. Es kann mit gutem Recht eine politische und steuernde Funktion für Schulaufsichtsbehörden oder Schulleitungen gefordert werden. Diese sollen zentrale Impulse setzen und Ressourcen bereitstellen, sodass eine sonderpädagogische Unterstützung gewährleistet werden könnte. Es bleibt dennoch die Frage, wieso es auch nach über einem Jahr keinen nennenswerten politischen Diskurs über diese Problematik gibt. Insbesondere braucht es Lösungen, Ideen und Möglichkeiten, auch in diesen Ausnahmezeiten Kinder und Jugendliche wie Alia aus sozial benachteiligenden Verhältnissen zusätzlich zu unterstützen.

Es liegt auf der Hand, dass von Fernunterricht und Videokonferenzen ausgeschlossen bleibt, wer nicht über die ökonomischen Mittel und eigenen Ressourcen zur Nutzung dieser verfügt. Es braucht deshalb qualitätsvolle und berufsbegleitende fachliche, überfachliche und ungleichheitsreflexive Aus- und Weiterbildungen von Lehrpersonen und Schulleitungen, damit diese Gruppe von Schülerinnen und Schülern nicht übersehen wird, insbesondere, weil die Lebenswelten der Lehrkräfte sich davon grundsätzlich unterscheiden.

Alia macht Fortschritte

Abschließend möchte ich berichten, wie es gelang, Alia auch während der Schulschließungen zu unterstützen. Alia kam an zwei Tagen für jeweils eine Stunde in die Schule mit der Möglichkeit der Einzelförderung, in der sich die Klassenlehrkraft Frau Sorgenfrei (anonymisiert) viel Zeit für Alia nahm. Alia bekam ein Ipad von der Schule geliehen. Frau Sorgenfrei richtete alles auf Alias Bedürfnisse ein und zeigte ihr, wie sie die verschiedenen Lernplattformen nutzen konnte. Sie übten dann gemeinsam die verschiedenen Zugriffe auf die unterschiedlichen Lernplattformen, sodass Frau Sorgenfrei sicher sein konnte, dass Alia selbstständig mit dem Ipad arbeiten konnte. Alia hatte schon eine Woche später auf dem Padlet der Klasse ein Foto ihres Kunstprojektes hochgeladen, in der AntonApp Mathe geübt und an der Videokonferenz der Klasse teilgenommen.

Dies war möglich, da die Sonderpädagogin sehr flexibel und engagiert für die Schülerin da war und zur Zeit der Schulschließungen die Möglichkeit hatte, flexibel mit ihren Stunden umzugehen. Es wurden dabei von der Sonderpädagogin und der Klassenlehrerin jede Woche neue flexible Absprachen getroffen. Hierbei muss erwähnt werden, dass dies ein besonderes Maß an Organisation und Engagement beinhaltet und nur möglich war, da die Schulleitung der Grundschule den Lehrkräften die Möglichkeit gab, in Ausnahmefällen unter strengen Hygienevorschriften der Dienstpflicht in der Schule nachzukommen. Hier ist aber auch anzumerken, dass diese Chancen während der ersten Wochen der Schulschließung noch nicht bestanden hatten. Trotz der steigenden Zahlen und Spekulationen über eine weitere Schulschließung Ende 2020, welche dann auch wirklich eintrat, bekam Alia erst Anfang Februar 2021, acht Wochen nach dem zweiten Aussetzen der Präsenzpflicht, die Möglichkeit der Teilhabe am digitalen Fernunterricht. Zuvor wäre Alia ohne die Zuwendung und den ständigen Kontakt zwischen Frau Sorgenfrei und ihren Eltern wahrscheinlich im Lockdown „verschwunden“ und abgehängt. Alias Beispiel zeigt mir, wie auf der Basis einer digitalen Grundversorgung vor allem persönliche Verantwortungsübernahme, kollegiale Kooperation, kreatives Handeln, Unterstützung durch die Schulleitung, Flexibilität im Umgang mit Ressourcen zum Motor für die Förderung Alias in der Pandemie werden konnten. All dies gilt es durch beste bildungspolitische Rahmenbedingungen zu unterstützen, damit Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligenden Lebenslagen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen den Anschluss an Bildung, Erziehung und Förderung in einer Pandemie nicht verlieren!

LINA PEPPINE SAXER,
Lehrbeauftragte und Studierende
der Sonderpädagogik

LETZTE NACHRICHT

Auch unsere Heldin

„Sie war es, ist es und wird es bleiben, meine Heldin“ erklärt Jascha Jaworski über Barbara Lee auf „Maskenfall“

Die US-Amerikanerin Barbara Lee hat sich am 14.9.2001 als einzige Abgeordnete gegen die Blankogenehmigung für den US-Präsidenten (George W. Bush, Anmerkung der Red.) gewandt, mit der er gegen alles und jeden ohne Beteiligung des Kongresses Krieg führen durfte, der oder die in seinen Augen Terrorismus im Zusammenhang mit dem 11. September “geplant, autorisiert, begangen oder unterstützt” haben. Das Abstimmungsergebnis im Senat lautete 98 zu 0, das im Repräsentantenhaus 420 zu 1. Barbara Lee wurde in der Folgezeit mit massiven Beschimpfungen und zahlreichen Todesdrohungen konfrontiert. Die Hintergründe zu jener Zeit schildert sie in einem Interview mit DemocracyNow!, siehe “Rep. Barbara Lee, Who Cast Sole Vote After 9/11 Against ‘Forever Wars‘ on Need for Afghan War Inquiry”. Wer die desaströsen Kriege der Vereinigten Staaten und die Toten durch weltweiten, nicht-staatlichen Terrorismus zur Kenntnis genommen hat, sieht, dass Barbara Lee Recht behalten sollte. Wie weit damals die Bush-Bande offenbar gehen wollte, hat General Wesley Clark 2007 in einem Interview, das Noam Chomsky führte, dargestellt. https://www.democracynow.org/2013/9/11/chomsky_on_9_11_syrias_bloody

Foto: Wikipedia.org

JASCHA JAWORSKI

Aus: Maskenfall Nr. 533
v. 12. September 2021

IMPFGEGNER_INNEN

Alles so schön entspannt hier

Gewaltfrei Schwurbeln und was das mit uns zu tun hat

In einem online- „Redetraining“ mit dem Coach Holger M. geht es darum „Spaltung in Corona-Zeiten verbal überwinden“ zu lernen, indem „achtsam, selbstsicher & überzeugend“ kommuniziert wird. Es handelt sich um einen ersten Teil, der Appetit auf die Folgeveranstaltung machen soll, wo Teilnehmende „belastende Situationen“ schildern können und der Coach sie dann darin unterstützen möchte, in Richtung „Neutralisation“ der Konfliktsituation zu gehen. Holger M. bezieht sich auf das Handlungskonzept der Gewaltfreien Kommunikation (GFK), welches durch Marshall B. Rosenberg entwickelt wurde. Dieses Konzept ist vielen von uns, die in Bereichen, wie der (politischen) Bildung oder der Beratung tätig sind, bekannt. GFK geht im Groben davon aus, dass hinter bestimmten mitunter gewaltvollen Handlungen und Konflikten Gefühle und nicht erfüllte Bedürfnisse stecken. Erkennungsmerkmal einer erfolgreich absolvierten GFK Fortbildung sind die Ich-Botschaften, mit denen Konfliktsituationen auf das Feld von Gefühlen, Empathie und Selbstempathie geführt werden sollen. Es geht darum, wie kommuniziert wird. Folgerichtig erklärt Holger M., dass er eine „richtig-und-falsch-Welt“ ablehne, in die man durchs „Argumentieren“ komme. Er frage lieber, wie es dem Gegenüber gehe, denn ihm sei es wichtiger, in eine Verbindung zu dem Gegenüber eines Konfliktes zu kommen.

Mit den Waffen der GFK

So weit, so gut. Jedoch findet dieses Webinar im Kontext des „Kinder & Corona Kongresses“ statt. Dieser Kongress bietet wichtigen Akteur_innen der Pandemieleugner_innenszene, wie Tina Romdhani, der Vorsitzenden der Klagepaten oder den Medizinern Sucharit Bhakdi und Wolfgang Wodarg eine Bühne. Als „Partner“ des Kongresses sind Zusammenhänge wie „Eltern stehen auf“, „Polizisten für Aufklärung“, oder der Corona-Ausschuss aufgeführt. Bei diesem Webinar geht es also nicht um ein „Redetraining“ gegen Verschwörungserzählungen, sondern darum, wie Pandemieleugner_innen mit ihren Kritiker_innen „überzeugend kommunizieren“ können.

Die beiden Gesprächspartner gehen Beispiele durch. Der Interviewer Christian C. soll einen Polizisten geben, der ein Masken Attest sehen will. Christian C. hält inne, denn es falle im schwer einen Polizisten zu spielen, da diese immer so einen „kalten, arrogantem Gesichtsausdruck, so eine autoritäre Haltung“ hätten. Die Antwort des GFK-Experten auf die Fragen nach dem Attest? „Äh, nein“. Man könne einfach mal überraschend sein, „ohne Rechtfertigung, ohne Begründung, ohne Argumente, ohne `du darfst dies nicht, du darfst das nicht`, einfach sagen: nein!“. Der Coach begründet, er müsse „nichts begründen, niemals“, er könne handeln, wie er möchte und müsse niemandem gegenüber Rechenschaft ablegen oder begründen. „Wenn mich jemand um etwas bittet, kann ich nein sagen.“ Schließlich geht es hier um seine Bedürfnisse. Aber aus körperlichen Auseinandersetzungen hielte er sich heraus, da es nicht sein „Fachgebiet“ sei.

Es geht hier also nicht um eine weltweite Pandemie, nicht um rechtliche Grundlagen oder gar um eine Kritik an der Polizei, außer vielleicht darum, dass Polizist_innen einen kalten und arroganten Gesichtsausdruck hätten. Es geht hier vielmehr um individuelle und subjektive Bedürfnisse, statt um richtig oder falsch oder sogar um Machtverhältnisse. Daher kommt der Coach auch ganz ohne Begründung oder Argumente aus.

Christian C. und der Coach sprechen weiter darüber, wie man „den Samen des Zweifelns säen“ könne bei den Menschen, die sie noch nicht auf ihrer Seite haben. Obwohl das schwierig sei, wie der Coach einleitet, empfiehlt er, die eigene „Überzeugung zu leben“, also z.B. ohne Maske einkaufen zu gehen, um bei anderen Menschen den Zweifel an den Pandemie-Maßnahmen zu säen. Darauf angesprochen, würde Holger M. sagen, er habe „Studien dazu gelesen“, die aussagten, dass das Tragen vom Mund-Nasen-Schutz gesundheitsschädlich sei. Er fügt hinzu, dass er sagen würde, er habe sie gelesen, weil er sich vorher auch nicht sicher gewesen sei. Durch den Zusatz der eigenen Unsicherheit, so der Coach, soll die andere potenziell unsichere Person sanft überzeugt werden. Sie würde dann hören: „Ah, da hat jemand Studien gelesen“ und der bestehende Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Maskentragens soll so bestätigt werden. Er schlägt außerdem vor, Visitenkarten mit Links zu „Informationen“ zu verteilen.

https://www.kinder-und-corona-kongress.de/interviews/spaltung-in-corona-zeiten-verbal-ueberwinden/

Unwahrheit, real, scheißegal

Geht es hier also noch um individuelle Meinungsäußerungen und Bedürfnisse oder doch schon um das Vermitteln einer politischen Agenda?

Eine bekannte Erklärung für das Erstarken von Verschwörungsglauben sehen Fachleute in Gefühlen wie Angst und Ohnmacht, die durch Krisen ausgelöst werden. Auch dieser Erklärungsansätze bedient sich der Coach für seine eigene Sache: Es sei schwer, jemanden für ein Thema zu interessieren, das

ihm Angst mache. Diese Angst komme selbstverständlich daher, dass Menschen alles glaubten, was in den Nachrichten gesagt wird. Aus dieser Angst heraus wollen sie, so Holger M., dass andere Menschen es auch glauben. Auch wenn es sich bei den Nachrichten um Unwahrheiten handele, seien sie für die daran glaubenden Menschen „real". Da wird in einer Geschwindigkeit geschwurbelt, dass man schon fast die Orientierung darüber verliert, was denn nun noch real ist. Das nächste Szenario klingt wie eine Verhörszene in einem Tatortfilm: Holger M. erklärt, dass selbst, wenn „ich den jetzt einsperren würde in ein Zimmer und dann zeige ich ihm lauter Fakten und Informationen, die das Gegenteil beweisen, dann kanns sein, dass der das trotzdem nicht glaubt, weil das für ihn nicht aushaltbar ist, dass in der Zeitung gelogen wird oder in den Nachrichten. Das würde sein Weltbild zerstören."

Auch diese Erklärung kommt einem bekannt vor aus der Beratung von Angehörigen von Verschwörungsgläubigen. Wenn Anhänger_innen von Verschwörungserzählungen sich tief genug in die Zusammenhänge und Erklärungswelten der verschwörungsideologischen Zusammenhänge eingelassen haben, Kontakte außerhalb dieser Sphäre abgebrochen und womöglich auch viel Geld in die Sache gesteckt haben, fällt es ihnen schwer, Zweifel zuzulassen, denn der bringt ihr ganzes verschwörungsideologisches Fundament ins Wanken und versetzt sie in große Angst. Bei den vom Coach beschriebenen ängstlichen Menschen (die absurderweise Angst vor den Auswirkungen einer globalen Pandemie haben) hält sich der GFK-Coach zurück, verrät er. Er wartet bis zu dem Moment, wenn sie mal äußern, dass sie beispielsweise ständig Corona-Tests machen müssten: „In dem Moment kann ich sie abholen [...] dann korrigiere ich ihn nicht und erzähle ihm irgendwelche Fakten, sondern dann hole ich ihn ab", sagt der Coach verständnisvoll lächelnd.

Doch wessen Bedürfnisse wurden hier am Ende eigentlich erfüllt? Obwohl Begriffe wie Informationen, Realität, Angst, Nachrichten, Lügen und Weltbild wild durch den Raum geworfen werden, steht auch bei dem achtsamen und bedürfnisorientierten Coach fest, wer die Wahrheit spricht und es sind nicht die Nachrichten.

Was ist schon Antisemitismus?

Weiter im Gespräch: Es geht nun darum, wie man mit Kritik und dem Hinweis auf Antisemitismus umgeht. Der GMF-Coach möchte darauf fragend reagieren:

„Ja, was verstehst du denn dadrunter? Verstehst du dadrunter, dass ich sage: hm, ich möchte sicher durch die Stadt gehen, ist das schon … also abends, oder als Frau möchte ich nachts und sicher und ohne Angst durch 'ne deutsche Innenstadt gehen … Köln oder so? Ist das schon antisemitisch für dich? Ich verstehe das Wort nicht? Also, ich weiß nicht, was DU dadrunter verstehst."

Hier wird dann alles zusammengeworfen, ein ordentlicher Schuss Rassismus, ein bisschen Antisemitismus relativiert, ein paar Male umgedreht und am Ende verliert sich die Kritik in allgemeiner Verwirrung und Realitätsverlust. Wo sollte man da anfangen zu diskutieren? Das ist wohl mit „Neutralisation" der Konfliktsituation gemeint. Hier passt ein Zitat der Politikerin und Publizistin Marina Weisband: „Steter Tropfen höhlt den Schädel". Sie beschreibt einen Prozess, der auch mit dem Adjektiv post-faktisch beschrieben werden kann. Bei der Wiederholung von Unwahrheiten und dem ständigen in Frage stellen von Wahrheiten geht es nicht darum, eine bestimmte Lüge zu etablieren. Vielmehr geht es darum zu beweisen, dass die Wahrheit oder die Übereinkunft über die Wahrheit machtlos ist. Wenn mein Gegenüber oft genug behauptet, der Himmel sei grün, so Weisband, sind meine Ressourcen, den Widerspruch auszuhalten, irgendwann erschöpft und ich lenke ein und sage: „Das ist Ihre Meinung. Ich denke, der Himmel ist blau. Es gibt wohl keine Möglichkeit, die Farbe des Himmels objektiv festzustellen". Es findet eine Diskursverschiebung statt und auf einmal kann alles infrage gestellt werden. Menschen werden der Wahrheit gegenüber gleichgültig. Was ist schon Antisemitismus?

Schlafschaf und trotzdem nett

Im Einsatz für Frieden und Harmonie findet der Coach Holger M. am Ende noch versöhnliche Worte für denjenigen, der ihn kritisiert. Es geht ihm schließlich um Individuen, um die interpersonelle Beziehung und nicht um Wahrheiten.

„Bezeichne mich, wie du möchtest, es ist deine Welt, in deiner Welt gehört das alles zusammen. Ist okay, können wir jetzt weiter Karten spielen oder essen oder was auch immer machen? […] Ich bin immer noch derselbe Mensch, ich habe nur andere Informationen und mir eine andere Meinung gebildet als du. […] Ich kann ja sagen: Du bist ein Schlafschaf und trotzdem find ich dich nett".

Auch diesen Rat kennen wir von Ratgebern zum Umgang mit Verschwörungsgläubigen. Wenn es auf der Faktenebene nicht weitergeht – auf die Beziehungsebene wechseln. Die Beziehung stärken, die Person nicht vollständig an die Verschwörungsideologie verlieren. Nur in der Welt von Holger M. sind wir diejenigen, die sich kritisch und mit Sorge mit Verschwörungserzählungen befassen, diejenigen, die man trotz allem vielleicht auch nett finden sollte. Wir sind diejenigen, die zu sehr Angst haben zu erkennen, dass die Nachrichten und die Politik uns beständig anlügen. Dieses Spiegelkabinett der Wahrheiten kann einen schon verunsichern, kann erschöpfen und einen erschöpft denken lassen: Ach, wer weiß schon, was wirklich wahr ist? Es ist der stete Tropfen.

Mehr was wagen

Was zeigt uns, denjenigen, die in pädagogischen, beraterischen und therapeutischen Kontexten arbeiten, dieses Beispiel verschwörungsideologischer Kommunikationsstrategie? Als erstes macht es klar: Auch Pandemieleugner_innen sind in GFK, systemischer Beratung und mit anderen Instrumenten erfahren und ausgebildet, mit denen wir selbst arbeiten. Auch wenn Holger M.'s Verständnis von GFK vermutlich von dem anderer abweicht, geht es ihm auch um Kommunikation und um das Wie im Umgang mit Konflikten. Das sollte weiterhin auch wichtig sein, doch gerade in diesen post-faktischen Zeiten sollte es auch wieder mehr darum gehen, was kommuniziert wird, um den Sachverhalt und um die gesellschaftliche Metaebene. Wenn Wahrheiten nur noch im Plural existieren und diese nur noch relativ, subjektiv und individuell verhandelbar sind, ist am Ende nichts mehr wahr und alles wird zur Show, um den Historiker Timothy Snyder zu zitieren („if nothing is true, then everything is a spectacle").

Was im Deutschen der ‚gesunde Menschenverstand' ist (was auch immer ein kranker Menschenverstand sein soll), ist im Englischen der ‚common sense', der gemeinsame Sinn, auf den sich geeinigt werden kann. Er ist unsere gemeinsame Grundlage. Idealerweise sollte sich diese an den aktuellen, am besten wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen orientieren – Fakten eben. Wir sollten nicht hinter diesen kollektiven Erkenntnissen zurückfallen, Wahrheiten aushöhlen, weil wir Meinungen mit Fakten gleichsetzen. Immer wieder darüber zu diskutieren, ob der Himmel blau ist, ist ermüdend und lässt uns auf der Stelle treten. Es lohnt sich, in Auseinandersetzungen zu gehen, um eine gemeinsame Grundlage zu finden, auf der wir handlungsfähig bleiben, anstatt sich hinter einer Individualisierung von Konfliktlagen zu verstecken und mit einem: „Es gibt nicht nur eine Wahrheit" der Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Wenn uns der Sinn für Wahrheit fehlt, können wir gesellschaftliche Machtstrukturen nicht kritisieren. Es fehlt die gemeinsame Grundlage, der common sense, auf der demokratische Prozesse überhaupt funktionieren können.

So sinnvoll Herangehensweisen wie GFK sind, die das Individuum mit seiner Perspektive und Realität in den Fokus rücken, bringen sie uns ohne eine gesellschaftspolitische Haltung, die sich für eine emanzipatorische Entwicklung der Gesellschaft einsetzt, nicht weiter. Nicht alles ist relativ, es gibt Dinge, die unumstößlich sein und nicht zur Diskussion stehen sollten. Es gibt Definitionen darüber, was unter Antisemitismus zu verstehen ist, es gibt Zahlen und historische Fakten dazu, die durch kollektive (wissenschaftliche) Arbeit der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Selbstverständlich wird genau über diese Definitionen diskutiert und das sollte auch so sein, wenn es die Sache denn voranbringt. Es bedeutet aber nicht, jedes Mal bei null anzufangen und jede Geschichte über die Situation von Frauen in Köln beispielsweise gleichberechtigt neben erarbeitete Antisemitismusdefinitionen zu stellen. Jede_r „hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber niemand hat das Recht auf eigene Fakten" (Sachsa Lobo).

Allerdings sollten wir im Kontext von Verschwörungserzählungen und ihren Akteur_innen auf ihre Meinungen nicht ganz so naiv blicken. Das hier beschriebene Beispiel, wie GFK angewendet werden kann, zeigt, dass das, was so friedlich und verständnisvoll daherkommt, oft einer Agenda folgt. Was als individuelle Meinung legitimiert werden soll, kann in der Summe der vielen Falschmeldungen die Wahrheit aushöhlen und dieser schaden. Es sind stete kleine Angriffe auf den common sense, unsere Grundlage für demokratische Prozesse und konstruktive Kritik. Es ist daher fraglich, ob es immer der beste Rat für Angehörige von Verschwörungsgläubigen ist, auf keinen Fall den Kontakt abzubrechen und sich stattdessen ihrer Missionierung auszusetzen.

Oft wird man Menschen mit Fakten trotzdem nicht erreichen und überzeugen können. Aber manchmal geht es vielleicht auch gar nicht um Wissen, sondern um Emotionen und Gefühle. Diese stehen zwar nicht unabhängig nebeneinander, aber wir sollten uns Mühe geben nicht aus den Augen zu verlieren, worüber wir gerade reden. Gefühle können Meinungen auslösen und uns zu Handlungen motivieren, aber nicht immer legitimieren. Wir sollten uns bemühen, Gefühle zu thematisieren und Themen zu entemotionalisieren.

LARISSA DENK
Bereich Hochschule

STAATLICHE STUDIENFÖRDERUNG

Seit 50 Jahren

Wie das BAföG für bildungspolitische Aufbruchstimmung sorgte

Unter dem Motto „Bildung für alle!“ stand ab 1969 die Bildungsreform der sozialliberalen Bundesregierung. Ein wichtiger Pfeiler dabei: das Bundesausbildungsförderungsgesetz – als BAföG längst in die Alltagssprache eingegangen. Am 1. September 1971 trat das Gesetz in Kraft.

„Die Wahrheit ist, dass wegen der Vernachlässigung unseres Bildungswesens tragende Grundrechte unserer Verfassung Tag für Tag verletzt und missachtet werden,“ mahnte der Philosoph und Pädagoge Georg Picht im Oktober 1965 vor Heidelberger Student_innen und forderte: „Die Regierungen und die Parlamente müssen jetzt handeln. Tun sie es nicht, so steht schon heute fest, wer für die dritte große Katastrophe in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts verantwortlich ist.“

Nach der „Volksschule“ war oftmals Schluss mit Bildung

„Die deutsche Bildungskatastrophe“ – diesen Titel hatte Georg Picht bereits einer aufsehenerregenden Artikelserie gegeben. Seine Bilanz war niederschmetternd: In der Bundesrepublik gebe es zu wenig Abiturient_innen und zu wenig Student_innen. Das Schulsystem sei zu undurchlässig und eine Quelle sozialer Benachteiligung. In der Regel verließen damals Kinder aus nicht-akademischen Elternhäusern mit 16 die Volksschule.

Erst nach der Bundestagswahl 1969 begann die Politik gegenzusteuern. Unter dem Motto „Bildung für alle“ übernahm eine sozialliberale Koalition unter Willy Brandt die Regierung. Sein Kanzleramtsminister Horst Ehmke versprach im Juni 1971: „Die Bildungsreform wird nicht unseren Wohlstand auffressen. Sie ist vielmehr Voraussetzung für eine gesicherte Wachstumspolitik. Und sie ist darüber hinaus die Voraussetzung für eine Fortentwicklung unserer Demokratie.“

„Wir dürfen keine Gesellschaft der verkümmerten Talente werden“ – in seiner Regierungserklärung von 1969 begründete Willy Brandt vorab die spätere Einführung des BAföG.

Zitiert nach: Deutschlandfunk/50 Jahre nach Einführung des Bafögs von Armin Himmelrath, gesendet am 31.8.21

Die Industrie rief nach mehr Uni-Absolvent_innen

Der westdeutschen Wirtschaft ging es damals gut. Nur: Es mangelte an akademisch ausgebildeten Fachkräften. Die Industrie drängte schon länger auf eine Aktivierung der sogenannten Bildungsreserven und forderte politische Maßnahmen, mit denen die Zahl der Universitätsabsolvent_innen erhöht werden könne. Die Verabschiedung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, kurz BAföG, sollte diesen Wandel herbeiführen. Am 1. September 1971 trat das Gesetz in Kraft.

„Das war in der Tat eine große Errungenschaft nach unserem Sozialstaatsprinzip. Und das war eben das Neue, dass es eben dann einen Rechtsanspruch gab auf individuelle Ausbildungsförderung, wenn der Betroffene anderweitig die Mittel nicht zur Verfügung gestellt bekommt,“ sagt Dieter Schäferbarthold, der als Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks die Einführung des BAföG begleitete.

Zunächst reines Stipendium

Bis zu 540 Mark gab es fortan vom Staat, wenn das Elternhaus ein Studium nicht finanzieren konnte. Die Zahl der Studierenden stieg nun rasant an – und fast die Hälfte bekam BAföG – das damals ein reines Stipendium war, unterstreicht Dieter Schäferbarthold: „Also es musste kein Student etwas zurückzahlen. Das war damals die Aufbruchstimmung Ende 60, Anfang 70.“

Die Überschuldungsquote bei jungen Menschen liegt weiter über dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Dies liegt auch an der Studienfinanzierung. BAföG-Rückzahlung und Bildungskredit können eine beträchtliche Summe ausmachen – manche Studierende verlassen die Uni mit Schulden im fünfstelligen Bereich.

Doch das Glück währte nicht lange. Schon bald erlebte die Bundesrepublik ihre erste Rezession. Das Geld wurde knapper, die Arbeitslosigkeit stieg – auch unter Hochschulabsolvent_innen. Seit Mitte der 70er-Jahre wurde das BAföG schrittweise nur noch als Teildarlehen gewährt. Und 1983 wurde es unter Helmut Kohl in ein reines Darlehen umgewandelt. Viele ließen sich von dem drohenden Schuldenberg abschrecken und verzichteten aufs Studium. Erst 1990 ruderte die Politik wieder zurück. Damals stand die Deutsche Einheit unmittelbar bevor. Und vielleicht wollte die Kohl-Regierung die Studenten aus der DDR nicht verschrecken, wo es ein einheitliches Grundstipendium für alle gegeben hatte. Das Volldarlehen wurde also wieder abgeschafft. Seitdem muss das BAföG zur Hälfte zurückbezahlt werden. Ein Student berichtet:

„Meine Eltern finanzieren mein Studium noch. Und ich hab‘ auch mal teilweise gearbeitet, wenn’s mal ein bisschen teurer wurde, das Leben nebenher, aber grundsätzlich häng ich am Tropf meiner Eltern und ich arbeite nebenher. Ich weiß ja, dass ich das BAföG auch, zumindest teilweise, irgendwann zurückzahlen muss. Und wenn ich noch mal so einen Kredit aufnehmen muss, da man ja nie genau weiß, was nach dem Studium mal kommt, wird das doch, ja, ein bisschen zu belastend.“

Die BAföG-Sätze werden nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts nicht transparent ermittelt. Sozialleistungen müssten endlich auf eine empirische Grundlage gestellt werden, forderte Studentenwerks-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde im Dlf.

Heute sind es wieder überwiegend die Eltern, die das Studium ihrer Kinder finanzieren. 2016 erschien die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Danach beziehen nur noch 18 Prozent der Studierenden BAföG. Und von 100 Kindern aus Akademikerfamilien studieren 77, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition schaffen nur 23 den Sprung an eine Hochschule. Diese soziale Ungleichheit hat auch das BAföG nicht überwinden können.

MONIKA KÖPCKE

Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Deutschlandfunks, gesendet am 1.9.2021

Drei Stimmen aus den Siebziger- und Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Aus den damaligen Studierenden wurden: ein Architekt, eine Maschinenbauingenieurin, ein Professor. Zwei von ihnen haben das nur mithilfe des BaföGs geschafft.

„BAföG war für mich die Voraussetzung, dass ich überhaupt eine Universität von innen sehe.“

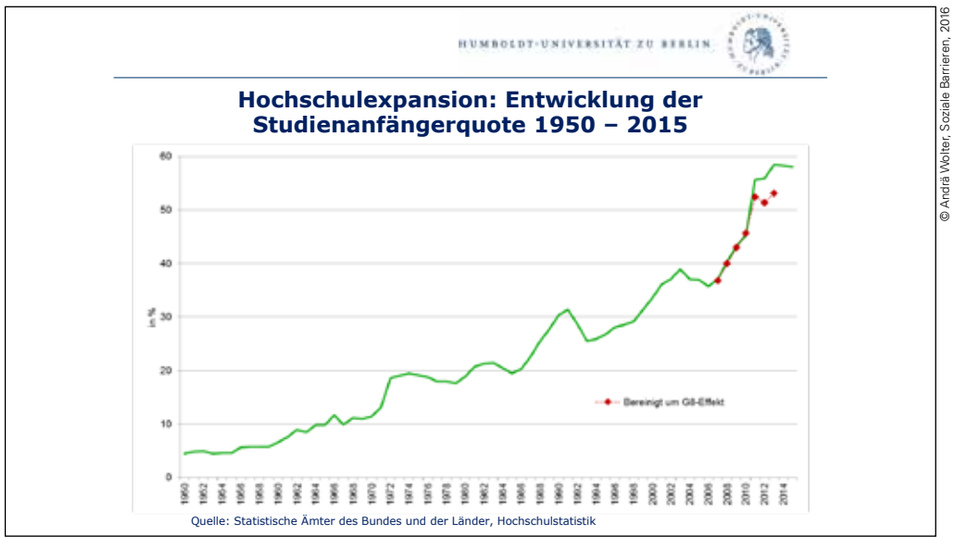
„Ich persönlich hätte wahrscheinlich nur mit großen Schwierigkeiten studieren können, zumal das Maschinenbaustudium auch keine Zeit lässt, in den Semesterferien zu arbeiten.“

„Ich habe kein BAföG bezogen. Ich bin ja ein Student der 68er Zeit. Ich hatte damals das Glück, dass meine Eltern das finanziert haben und ich nur als Werkstudent dazuverdienen musste.“

QUELLE: DLF, Armin Himmelrath, ebenda

Die BAföG-Sätze werden nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts nicht transparent ermittelt und könnten vielleicht sogar verfassungswidrig sein. Sozialleistungen müssten endlich auf eine empirische Grundlage gestellt werden, forderte Studentenwerks-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde im Dlf.

QUELLE: DLF, Armin Himmelrath, ebenda



© Andrä Wolter, Soziale Barrieren, 2016

Gigantische Entwicklung: Die nachhaltige Veränderung der gesamten Bevölkerungsstruktur aufgrund der Öffnung des Bildungssystems für breitere Schichten wäre nicht ohne das Bafög zu realisieren gewesen. 2019 betrug die Quote 57,6 Prozent (2,89 Mio). Im Wintersemester 2020/2021 waren rund 2,94 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Dies entspricht einer Quote von 54,8 Prozent

RELIGIONSUNTERRICHT

Dreist oder hilflos?

Schulleitungen drängen Eltern, auf ihr Recht zur Nicht-Teilnahme am Religionsunterricht zu verzichten

Ich habe Kenntnis von Schulleitungsschreiben an Eltern, die von ihrem Recht auf Nicht-Teilnahme am Religionsunterricht in den Klassen 1 bis 6 Gebrauch machen. Diese Schreiben werben in der Regel für den Unterricht „für alle“, der innerhalb der Klassengemeinschaft wertvoll und auch wichtig für die Schule sei und die Herausbildung eines eigenen Standpunktes der Kinder fördere.

Sie weisen dann nach weiteren Ausführungen darauf hin, dass es seitens der Schule kein Unterrichtsangebot in diesem Fall gebe. Die Kinder sollten sich z.B. im Gruppenraum, im Eingangsbereich, der Pausenhalle der Schule oder an einem anderen Platz aufhalten. Im Fall des Falles wäre Frau/Herr XY bzw. das Schulbüro gut erreichbar. Zuweilen könnten sie auch, weil Randstunden, die Schule früher verlassen.

Solche Schreiben zeigen die Hilflosigkeit der Schulleitungen, die für eine Alternative zum Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ (GG Art. 7 Abs. 3) in den Klassen 1 bis 6 keine Ressourcen haben.

Die Hamburger Fiktion des Religionsunterrichts „für alle“ bedeutet nämlich auch, dass das Unterrichtspersonal ausdrücklich Mitglied der (beteiligten) Religionsgemeinschaften sein muss. Wer früher einmal vielleicht zu Studienzeiten Mitglied der evangelischen Kirche war, das Staatsexamen machte, aber mittlerweile die Kirchenmitgliedschaft aufgegeben hat, darf bald diesen Religionsunterricht „für alle“ nicht mehr erteilen. Buddhist_innen sowieso nicht. Und die Unterrichtsinhalte werden exklusiv von den Religionsgemeinschaften verantwortet. Beteiligung säkularer Organisationen ist unerwünscht (siehe Leserbrief in hlz 3-4/2021, S. 35).

Die Schulbehörde nimmt Diskriminierung von Schüler_innen ausdrücklich hin. Denn wer sein elterliches Recht wahrnimmt und dem Druck der Schule widerstehen will, grenzt seine Kinder aus. Wie sehr Eltern fürchten, dass ihre Kinder durch die Abmeldung vom Religionsunterricht „für alle“ Nachteile oder Stigmatisierung erleiden, macht die Tatsache deutlich, dass Eltern mich ausdrücklich baten, diese mir vorliegenden Schreiben der Schule nicht identifizierbar zu machen, weshalb ich sie hier nicht zitieren kann.

Eltern fürchten, dass ihre Kinder durch die Abmeldung vom Religionsunterricht „für alle“ Nachteile oder Stigmatisierung erleiden

Deshalb zucken viele Eltern auch vor diesem Nicht-Teilnahme-Schritt zurück, zumal nicht vor Schuljahresbeginn gefragt wird, ob eine Teilnahme an diesem Unterricht gewünscht wird. Wenn überhaupt wird vielleicht beim ersten Elternabend darüber gesprochen. Dann haben sich die Kinder schon kennengelernt und die Sitzordnung ist bestimmt. Wenn dann plötzlich ein Kind aus dem Unterricht „für alle“ verschwindet, führt das zu Klassentuscheleien, denen Kinder in diesem Alter oft noch nicht gewachsen sind.

Dabei haben Schulen eigentlich Recht, wenn sie Eltern schreiben, dass Grundwissen und Allgemeinbildung über religiöse Gemeinschaften und religiöse Vorstellungen zur Erziehung von Weltoffenheit gehören. Dies aber wäre in einem religions- und weltanschauungskundlichen, vielleicht philosophisch orientierten Unterricht sehr gut möglich. Da könnte dann auch über positive Konfessionsfreiheit oder gar Atheismus unterrichtet werden. Das aber wollen die (beteiligten) Religionsgemeinschaften ausdrücklich nicht und werden dabei von der Schulbehörde gestützt.

Über die Hälfte unserer Stadtbevölkerung gehört keiner Religionsgemeinschaft (mehr) an, ist konfessionsfrei, wie man so schön sagt, vielleicht sogar atheistisch eingestellt. Warum diese Hälfte ihre Kinder von religiös gebundenem Personal auf der Grundlage der (nur) von Religionsgemeinschaften zertifizierten Lehrplänen unterrichten lassen sollte, erschließt sich mir nicht. Geht es vielleicht auch anderen so?

GERHARD LEIN

RELI – nein danke!

In den 80er-Jahren noch selbstverständlich – heute tabu: Eltern werden nicht über das Recht der Nichtteilnahme informiert

Die Mehrheit der Hamburger Bürger_innen ist heute nicht mehr konfessionell gebunden. Soweit die Fakten. Doch in den Hamburger Grundschulen werden sie nicht zur Kenntnis genommen. Das Hamburger Schulgesetz (§ 7,3) schreibt für den Reli-Unterricht in den Klassen 1 bis 6 zwar vor: „Über die Teilnahme am Religionsunterricht entscheiden die Sorgeberechtigten …“. Die Eltern indes werden über ihre Rechte nicht informiert.

Stattdessen wird als „ordentliches Lehrfach“ ein sogenannter „Religionsunterricht für alle“ (RUfa) angeboten. Gemeint ist ein Reli-Unterricht, der offen ist für Kinder aller Konfessionen. Dazu schreibt das Hamburger LI: „Im Unterschied zu den anderen Bundesländern, wo Religionsunterricht nach Konfessionen und Religionen getrennt erteilt wird, besuchen in Hamburg zumeist alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse gemeinsam den Religionsunterricht.“ Von konfessionslosen Kindern ist allerdings seitens des LI keine Rede.

Immerhin heißt es dort: „Natürlich besteht auch in Hamburg die Möglichkeit, sich vom Religionsunterricht abzumelden. Diese Möglichkeit wird allerdings nur von einer kleinen Zahl von Schülerinnen und Schülern in Anspruch genommen“. Was Wunder, werden doch die Eltern von dem Recht der Nichtteilnahme gar nicht erst informiert.

Noch in den 80er-Jahren war das anders. Zur Einschulung ihres Kindes erhielten alle Eltern einen von der Schulbehörde herausgegebenen Flyer (siehe Kasten) mit den wichtigsten Infos zum Schulstart. In Sachen Reli-Unterricht wurde auf das elterliche Entscheidungsrecht akkurat hingewiesen: „Über die Teilnahme am Religionsunterricht entscheiden die Erziehungsberechtigten“. Allerdings mit dem Zusatz: „Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, müssen anderen Unterricht besuchen, sofern er angeboten wird“. Ein Passus, der nicht gerade dazu animierte, das Recht auch wahrzunehmen.

Heute werden die Eltern über ihr Recht der Nichtteilnahme gar nicht erst in Kenntnis gesetzt. Stattdessen wirbt die Schulbehörde geradezu für den Reli-Unterricht. In der aktuellen Broschüre „zum Schulanfang 2021/22“ (siehe Kasten S. 46) heißt es zum Religionsunterricht unter anderem: „Kinder sehen und erleben, dass Menschen in Hamburg verschiedene religiöse und kulturelle Wurzeln haben“.

Menschen ohne Religion, obwohl sie in Großstädten wie Hamburg die Mehrheit bilden, werden – unfair – nicht erwähnt. Und klar ist: Wenn die Schulbehörde einseitig informiert, dass sich auch die jeweiligen Schulleiter_innen nicht gerade veranlasst sehen, die Eltern über das Recht in Kenntnis zu setzen. Das Nachsehen haben Kinder aus säkularen und konfessionsfreien Familien, die sich in einem „Religionsunterricht für alle“ (Religionen) vermutlich eher deplat-

KLEINES ABC des Schulrechts

Eine Orientierungshilfe zum Schulanfang in Hamburg

Hamburg

R

Religionsunterricht

Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Das Fach wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften im Geiste der Duldsamkeit und Achtung gegenüber allen Bekenntnissen und Weltanschauungen erteilt. Über die Teilnahme am Religionsunterricht entscheiden die Erziehungsberechtigten, nach Eintritt der Religionsmündigkeit (Vollendung des 14. Lebensjahres) die Schüler. Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, müssen anderen Unterricht besuchen, sofern er angeboten wird.
(§ 4 SchG)

Herausgeber: Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg
Auflage: 18.000 · 9.83
Satz: D. Ahrens · BSB
Druck: Nordruck
AS 13

ziert und isoliert vorkommen.

Was folgt nun daraus? Der Hamburger Senat und die Schulbehörde stehen eindeutig in der Pflicht, dem gesetzlichen Auftrag (Schulgesetz § 7,3) nachzukommen und der Mehrheit der Hamburger Bevölkerung gerecht zu werden: Alle Eltern sind vor der Einschulung ihrer Kinder über ihre Rechte bezüglich des Religionsunterrichts in Kenntnis zu setzen.

KARIN HUFERT
Mitglied der GEW-AG RUfa-Antrag

Religionsunterricht

Wo war ich, als ich noch nicht geboren war? Kann ich Gott sehen? Warum liegt Jesus in einer Krippe? Wieso tragen manche Frauen Kopftücher? Sind alle Menschen gleich? Kinder haben viele Fragen ans Leben. Kinder sind neugierig. Kinder sehen und erleben, dass Menschen in Hamburg verschiedene religiöse und kulturelle Wurzeln haben. Im Hamburger Religionsunterricht (vgl. § 7 HmbSG) können Kinder Antworten auf diese und andere Fragen finden. Sie lernen, eigene Traditionen und deren Wertvorstellungen zu verstehen und anderen offen zu begegnen. Sie lesen Geschichten und Gedichte, sehen Bilder, hören und singen Lieder und begegnen so dem Reichtum der Religionen. Sie machen sich auf den Weg herauszufinden, was in ihrem Leben wichtig ist und gelten soll. Wenn Ihre Kinder Sie dann zu Hause fragen: „Und was glaubst du? Was ist dir eigentlich wichtig?", können spannende Gespräche entstehen – für Kinder und Eltern.

Vielfalt und Perspektivenwechsel nötig

Weiterentwicklung des Religionsunterrichts für alle von Rufa 2.0 zu Rufa 3.0

Der Religionsunterricht in Hamburg ist dialogisch angelegt. Die in den letzten 10 Jahren in Hamburg von der Akademie der Weltreligionen, dem PTI und dem Landesinstitut für Lehrer_innenbildung entwickelten Materialien für den Religionsunterricht beziehen die großen Religionen mit ein. Für den Religionsunterricht rechtlich bestimmend sind das Erziehungsrecht der Eltern, die Religionsfreiheit von Eltern und Schüler_innen sowie das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, geregelt durch Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes. Der Artikel des Grundgesetzes wird in den Bundesländern unterschiedlich ausgelegt.

Religionen können in einer bekenntnisgebundenen Ausprägung zum Gegenstand eines Schulfaches werden. In Hamburg ist dies anders. Der gemeinsame „Religionsunterricht für alle", früher allein in evangelischer Verantwortung, wurde in den letzten Jahren zum dialogischen, kooperativen Unterricht mehrerer Religionsgemeinschaften weiterentwickelt (Rufa 2.0).

Allerdings entwickelt sich die Stadtgesellschaft weiter. Mehr als 50 Prozent der Elternschaft in Hamburg ist nicht religiös oder konfessionell gebunden. Zudem decken Judentum, Christentum, Islam und Alevitentum nicht das breite Spektrum der praktizierten Religionen in Hamburg ab. Große Weltreligionen wie der Hinduismus und der Buddhismus werden – anders als von Hans Küng in seinem Weltethos angedacht – nicht auf Augenhöhe einbezogen.

Wenn der dialogische Religionsunterricht für alle in Hamburg weiterhin das Ziel hat, alle Schüler_innen zu erreichen, dann muss er auch für die Jahrgangsstufen 1 bis 6 Konzepte und Inhalte von nicht konfessionell oder religiös anders gebundenen Schüler_innen aufnehmen: Es müssten somit Inhalte humanistischer, atheistischer Weltvorstellungen sowie mindestens der

o.g. Weltreligionen mit in die Bildungspläne einfließen.

Ein Religionsunterricht für alle, der an der Lebenswirklichkeit der Mehrheit von Kindern und Jugendlichen in einer Klasse vorbeigeht, ist nicht sinnvoll. Aus dieser Perspektive bedarf es einer Weiterentwicklung von Rufa 2.0 zu Rufa 3.0. Andernfalls müsste ein Ersatzangebot für die Schülerinnen und Schüler der unteren Klassenstufen bereitgestellt werden, was derzeit in der Stundentafel nicht vorgesehen ist.

Der früher konfessionell gebundene Religionsunterricht war gerade für die unteren Jahrgangsstufen ein von Eltern zu wählender Unterricht, bei dem man sich anmelden musste. Man musste sich nicht abmelden, wenn man ihn nicht besuchen wollte. Ein Religionsunterricht als schulisches Lehrfach, an dem möglichst alle teilnehmen und von dem sich möglichst niemand abmeldet, kann nicht der Vertiefung eines religiösen Bekenntnisses dienen, sondern sollte helfen, die Perspektivenvielfalt der Stadtgesellschaft herauszuarbeiten und sichtbar zu machen und somit ein friedliches Miteinander stärken.

Im Dialog werden die verschiedenen Perspektiven der anderen Kinder und Jugendlichen jeweils erfahrbar. Wenn im Unterricht gemeinsam über Leben und Sterben, über Liebe und Zusammenleben und über die Grundfragen des menschlichen Daseins gesprochen wird, dann ist das eine wunderbare Basis dafür, dass weltanschauliche Grundpositionen miteinander besprochen und verhandelt werden, ohne dass man sich die Köpfe einschlägt.

Der Wahrheits- und Geltungsanspruch einer Religion oder einer humanistischen Weltanschauung darf im Unterricht benannt und gelebt werden, ein Absolutheitsanspruch wird als je eigener anerkannt, allerdings in Anerkennung der Perspektiven der anderen. Das ist ein hoher Wert und eine gute Basis für das Zusammenleben in einer friedlichen Stadtgesellschaft. Dieser Religionsunterricht erfordert die Pluralismusfähigheit einer jeden Religion und Weltanschauung.

Inhalte humanistischer, atheistischer Weltvorstellungen sowie die der großen Weltreligionen müssten mit in die Bildungspläne einfließen

Der staatliche Erziehungs- und Bildungsauftrag sollte in Hamburg in Bezug auf die Vermittlung religiöser, humanistischer oder atheistischer Vorstellungen als gemeinsame Angelegenheit von Staat und Religionsgemeinschaften so verhandelt werden, dass eine gemeinsame Verantwortung für den Religionsunterricht für alle erkennbar wird. Derzeit verweisen Staat und Religionsgemeinschaften in kritischen Fragen jeweils auf den anderen.

Wenn in den Bildungsplänen für den Religionsunterricht auch nicht konfessionell gebundene Inhalte aufgenommen werden sollen, dann ist der Staat zuständig und nicht die Religionsgemeinschaften. Diese Verhandlungen stehen aus. Es wäre aus meiner Perspektive wünschenswert, wenn die Weiterentwicklung von Rufa 2.0 zu Rufa 3.0 gelingen könnte. Andernfalls halte ich die Bereitstellung von Ersatzangeboten, zum Beispiel „Philosophieren mit Kindern" oder „Ethik und Werte", für die unteren Jahrgangsstufen für unausweichlich.

JOSEF KEUFFER
Ehem. Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung (2011-2021), zuvor Professor für Schulpädagogik an der Uni Bielefeld

Von und für Frauen – Besuch im Sufi-Orden
Fr., 24.09., 18-21 Uhr – Spirituelle Gastfreundschaft erleben

Frauenwerk der Nordkirche

In Hamburg leben Menschen aus unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften Tür an Tür. Oft wissen sie nur wenig voneinander. Was unterscheidet uns und was verbindet uns? Begegnung kann Grenzen und Fremdheit überwinden. Wir besuchen einige dieser Gemeinschaften, lernen ihre spirituellen Traditionen kennen und kommen ins Gespräch miteinander.

Leitung: Irene Pabst, Frauenwerk der Nordkirche, Dr. Michaela Will, Ev. Frauenwerk Hamburg-West/Südholstein. Ort: Glashüttenstrase 79, 20357 Hamburg. Kosten: Keine, Spende pro Abend erwünscht. Anmeldung: https://www.frauenwerk-nordkirche.de/aktuelles/termine/. Weitere Informationen finden Sie unten und unter www.frauenwerk-nordkirche.de/aktuelles/termine.

„Über den Tellerrand hinaus“ – allerdings auf neuen Wegen

Anmerkungen zu Überlegungen, makroökonomische Erkenntnisse auf das Unterrichtsgeschehen herunterzubrechen (s. hlz 3-4/21, 56ff)

Lieber Jason! Wenn junge Menschen über ihr stinknormales Interesse nachdenken, Geld zu verdienen, ist das zu begrüßen. Immerhin geht es um ihre Zukunft. Hinlänglich bekannt ist, dass deine Generation (besonders die 15 bis 24-jährigen) nicht nur in Griechenland im großen Maße ohne Perspektive lebt. Dort lagen die Zahlen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen 2020 weit über 40 Prozent! Ein Drama für knapp die Hälfte dieser Generation, die alle arbeiten wollen, können und nicht dürfen. Fundierte Kritik gilt es zu verbreiten. Über die vollständigen Gründe willst du ja aufklären. Und doch hast du Zweifel, ob genug darüber gestritten wird. Deswegen dazu aus einem anderen theoretischem Hintergrund einige kritische Anmerkungen.

Thema: Empathie in der Schule

Zu deinem Vorschlag, ein Schulfach Empathie einzurichten. Warum über sich selbst nachdenken, wenn es darum geht, die Hintergründe für unzumutbare Zustände aufzuspüren. „Viva con agua“ schlägt gleich den Weg der Praxis ein. Mit Spenden etc. versuchen sie Abhilfe zu schaffen, damit 2,2 Milliarden Menschen sauberes Trinkwasser erhalten. Eine grobe Überschlagsrechnung zeigt jedoch, dass durch Spenden und Kleinkredite noch einige tausend Jahre vergehen würden, bis diese Menschen und viele ihrer Nachfolgegenerationen mit Trinkwasser versorgt sind. Das spricht für keine individuelle Lösung, sondern für eine gesellschaftliche. Deine wohlmeinende Frage, ob das „zur Lösung vieler Probleme beitragen könnte“, ist daher zu verneinen. Mit Spenden ist ein systemisches Problem nicht zu lösen. Schon Kinder sollten „ein reflektiertes Handlungsbewusstsein“ in der Schule erlernen. Das gilt es näher zu bestimmen. So müsste diese Gesellschaft samt ihrer Wirtschaftsweise einmal genauer unter die Lupe genommen werden, um Kindern und Jugendlichen den Widersinn einer Wirtschaftweise zu vermitteln, die in vielen Weltregionen für Hunger und Elend, Massenflucht und Kriege sowie für Zerstörung der Lebensgrundlagen – nicht nur aktuell durch die Klimakrise – sorgt. Die „freien Güter“ (VWL) Luft und Wasser werden seit jeher als Mülldeponie genutzt.

Thema: Wirtschaften des „soziale[n] Unternehmer[s]“ mit Profit

Eine Anmerkung zu deinem Lob des Mitbegründers von „Viva con Agua“: Wer Non-Profit kann, der kann auch „profitable[s] Wirtschaften“. Allerdings muss derjenige dann die Wirtschaft „durch die Brille der marktwirtschaftlichen `Vernunft´“ sehen, so er `am Markt´ bestehen will. Kann ein Konkurrent durch Einsparungen bei Arbeitskräften einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz erzielen, muss diese nachziehen – die Mittel dazu sind Entlassungen, mehr Leistung der Arbeiter_innen, neuere Maschinen –, sonst sind sie nicht mehr wettbewerbsfähig und bleiben auf ihren Produkten sitzen.

Dazu eine Meldung: Die „Deutsche Bank … [hat] über eine Milliarde Euro Gewinn“ (welt.de, 28.4) seit Jahren wieder mal erwirtschaftet! Um in der Konkurrenz zu bestehen, kommt eine Selbstverständlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftens zum Einsatz: 18.000 Beschäftigte werden entlassen. Kein Sonderfall, vielmehr eine Normalität für diese Art des Wirtschaftens. Und ein Bericht aus der EU: „Tausende Bankfilialen vor dem Aus“ (tagesschau.de 9.6.).

Deine Argumentation rekurriert auf Begriffe der Volkswirtschaftslehre (VWL), wie sie an unseren Universitäten mehrheitlich gelehrt wird. Deren Vertreter_innen kennen dagegen ein Rezept, für die ist jede_r Arbeitslose der Beweis dafür, dass deren Lohn zu hoch ist, denn wäre er niedriger, müsste doch `Markträumung´ folgen.

Was Arbeitslosigkeit von Eltern mit Kindern bedeutet, ist an den „2,8 Mio.“ Kindern zu sehen, die „in Deutschland in Armut“ aufwachsen (Bertelsmann Stiftung 2020). Die sind gewiss nicht in deinem „wir“, derjenigen, die „zu den Profitierenden gehören“, eingeschlossen. Die Gewinner sind doch eindeutig die großen Handelskonzerne. Je geringer die Lohnhöhe, je höher der Gewinn. Neben dem „Kinderarmutsbericht“ des WSI gibt es den „Armutsbericht“ der Regierung, beide belegen: „Corona verschärft die Spaltung von Arm und Reich“ (sueddeutsche.de, 5.3.).

Thema: Makroökonomie

Schwerpunkt deiner Erörterungen ist der Außenhandel der EU. Da vergleichst du die schlimmen Folgen der Verlierernationen am Beispiel des Verhältnisses der Führungsmacht Deutschland – dem Hauptprofiteur – zu Griechenland. Als Hintergründe führst du drei entscheidende Mechanismen an, die mehr oder weniger die Verhältnisse in der Währungsunion bedingen sollen.

„Mechanismen“, die als ein „System von Elementen, die in festgelegter, vorhersehbarer Weise zusammenwirken“ (wiktionary.org), sind es leider nicht, weder natürlich noch vorhersehbar! Letzteres zeigen die Prognosen der Experten aus den Wirtschaftszeitungen zur Inflation und zum Wirtschaftswachstum, die im Nachhinein immer mal wieder korrigiert werden.

Im Weltvergleich gibt es ca. 10 Länder mit `harter´ und den großen Rest mit `weicher´ Währung. Aus der ökonomischen Potenz der Hartwährungsländer erwächst ihre politische Macht. Dieser Widerspruch verweist eben nicht auf einen fairen Wettbewerb wie in einem Fußballspiel zwischen zwei Schülermannschaften, in der der Verlierer jederzeit eine Revanche fordern kann. Länder mit `weicher´ Währung – besonders die Entwicklungsländer – bleiben es, einzige Ausnahme bildet China.

Bei dieser Art des Wirtschaftens geht es ums knallharte Konkurrieren gegen andere Kapitale, auch innerhalb der EU. Die massiven Wachstumsverluste der Coronakrise würden alle schnellstmöglich durch Steigerung der Wachstumsraten zu überwinden sein, so sagen manche Apologeten des Systems. Dafür drucken FED und EZB massenhaft Geld. Diese Unsummen sind in der Sphäre der Spekulation unterwegs, Investitionen werden weniger getätigt. Das Finanzkapital setzt nun auf andere Abteilungen, nutzt den Börsenboom und investiert in solide Vermögenswerte wie Immobilien, Infrastruktur, Kunstgegenstände und Nahrungsmittelproduktion. Würde der staatliche Eingriff der Zinserhöhung jetzt angewandt, verschlechterten sich die Geldbeschaffungsmöglichkeiten der Firmen, auch könnte das den Aktienmarkt eintrüben. Nach dieser Wirtschaftslogik sind es die kleinen Leute, die bei der Pleite einer Firma Schaden nehmen, sie sind fast bedingungslos den Entscheidungen „der Wirtschaft“ unterworfen.

Noch nie gab es so eine Sammlung zu einer einzigen historischen Persönlichkeit: Über 600 politische-, soziale- und Porträtkarikaturen, gewitzt-lustige und gagbetonte, lachhafte und eher grüblerische Spottblätter vereint der Band. Sie setzen sich mit Marx' philosophischem Schaffen auseinander, der Rezeption seines Werks, seiner Rolle in den sozialen Kämpfen, natürlich auch mit Marx privat. Künstlerisch und politisch unterschiedliche Arbeiten reihen sich aneinander und korrespondieren. Da spiegeln sich Ablehnung und Befürwortung, Distanz und Zustimmung, kämpferische und bekennerische Haltungen, ironisches Befragen – kurz: 150 Jahre Wirkungsgeschichte. Rund 450 Zeichner und Karikaturisten aus aller Welt vereint dieser Band, der zum 200. Geburtstag von Karl Marx in einer aktualisierten Neuausgabe erscheint. Berlin 2018, 21,5 x 28,5 cm, 224 S., 600 farbige Abb., geb., 25 Euro

Marx´ Theorie spricht von der „Überproduktion“ als Krisenauslöser, die VWL hält diese ökonomische Bewegung schon fast für naturgegeben, bezeichnet ihn als Konjunkturaufschwung, dem der Abschwung folgt. „In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, (die) der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; … und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt“ (MEW 4, 468). Abhängig Beschäftigte haben auch in dieser Krise das Nachsehen, werden entlassen, um sie dann u. U. im neuen Unternehmen befristet und verbilligt einzustellen (Lufthansa).

Zu den entscheidenden Mechanismen: Lohnstückkosten und Kreditfinanzierung

„Sinkende Lohnstückkosten können zu verbilligten Waren führen“, so deine Aussage. Sie können, müssen es aber nicht. Es gibt keine Zwangsläufigkeit, keinen Determinismus in diesem Verhältnis. Seit einem halben Jahr werden die Preise rasant im Energie- und Lebensmittelsektor erhöht, gut für die Gewinne, schlecht für die Verbraucher_innen.

Rationalisierungswellen sind hingegen nicht die Ausnahme in der kapitalistischen Gesell-

schaft. Die angeführten Zahlen der Deutschen Bank, auch der Lufthansa und von Siemens sind Normalität. Die Lohnkosten sind die Kosten, die in Betrieb und Handel als erstes zur Disposition stehen. Das führt zu einer Verschärfung der Rentabilität der Arbeit, ein Mittel dafür ist die Leistungssteigerung.

Was soll denn die Substanz der Schaukelbewegung anderes sein als die Trivialität: Wenn eine nationale Ökonomie prosperiert, findet bei der anderen weniger Wachstum statt. Ja, so funktioniert die freie Konkurrenz. Und der freie Kapitalmarkt generiert bessere Konditionen für Deutschland (keine Zinsen und die Schuldsumme verringert sich), weil das Finanzkapital dort mehr Vertrauen in die Wachstumsprogosen hat. Also: es sind die ökonomisch maßgeblichen Subjekte, die diese Entscheidungen treffen; da wirkt kein Mechanismus, wie es die VWL unterstellt.

Auf dem europäischen Binnenmarkt eignet sich Deutschland mit ein paar anderen Ländern die Kaufkraft des ganzen Kontinents an und konzentriert so immer mehr Wachstum und Geschäft bei sich, während das in Ländern wie Griechenland etc. zur Deindustrialisierung und erhöhter Arbeitslosigkeit führt. Was für ein eigenartiges Argument, wenn Joachim es gutheißt, dass im Sinne seiner „Wirkungskette" einer Entladung der „aufgestaute[n] Nachfrage" hier, über das „Urlaub [zu] machen" dort – zwar „verrückt aus ökologischer Sicht!" –, den Menschen im Ausland aber helfen soll, weil deren „Wirtschaft stark vom Tourismus abhängt". (Den Gründen für Abhängigkeit, schwacher Wirtschaft und Preisen wäre nachzuspüren.) Und eine weitere Wirkweise soll den „Druck" auf die „Preisentwicklung nehmen": Billigflüge und Billigurlaub fürs Wachstum, dadurch weitere Entwaldung durch nicht zu stoppende Waldbrände, die, schöngeredet, der Klimawandel verursacht. Aber das Gute soll sein, dass hier die Stabilität der Preise gesichert ist. Ist sie nicht (s. u.)! Deutschland macht seine eigene Währung stärker, die seine Finanzkraft durch die Europäische Zentralbank gigantisch steigert, während andere Staaten wegen ihrer Unterordnung unter den Bedingungen der harten Währung in Dauerkrisen versinken und verarmen. Ob dem mit Moral, dem Wunsch nach ausgleichender Gerechtigkeit abzuhelfen ist? Wohl nicht!

Ja, die politisch Verantwortlichen (nicht man und frau) haben mal den Beschluss gefasst, dass „auf eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung gebaut" wird. Jede Nation hat sich Vorteile – wie: mehr Geschäft auf dem Weltmarkt, verbesserte Infrastruktur etc. – ausgerechnet und anfangs ja auch erhalten. Zudem ist es als Kleinstaat nicht möglich, den Großmächten, einer USA unter Trump, Russland und China, ökonomisch und politisch auf Augenhöhe begegnen zu können. In ihrem Sprech heißt das: „Nur gemeinsam in transnationalem Verband mit allen anderen Mitgliedstaaten (können) unsere Interessen und Prioritäten auf der internationalen Ebene mit Nachdruck und Gewicht vertreten" werden (ein Redner bei den Stuttgarter Europatagen 2018). Wirtschaften in der Gemeinschaftswährung auf dem gemeinsamen Markt heißt noch lange nicht, dass alle Interessen gleich bedient werden, denn abgerechnet wird national. Also kann die Verteilung des Reichtums gar nicht gemeinschaftlich geregelt sein. Genauer betrachtet wird gar nichts verteilt, weder wird der produzierte Reichtum als ein Gemeinschaftswerk erarbeitet noch wird anschließend irgendetwas verteilt. Wie sollte das auch gehen in einer Konkurrenz von Einzelkapitalien und unter den Beschäftigten? Der ökonomische Verkehr der Gesellschaftsmitglieder untereinander ist als Akt des Kaufens und Verkaufens eingerichtet und staatlich abgesichert.

Zwischenbilanz

Ein zielgerichtetes Handlungsbewusstsein jungen Menschen nahe zu bringen, ist ein angemessener, allerdings hoher Anspruch, Jason! Etliche Lehrer_innen weit vor deiner Zeit – also die Generation der 68er –, haben es mit systemkritischer Aufklärung versucht, der demokratische Staat hat mit Berufsverboten reagiert und sie um ihre Existenz gebracht. `Wilde Streiks´ wie in den 70er – Fehlanzeige! Gewerkschaften versuchen schon seit Jahrzehnten, mit Warnstreiks – Streiks sind Mangelware – die beschädigten Interessen ihrer Mitglieder abzuwenden. Die Verarmung von Millionen verweist aufs Gegenteil. Kein Klassenbewusstsein weit und breit.

Die objektive Lage der Lohnabhängigen ist das eine. Etwas anderes ist es, welche Schlüsse die Individuen aus ihrer sozialen Lage ziehen. D.h.: Wie erklären sich die Leute ihre Notlagen? Die Antwort folgt ganz dem subjektiven Urteilen. Man sieht es an der Kontroverse unserer Positionen. Darüber hinaus gibt es eine Menge differenter Angebote und damit die unterschiedlichsten Angebote zur Beseitigung der Not dieser Menschen. Die Palette ist breit gestreut: mehr Anstrengung, richtig wählen, Ausländer müssen raus aus Deutschland und viele Vorschläge – wie auch dein Vorschlag –, die Arbeitswelt zu reformieren – neben dem, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen! Welcher Vorschlag einleuchtet, liegt allein daran, wie Arbeiter_innen ihre Lage verstehen. Und das heißt auch, wie sie es z. B. in der Schule oder aus den Medien gelernt haben zu verstehen. Eine Gleichsetzung der sozialen Lage mit Klassenbewusstsein ist gegen alle Erfahrung ein verhängnisvoller Fehler, den es immer noch gibt! Das war auch ein Gegenstand des Beitrags in der hlz 3-4/21 (S. 67 ff.) über das „Verfallsdatum des Kapitalismus."

Abschließend noch einmal zur VWL. Dort gibt es unterschiedliche Strömungen. Eine davon ist die des Keynsianers P. Bofinger, der als Minderheitsmeinung im „Sachverständigenrat der fünf Wirtschaftsweisen" von 2005 – 2019 vertreten war. Abgesehen von ihm ist die VWL nicht nur Parteigänger der herrschenden Wirtschaftsweise, allerdings im engeren Sinn auch für Leute, die „die Wirtschaft" heißen. Deren Forderung zur Arbeitslosigkeit: Wenn diese Leute auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden, ist ihr Preis offenbar zu hoch. Ihre Konsequenz: Lohndumping. Arbeitsplätze müssen nach dieser Logik „rentabel zu bewirtschaftende Arbeitsstellen" (H. W. Sinn) sein, sonst führen Lohnerhöhungen unter gleichen Bedingungen zu Beschäftigungsverlust. Die Lohnarbeiter_innen sind die notwendigen Opfer einer Produktionsweise, in der die Schaffung eines gigantischen Reichtums auf der Armut derer beruht, die ihn produzieren. Der Maßstab der Unternehmer ist einzig und allein der Überschuss/Profit, der über den getätigten Geldvorschuss hinausgehen muss. Bleibt der aus, findet der Handel nicht statt, dann landen die nützlichen Dinge auf Halde oder vergammeln. Und dies gilt als menschenfreundlich. Ist nicht vielmehr das Gegenteil der Fall?

… zum „apokalyptischen Reiter"! (hlz 3-4/21, S. 63ff)

Lieber Joachim, Marx´ Aussage, kein Marxist zu sein, war m. E. kein koketter Spruch. Sein theoretisches Interesse galt der Untersuchung des Reichtums einer Gesellschaft, dessen bloßes Vorhandensein nicht zählt, solange nicht ein Gelderlös herauskommt und eben nicht der Ausarbeitung eines philosophischen Systems. Weltanschauung war nicht seine Sache. In seinem Hauptwerk, den 3 Bänden des Kapitals, hat er eine fundierte wissenschaftliche Kritik der Marktwirtschaft erstellt. Und in diesen spricht er einmal, wohlgemerkt einmal, vom „Entwicklungsgesetz" – nämlich der „kapitalistischen Produktionsweise" (MEW 25, 892), insofern, dass sich „die Produktionsmittel … mehr und mehr von der Arbeit … scheiden" und Arbeit zu „Lohnarbeit und die Produktionsmittel in Kapital … verwandeln."

Sollte deine Rüge des „selbsternannten Marxisten" an mich gerichtet sein (und da ich mit Argumenten von Marx in meinen Artikeln nicht geize, ist es nicht abwegig!), entgegne ich dir: sie ist nichts als inhaltsleere Schelte und einer Auseinandersetzung nicht dienlich. Bedauerlicherweise haben die Theoretiker des Sozialismus der SU und der nachfolgenden Länder des Realen Sozialismus mit den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft (und der Natur) als unausweichlichen Weg zum Sozialismus/ Kommunismus einen groben Fehler begangen.

Allerdings waren der junge Marx und Engels 1848 irrtümlicherweise in ihrer Euphorie davon beseelt, dass „der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, [da] der Auflösungsprozess innerhalb der herrschenden Klasse" Gestalt annimmt. Auch die Aussage, die Bourgeoisie „produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind unvermeidlich" waren grobe Schnitzer, die allerdings in ihrer „Kritik der politischen Ökonomie" nicht mehr vorgekommen sind. Die Marxisten/Leninisten der russischen Revolution haben das aufgegriffen und auf ihre Weise interpretiert: So etwas wie eine `geschichtliche Uhr´, eine notwendig geschichtliche Abfolge die zum Endziel der neuen Gesellschaft führen muss, waren krasse Fehlschlüsse. Naturwüchsig folgen … muss gar nichts!

Zu deinem Lieblingsthema – Aufhebung der Schuldenbremse –, der „Fragestellung, inwieweit die Schuldenbremse tatsächlich tauglich sei, um Stabilität zu garantieren" (und meinen Hinweis, wer die „Zeche wieder mal zahlt?"): Zu der Auseinandersetzung über „Inflation" und Prognosen nur so viel: Die Inflation gehört zur Marktwirtschaft wie der Deckel auf den Topf. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger_innen, deren Einkommen die Lebenserhaltungskosten abdecken müssen, die ihnen als Verbraucherpreise vorgegeben werden, führt selbige (momentan bei ca. 4 Prozent) zur Kaufkraftschmälerung, ist also ein Mittel, diese Leute weiter zu verarmen. Allseitig abgehakt ist dieser Automatismus der Geldwirtschaft, also im Preis inbegriffen!

Zu deiner Version von Marx' tendenziellem Fall der Profitrate, Adornos subjektivem Faktor und zum Aberwitz der Abschreibung von „nicht verschlissenen … Maschinen" wäre schon Einiges anzumerken. Wenn es denn mal passt!

FRANK BERNHARDT
I.R.

Ausgetauscht

Aufgrund von Missverständnissen durch die redaktionelle Bearbeitung des Artikels ‚Ist das Verfallsdatum des Kapitalismus abgelaufen?' in: hlz 3-4/2021, S. 67-69 von Frank Bernhard haben wir daraufhin den vom Autor nochmalig bearbeiteten und somit autorisierten Text online gegen die alte Fassung ausgewechselt.

DIE REDAKTION

Adolf Denys (Teil 1)

NS-Aktivist auf vielen Feldern

Denys trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein, war aktiv in der SS und ambitioniert im NS-Lehrerbund nach der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde". Im nationalsozialistischen Staat wurde er Berufsschuldirektor und im Krieg Major bei der Wehrmacht. Nach dem Krieg erreichte er seine Wiedereinstellung. Und nicht nur das.

Foto: Bundesarchiv

Parteisoldat: Adolf Denys

Adolf Denys wurde am 14.9.1900 in Hamburg als Sohn des Beamten bei der Deutschen Seewarte, Heinrich Denys, geboren. Er besuchte von 1906 bis1908 die Volksschule, wechselte dann auf die Realschule auf St. Pauli in der Seilerstraße, wo er die „Obersekundareife" erlangte. An der Oberrealschule St. Georg machte er 1919 das Abitur. Bildungsbeflissenheit und Stolz zeigte er später, als er zur Auflistung seines Bildungsweges für die Personalakte notierte, er sei in der Volksschule „siebenmal Primus und einmal Sekundus" gewesen und am Ende der Realschule mit der „Obersekundareife vom Mündlichen befreit" worden.

Die Reifeprüfung legte Adolf Denys ab, während er von 1916 bis 1921 das Lehrerseminar in der Binderstraße besuchte. Zwischenzeitlich, vom 21.6.1918 bis zum 12.12.1918, hatte Denys auch noch als „Jäger" im Jäger-Ersatzbataillon am Ersten Weltkrieg teilgenommen.

Adolf Denys war vielseitig, ambitioniert und umtriebig. Er hatte am 15.1.1921 das Lehrerseminar mit der ersten Lehrerprüfung erfolgreich abgeschlossen, wurde am 1.4.1921 in den Hamburger Schuldienst übernommen und legte an der Schule Eduardstraße am 30.6.1924 die zweite Lehrerprüfung ab. Zum 1.10.1926 wurde Denys im Hamburger Schulwesen Beamter auf Lebenszeit. Mittlerweile war er der Mädchen-Schule Eppendorfer Weg 65 a zugeordnet.

Laut eigenen Angaben hatte Adolf Denys schon in den Jahren 1921 bis 1923 an der Universität Hamburg naturwissenschaftliche Studien betrieben und von 1923 bis 1926 Nationalökonomie und Betriebswirtschaftslehre studiert, mit dem Abschluss als Diplom-Volkswirt.

Er finanzierte sich das Studium mit seiner Arbeit als Volksschullehrer und wohnte zu diesem Zeitpunkt in Eimsbüttel in der Ottersbekallee 27, einer bürgerlichen Gegend, in der viele Studienräte der höheren Schulen lebten.

Denys verfuhr weiter zweigleisig. Neben seiner Volksschullehrerarbeit setzte er das Studium an der Universität Hamburg fort und legte am 22.5.1928 das Examen als Diplom-Handelslehrer ab.

Seitdem war er als Volksschullehrer und, in Nebentätigkeit, auch noch an der Handels- und der Polizeischule tätig.

Zum 1.10.1930 ließ er sich für ein halbes Jahr als Lehrer einer Volksschule beurlauben und wurde „in der Stellung eines Studienrats an der Handelsschule" tätig. Dass er anschließend wieder als Volksschullehrer am Eppendorfer Weg 65a arbeiten musste, mag zu seiner politischen Radikalisierung in Richtung der Nationalsozialisten beigetragen haben.

Denys war als Volksschullehrer in den 1920er Jahren wie fast alle seine Berufskollegen Mitglied der „Gesellschaft der Freunde" geworden. Nach der Gleichschaltung mit dem NSLB trat Adolf Denys am 1.5.1933 in die NSDAP ein.

Karriere im NS-Staat

Aufgefallen ist mir Denys' Name erstmals im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im NSLB Hamburg, die es zwischen den „alten Kämpfern" des NSLB und der neuen Führung um Gauamtsleiter Willi Schulz und seinem Stellvertreter Albert Mansfeld gab (Vgl. Biographie von Heinrich Hehn, hlz 5-6 und 7-8/2021). Die Gruppe um Hehn und Höller hatte ein Parteigerichtsverfahren gegen die neuen führenden NSLB-Funktionäre Willi Schulz und Kurt Holm angestrengt, zu denen offenbar auch Adolf Denys gehörte.

Heinrich Hehn beschrieb eine Szene in der Auseinandersetzung mit der neuen NSLB-Führung im Curio-Haus:

„Als Pg. Schulz nun endlich Landesleiter geworden war, etwa Ende Mai 33, war seine erste Handlung, uns abzusetzen. Mitten in unserer Arbeit um den Aufbau des NSLB erreichten uns seine Absetzungsschreiben. (Denys, den ich vorher nicht gekannt habe, war kurz vorher in der Geschäftsstelle erschienen, angeblich um mitzuarbeiten, wie mir später aber klar wurde, nur um den notwendigen Einblick in den Geschäftsbetrieb zu erhalten.) Mein Absetzungsschreiben habe ich, ohne mich irgendwie aufzuregen, in den Papierkorb getan. Einige Tage darauf erschien Pg. Schulz mit unserer Ablösung in der Geschäftsstelle. Als zweiter, mit einem verlegenen Grinsen, unser ‚Mitarbeiter' Denys. Ohne viel Federlesens wurde, zur Hauptsache von mir, die ganze Gesellschaft, Mansfeld war auch mit dabei, an die frische Luft befördert. Von der Lieth rief verschiedentlich laut durchs Treppenhaus nach Pg. Schulz. Er aber hatte es vorgezogen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Dem Denys versuchte ich das Hakenkreuz abzunehmen, was auch Pg. Kaufmann gemeldet wurde. Denys flog ziemlich unsanft hinaus. Pg. Mansfeld versuchte schnellstens zu entkommen, indem er fortwährend rief: ‚Fassen Sie mich nicht an! Ich gehe schon!'"

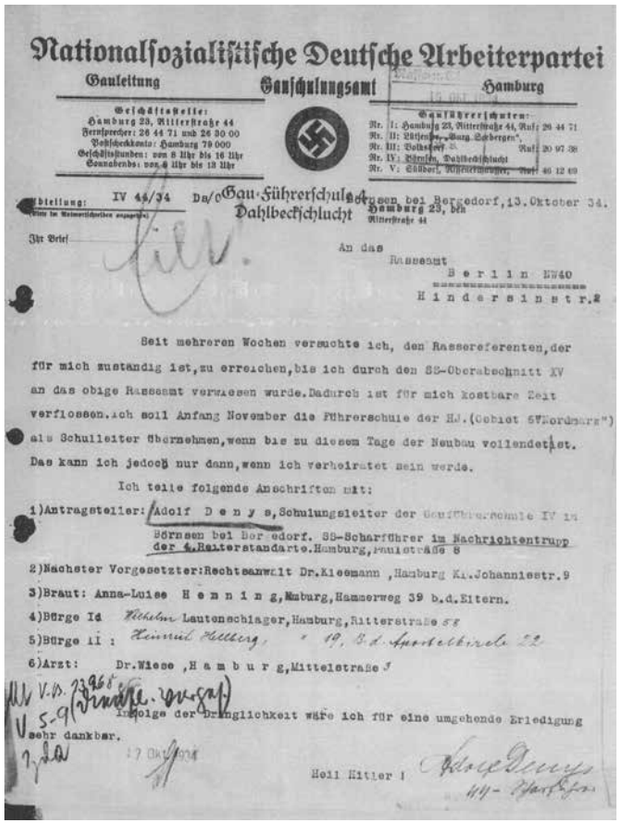
Es waren aufregende Zeiten und Adolf Denys war mitten darin – hier auf Seiten derjenigen, die in der NS-Zeit die Macht im NSLB und in der Schulverwaltung hatten.

Der umtriebige Denys war aber auch als Nationalsozialist mehrgleisig unterwegs. Laut seiner SS-Karteikarte war er am 15.5.1933 in die SS eingetreten (Mitgliedsnummer 93254).

Die Unterlagen des Rasse- und Siedlungsamtes der SS in Berlin sind denkwürdige Dokumente. Adolf Denys, der nach 1945 im Entnazifizierungsfragebogen ein falsches Datum für seinen SS-Beitritt angab (nämlich 1934) und auch andere Beweggründe dafür nannte, war verzweifelt bemüht, die Genehmigung der SS für die Heirat mit der 19-jährigen Anna-Luise Henning zu erhalten. Er schrieb am 13.10.1934 an das Rasse- und Siedlungsamt in Berlin auf dem Briefpapier der NSDAP-Hamburg, Gau-Führerschule Börnsen, bei Bergedorf:

„Seit mehreren Wochen versuche ich, den Rassereferenten, der für mich zuständig ist, zu erreichen, bis ich durch den SS-Oberabschnitt XV an das obige Rasseamt verwiesen wurde. Dadurch ist für mich kostbare Zeit verflossen. Ich soll Anfang November die Führerschule der HJ (Gebiet 6 ‚Nordmark') als Schulleiter übernehmen, wenn bis zu diesem Tage der Neubau vollendet ist. Das kann ich jedoch nur dann, wenn ich verheiratet sein werde."

In dem beiliegenden Lebens-



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gauleitung Gauschulungsamt Hamburg

Geschäftsstelle: Hamburg 23, Ritterstraße 44
Fernsprecher: 26 44 71 und 26 30 00
Postscheckkonto: Hamburg 79 000
Geschäftsstunden: von 8 Uhr bis 16 Uhr
Sonnabends: von 8 Uhr bis 12 Uhr

Gauführerschulen:
Nr. I: Hamburg 23, Ritterstraße 44, Ruf: 26 44 71
Nr. II: Pätsenhof, Burg Sachsenberg".
Nr. III: Volksheim, Ruf: 20 97 38
Nr. IV: Börnsen, Dahlbeckschlucht
Nr. V: Stöbek, Schützenhof, Ruf: 46 12 69

Abteilung: IV 46/34 Da/c Gau-Führerschule Börnsen bei Bergedorf, 13. Oktober 34.
Dahlbeckschlucht
Hamburg 23, den Ritterstraße 44

Ihr Brief

An das
Rasseamt
Berlin NW40
Hinderainstr.2

Seit mehreren Wochen versuchte ich, den Rassereferenten, der für mich zuständig ist, zu erreichen, bis ich durch den SS-Oberabschnitt XV an das obige Rasseamt verwiesen wurde. Dadurch ist für mich kostbare Zeit verflossen. Ich soll Anfang November die Führerschule der HJ. (Gebiet 6 "Nordmark") als Schulleiter übernehmen, wenn bis zu diesem Tage der Neubau vollendet ist. Das kann ich jedoch nur dann, wenn ich verheiratet sein werde.

Ich teile folgende Anschriften mit:

1) Antragsteller: Adolf Denys, Schulungsleiter der Gauführerschule IV in Börnsen bei Bergedorf. SS-Scharführer im Nachrichtentrupp der 4. Reiterstandarte. Hamburg, Louisstraße 8
2) Nächster Vorgesetzter: Rechtsanwalt Dr. Kleemann, Hamburg Kl. Johannisstr. 9
3) Braut: Anna-Luise Henning, Hamburg, Hammerweg 39 b.d. Eltern.
4) Bürge I: Wilhelm Lautenschläger, Hamburg, Ritterstraße 58
5) Bürge II: Heinrich Hellberg, 10, b.d. Sparkassenbrücke 22
6) Arzt: Dr. Wiese, Hamburg, Mittelstraße 3

V.D. 23968 Brunke. Ursaf
V 5-9

Infolge der Dringlichkeit wäre ich für eine umgehende Erledigung sehr dankbar.

Heil Hitler!
Adolf Denys
HJ-Führerschule

Brief von Adolf Denys an das Rasseamt Berlin, auf Briefpapier der Gau-Führerschule: Für die Karriere brauchte Denys die Zustimmung des Rasseamtes der NS zu seiner Heirat.

Adolf Denys war auf vielen NS-Ebenen aktiv. Mitglied der NSDAP seit dem 1.5.1933, auf der SS-Karteikarte ist er SS-Mitglied seit dem 15.5.1933. Im NSLB meldet er sich bei den Aktivisten von vor 1933 zur Mitarbeit im Curio-Haus. Alles zusammen profilierte ihn für die Leitung einer Gauführer-Schule und die Beförderung zum Berufsschuldirektor 1937.

lauf gab der SS-Scharführer Adolf Denys an, von April bis Juni 1934 an der Gauführerschule III Ritterstraße tätig gewesen zu sein und ab Juli 1934 als Leiter der Gauführerschule IV in Börnsen bei Bergedorf.

Auch dies verschwieg Denys später. Seine Tätigkeit als Schulleiter der Gau-Führerschule erwähnte er auch in seinem Personalbogen nicht.

Die Eile von Adolf Denys war nachvollziehbar, da er seine Heirat schon zweimal verschieben musste. Denn das Rasse- und Siedlungsamt der SS prüfte sowohl die „Rassereinheit“ als auch die Gesundheit der Heiratswilligen. Bei der Braut wurde festgestellt, dass die Großeltern an Krebs gestorben waren; dazu gab es Nachfragen. Ebenfalls mussten Fragen zur Zuckerkrankheit von Denys’ Mutter beantwortet werden. Dafür hatten Adolf Denys und seine zukünftige Frau als Zeugen SS-Standarten-Ärzte angegeben, die „vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus die Familie als erbgesund und tüchtig im Lebenskampf“ bezeichneten.

Die Ehe wurde am 12.12.1934 geschlossen, die Genehmigung der SS war kurz vorher eingetroffen. Zur Tragik der Geschichte gehört, dass Denys junge Frau Anna-Luise, mit der er seit 1936 ein Kind hatte, am 4.8.1943 an einer MS-Lähmung verstarb.

Die weitere berufliche Tätigkeit von Adolf Denys ist für mich nicht ganz eindeutig zu klären. In seiner Personalakte ist verzeichnet, dass er seit dem 1.4.1934 Studienrat an der Handelsschule war. Im Hamburgischen Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1935/1936 ist er der Handelsschule 2 am Lämmermarkt zugeordnet. In der dortigen Kollegiumsliste ist er allerdings nicht verzeichnet. Daraus schließe ich, dass er weiter Leiter der Gau-Führerschule gewesen ist, aber über eine Stelle im Hamburger Schuldienst finanziert wurde.

Am 1.9.1937 wurde Adolf Denys zum Berufsschuldirektor der Handelsschule VI in Wandsbek berufen, zum 1.5.1938 auch zum Schulleiter der Handelsschule VII in Altona. Im Lehrerverzeichnis des Schuljahres 1938-1939 ist er an der Spitze beider Schulen eingetragen.

1938 leitete die Schulverwaltung Denys als Berufsschuldirektor in eine höhere Besoldungsstufe und zum 1.8.1939 zog es ihn als Offizier in den Kriegsdienst.

Adolf Denys wurde im Krieg bis zum Major befördert. Am 28.2.1945 erlitt er eine Verwundung und Erkrankung, die ihn aus dem Kriegsdienst ausscheiden ließ.

Wie durchaus üblich war Adolf Denys am 1.8.1942 in Kriegsabwesenheit noch einmal befördert worden „mit einem ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Besoldungszuschuss von 600 Reichsmark jährlich“. Der zeitweilige Schulsenator Wilhelm von Allwörden schickte ihm ein Schreiben mit den Worten:

„Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dieser Ernennung und benutze die Gelegenheit, Ihnen für die Zukunft, besonders für die Zeit Ihres Einsatzes als Soldat, alles Gute zu wünschen. Mit diesem Wunsche verbinde ich die Hoffnung, dass Sie nach dem Siege alsbald Ihre Friedenstätigkeit bei der Schulverwaltung arbeitsfreudig und in voller Gesundheit wieder aufnehmen können.“ Auch dies war das übliche Schreiben bei Beförderungen an der Front.

„Aufgrund der Zugehörigkeit zur SS kommt Herr Denys für eine Wiedereinsetzung als Berufsschuldirektor keinesfalls in Frage.“

Denys heiratete am 28.12.1944 erneut und bekam mit seiner Frau Margarete 1952 einen Sohn.

1945: Widerspruch gegen die Entlassung aus dem Schuldienst

Am 14.9.1945 erhielt Adolf Denys das Entlassungsschreiben aus dem Beamtenverhältnis und dem Hamburger Schuldienst im Auftrag der Britischen Militärregierung. Adolf Denys legte Widerspruch dagegen ein.

Das Gutachten des Beratenden Ausschusses für die Handelslehrer unter Vorsitz von Oberschulrat Johannes Schult zeigt auf, wo der größte Hinderungsgrund für die Wiederbeschäftigung von Denys lag: „Aufgrund der bekannten Zugehörigkeit zur SS kommt Herr Denys für eine Wiedereinsetzung in sein früheres Amt als Berufsschuldirektor keinesfalls in Frage.“

Dabei stellte sich die Frage, ob er denn überhaupt für die Wiedereinstellung in den Hamburger Schuldienst in Frage kam.

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt

Gekürzte Fassung der Biographie aus „Täterprofile“ Band 3 (2019). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de

ANZEIGE

Debeka-Landesgeschäftsstelle
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (040) 24 82 18 - 0

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes
Debeka
Das **Füreinander** zählt.

Freiheit für Julian Assange!

Die USA haben ein neues, unerwartetes Problem: Einer der Hauptzeugen gegen Assange, sein früherer «Verbündeter» zu WikiLeaks-Zeiten, Sigurdur Ingi Thordarson, hat eingestanden, dass er zu Assange damals den USA gegenüber Falschinformationen geliefert hat: Es waren klare Lügen, mit denen Thordarson sich selber von Strafen für seine eigene kriminelle Vergangenheit freikaufen konnte, wie das nach US-Recht möglich ist und wie es ihm zu Donald Trumps Zeiten zugestanden wurde. Das berichtet die isländische Zeitung «Stundin». 13.9.2021
https://www.infosperber.ch/freiheit-recht/justiz/schlechte-und-gute-nachrichten-fuer-julian-assange/

Asyl in Deutschland für Edward Snowdon!

"Rechtsverstöße und Menschenrechtsverletzungen durch Geheimdienste können häufig nur mit Hilfe von couragierten Whistleblowern ans Tageslicht kommen. Edward Snowden hat der Zivilgesellschaft und dem Schutz der Menschenrechte einen großen Dienst erwiesen und dafür einen hohen Preis bezahlt" sagt Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. "Statt ihn als Landesverräter nach dem überholten US-Spionagegesetz von 1917 zu verfolgen, sollte die US-Regierung sich mit den massiven Rechtsverletzungen durch die NSA auseinandersetzen. Es geht um den Rechtsstaat und die Freiheit – die ohne Privatsphäre nicht denkbar ist!" https://www.amnesty.de/

Dramatischer Anstieg der Kinderarbeit

Ziele vereinbaren ist gut, Ziele erreichen besser

Dies gilt auch und ganz besonders für das UN-Nachhaltigkeitsziel 8.7, bei dem es um die Beseitigung von Kinderarbeit bis 2025 geht. Seit letztem Jahr ist im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie immer wieder die Rede vom Brennglas, das die Probleme in der Welt verdeutlicht. Jetzt brennt es tatsächlich.

Das zeigt der Mitte Juni veröffentlichte Bericht von ILO (Internationale Arbeitsorganisation) und UNICEF zur Bekämpfung von Kinderarbeit, Stand 2020.

Alarmierende Zahlen

Alle vier Jahre wird so ein Bericht über die Zahl der Kinder in Kinderarbeit weltweit vorgelegt. Kinderarbeit in allen Formen bis 2025 zu beenden, das ist die internationale Verpflichtung im Nachhaltigkeitsziel 8.7. Ohne den entschiedenen politischen Willen und die Bereitstellung von Ressourcen in einem nie dagewesenen Ausmaß wird dieses Ziel jedoch auf absehbare Zeit nicht erreicht werden. „Die Verwirklichung des SDG-Ziels der Abschaffung der Kinderarbeit erfordert eine erhebliche Beschleunigung.“ (Child-Labour-Report S.25)

Von 2000 bis 2016 nahm Kinderarbeit kontinuierlich ab, stagnierte dann bei 152 Millionen arbeitender Kinder. Die Daten des neuen Berichts, dessen Schätzungen auf Informationen aus Haushaltsbefragungen beruhen, die zwei Drittel der Weltbevölkerung von Kindern zwischen 5 und 17 Jahren abdecken, sind erschreckend. Fast jedes 10. Kind (63 Mio. Mädchen und 97 Mio. Jungen) weltweit war Anfang 2020, also vor Corona, in Kinderarbeit. Etwa die Hälfte von ihnen verrichten Arbeiten, die ihre Gesundheit, Sicherheit und moralische Entwicklung gefährden.

Insbesondere bei jüngeren Kindern zwischen 5 und 11 Jahren stieg die Zahl seit 2016 um 16,8 Millionen. Durch die COVID-19-Krise und die damit verbundene steigende Armut könnte bis Ende 2022 mit fast neun Millionen weiteren Kindern in Kinderarbeit zu rechnen sein. Die tatsächlichen Auswirkungen werden davon abhängen, ob und in welchem Ausmaß politische Reaktionen und Maßnahmen zur sozialen Absicherung erfolgen werden.

„Ein Anstieg des Sozialschutzes hingegen könnte die Auswirkungen von COVID-19 auf die Kinderarbeit mehr als ausgleichen, so dass wir wieder Fortschritte in diesem Bereich erzielen,“ heißt es in dem Bericht.

Kein Zugang zu Bildung

Mehr als ein Drittel aller arbeitenden Kinder sind vom Schulbesuch komplett ausgeschlossen, bei den 12- bis 14-jährigen sind es mindestens 35 Prozent. Die Arbeit lässt ihnen keine Zeit und Energie für einen Schulbesuch. Außerdem fehlen in der Regel hochwertige kostenlose Schulen. Die Aussichten dieser Kinder auf eine menschenwürdige Arbeit im Jugend- und Erwachsenenalter sind stark eingeschränkt. Die anderen zwei Drittel der Kinder in Kinderarbeit versuchen, die Anforderungen von Schule und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Sie bleiben in der Regel hinter den nicht arbeitenden Mitschüler_innen zurück und ihr Risiko ist hoch, die nächste Klassenstufe nicht zu erreichen und die Schule vorzeitig zu verlassen.

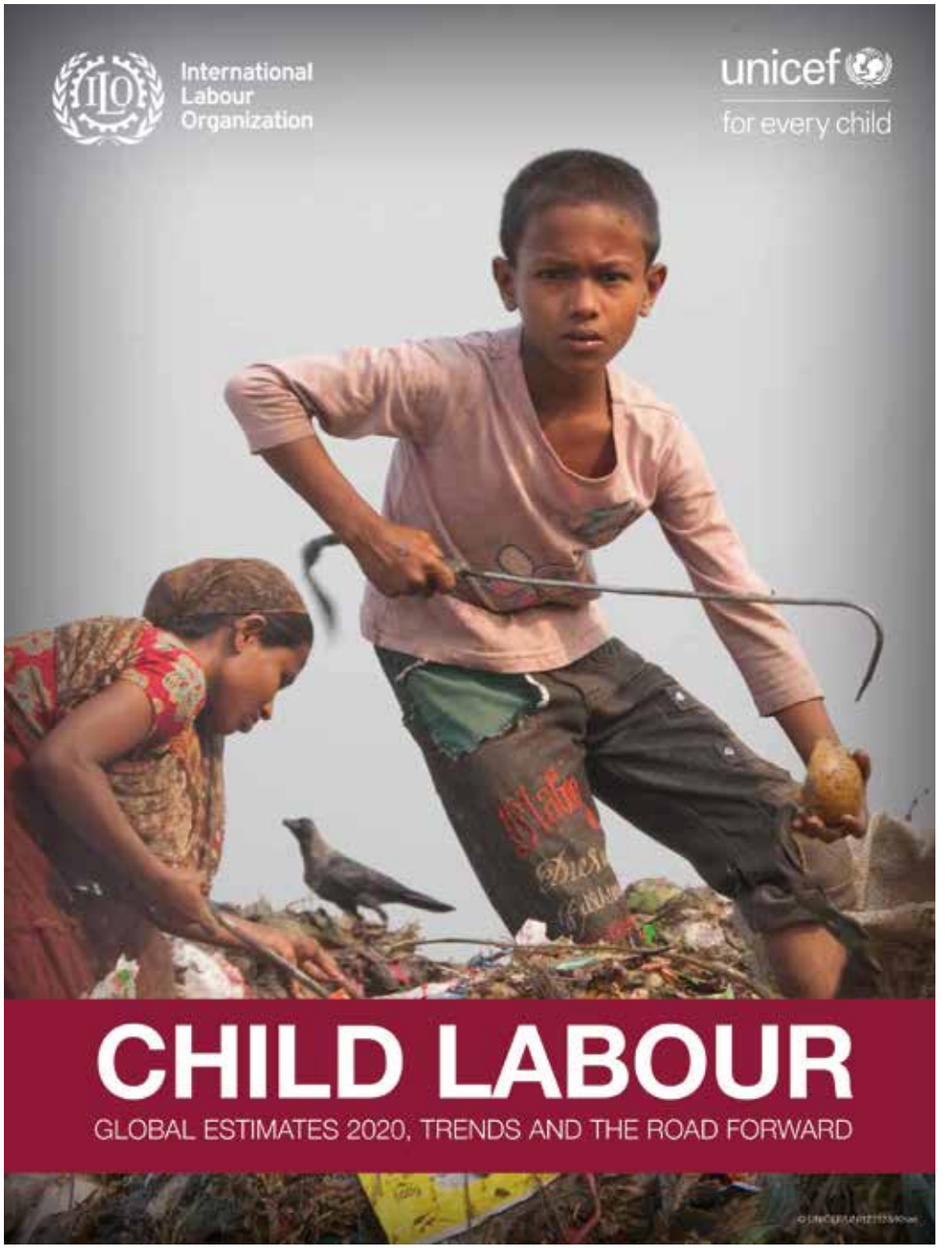
Während in Asien, im Pazifikraum, in Lateinamerika und der Karibik die Kinderarbeit in den letzten vier Jahren weiter zurückgedrängt werden konnte, sind solche Fortschritte in afrikanischen Ländern südlich der Sahara nicht zu vermelden. In Subsahara-Afrika steigt die Anzahl arbeitender Kinder seit 2012, so dass es hier mittlerweile mehr Kinder in Kinderarbeit gibt als im gesamten Rest der Welt.

Bei der Spendenbereitschaft ist noch Luft nach oben

Das ist für die GEW-Stiftung *fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit* ein zusätzlicher Grund, gerade afrikanische Lehrkräftegewerkschaften dabei finanziell zu unterstützen, in ihren Ländern kinderarbeitsfreie Gebiete zu schaffen. Die Spendengelder ermöglichen ihnen, Lehrkräfte entsprechend fortzubilden, damit diese – sowohl in ihrem Unterricht als auch in Versammlungen und Gesprächen mit ihren Kollegien, mit den Eltern, den traditionellen, religiösen und politischen Verantwortlichen in der Region – für das Recht der Kinder auf Bildung und gegen Kinderarbeit eintreten.

Mit beispielhaften Erfolgen in den kinderarbeitsfreien Gebieten können die von *fair childhood* unterstützten Gewerkschaften auch Regierungsstellen überzeugen und ein Umdenken bewirken. Die Bildungsgewerkschafter_innen vor Ort haben das verstanden, allein die Anschubfinanzierung für solche Projekte fehlt ihnen oft. Ein höheres Spendenaufkommen gäbe der GEW-Stiftung die Möglichkeit, noch mehr Anfragen unserer Schwestergewerkschaften positiv zu beantworten.

BRUNI RÖMER
bruni_roemer@mac.com



gb@-SEMINARE 2021

Mann – o – Mann

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Online-Seminar: Das Lehrer_innenleben erleichtern

Impuls- und Austauschseminar für neu eingestellte Lehrkräfte der 4.-10. Klasse

Oftmals sind es die kleinen Dinge, die einem das Lehrer_innenleben erleichtern. Jeder Teilnehmende stellt daher seine oder ihre persönliche Lieblings-Arbeitserleichterung (Idee, Programm, Strategie, Methode…) aus dem Bereich Unterrichtsplanung, Unterrichts-, Material- oder Raumorganisation vor. Darüber hinaus bleibt Zeit für Austausch, Fragen und Einblicke in weitere, praxiserprobte, relativ einfach umsetzbare Methoden und Techniken des Classroommanagements.
Do., 23. Sept. 2021, 17-19 Uhr
Leitung: Nadine Eversberg
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder

100 Jahre Männlichkeitskonstruktion – Biografie/Lebenslauf und Generationen/Geschichte

Ein Lern-Partizipationsprojekt zur Männlichkeitskonstruktion im 20./21. Jahrhundert: Wie hat sich das Bild des „Mann-Sein" im Laufe der letzten 100 Jahre verändert? Was bedeutet das für Männer und Frauen? Wie gehen wir damit um?
Dienstag, 28. Sept. 2021, 16-20 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Prof. em. Dr. Harry Friebel
Kostenanteil: kostenlos inklusive Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 10 €)

Online-Seminar: Bedürfniskonflikt – Herausforderndes Schüler_innenverhalten im Schulalltag

Impuls- und Austauschseminar für neu eingestellte Lehrkräfte der 4.-10. Klasse

Wie gehe ich im Schulalltag mit herausforderndem Verhalten von Schüler_innen um? Wir sammeln aktuelle/ungeklärte Fälle aus dem Alltag der Teilnehmer_innen und wählen einen davon für eine kollegiale Fallberatung aus. Hier sammeln wir vielfältige Ideen für die Prävention und Lösung einer solchen Situation und bekommen Impulse für ähnliche Grenzüberschreitungen. Im Seminar bleibt Zeit für Austausch, Fragen und Einblicke in erfolgreiche, relativ einfach umsetzbare Strategien und Methoden des Classroommanagements. Bitte bringen Sie möglichst einen Fall mit einem Schüler/einer Schülerin mit, über den Sie gerne sprechen würden.
Di., 28. Sept. 2021, 17-19 Uhr
Leitung: Nadine Eversberg
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder

Online-Seminar: Neu an der Schule – Was darf ich, was muss ich?

Seminar für neu eingestellte Lehrkräfte

Die erste Zeit an der Schule ist oft sehr fordernd und stellt vielfältige Anforderungen. Über fundierte Kenntnisse der Rechtslage zu verfügen, ist daher von Vorteil. In diesem Online-Seminar werden in kompakter Form Informationen zu wichtigen Themen des Berufsanfangs gegeben und ein Überblick über die wichtigsten Regelungen des Schulrechts geboten. Das Seminar bietet Handlungsstrategien.

Es gibt Zeit für einen Austausch und auch „dumme Fragen" sind erlaubt. Die genauen Themen bzw. besprochenen Fallbeispiele werden nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden festgelegt.
Do., 30. Sept. 2021, 17-19 Uhr
Leitung: Frank Hasenbein und Cesar Varela-Agra
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder

Verhandlungsführung

Wer gut verhandeln kann, hat bessere Chancen, etwas zu erreichen. Die Teilnehmenden lernen die Tools professioneller Verhandlungsführung kennen und probieren sie an praktischen Beispielen aus. Darüber hinaus gibt es die Gelegenheit, Konzepte und Strategien für die eigenen Verhandlungssituationen zu entwickeln oder zu erproben.
Samstag, 23.10.2021, 10-17 Uhr
Leitung: Wolf-Peter Szepansky
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Gesundheitsschutz an Schulen verankern

Wie kann Gesundheitsschutz an Schulen weiter verankert werden? In vielen Schulen fühlen sich Pädagog_innen sehr belastet, aber gleichzeitig allein gelassen bei der Suche nach Auswegen. Wir werden die Situation an den Schulen analysieren und einordnen und Impulse geben, in der gewerkschaftlichen Aktion für besseren Gesundheitsschutz an Schulen voran zu kommen und auf Grundlage der Vorerfahrungen wie Gefährdungsbeurteilungen möglichst konkrete Strategien für einen wirksamen Gesundheitsschutz an Schulen entwickeln.
Dienstag 26.10.2021, 9-16 Uhr
Leitung: Frank Hasenbein, Karin Hufert
Kostenlos für GEW-Mitglieder inklusive Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 20 €)

Selbstbewusst und sicher auftreten – überzeugend sprechen

Wer im beruflichen Alltag Arbeitsergebnisse, Lösungsvorschläge und Ideen präsentiert, will überzeugen – mit seiner Person und mit der Darstellung seiner Inhalte. Dafür sind kraftvolle Argumente und Überzeugungsstrategien ausschlaggebend. In diesem Seminar wird in einem rhetorischen Spiel trainiert, wie Argumente und Überzeugungsstrategien wirksam entfaltet werden können. Anschließend werden die produzierten Ideen gemeinsam für die eigene Alltagspraxis maßgeschneidert und schließlich erprobt.
Samstag 30.10.2021, 10-17 Uhr
Leitung: Martina Freitag
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Computerkurs für Senior_innen

Ob man noch im Beruf ist oder nicht: Die Arbeit mit dem Computer gehört für viele zum Alltag. Dennoch bleiben manchmal Computer-Fragen offen. In diesem Seminar lernen Senior_innen mit viel Spaß alles für den Umgang mit Texten, Bildern und Dateien, z.B.: Wie ordne ich meine Texte und Bilder? Wie kann ich die Größe von Fotos verändern? Wie kann ich Texte im PDF-Format drucken? Was muss ich zum Thema Datensicherheit beachten?
Di. 2.11.2021, 11 Uhr
Mi. 3.11.2021, 15 Uhr
Rendsburg, Martinshaus www.tagungszentrum-martinshaus.de
Leitung: Claus Iffländer
Kostenanteil: 40 € inkl. Verpflegung/Unterkunft (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 150 €)

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Antifeminismus der (Neuen) Rechten: Weltanschauung, Auswirkungen, Gegenstrategien

AfGG-Seminar am Dienstag, 21. September 2021, 18 – 21 Uhr

Im Rahmen der Gesamtaktivitäten der GEW Hamburg in der Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus/Rechtspopulismus" rückt der „Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik" (AfGG) die zunehmend brisanter werdende Thematik der anti-emanzipatorischen Ausrichtung der (Neuen) Rechten ins Zentrum der Veranstaltung.

Als Referentin konnte Judith Rahner gewonnen werden. Sie leitet seit 12 Jahren die Fachstelle „Gender und Rechtsextremismus" in der Amadeu-Antonio-Stiftung, Berlin, die sich seit ihrer Gründung vor über 20 Jahren mit dem Themenfeld Rechtsextremismus, deren Ursachen und gesellschaftlichen Auswirkungen befasst.

Ausgehend von der Definition (neu-)rechter Einstellungen wird die Referentin die Strategien des damit einhergehenden Antifeminismus vorstellen und mit entsprechend aktuellen Beispielen und Beobachtungen ergänzen. Sie wird die emotionalisierte Agitation des Rechtsextremismus mit ihren Auswirkungen beschreiben und Gegenstrategien in den Blick nehmen.

Ergebnisse ihrer bundesweiten Studie von 2019 zu „Auswirkungen auf die Praxis der Gleichstellungsbeauftragten" werden ebenfalls einbezogen.

Judith Rahner ist infolge der Teamarbeit aller Fachstellen in der Stiftung auch gut informiert über das Thema „Rechtsextremismus in den Gewerkschaften".

Die stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg, Yvonne Heimbüchel, hält ein Grußwort, die Moderation übernimmt Susanne Jacobs vom AfGG.

An das Referat wird sich eine Diskussion anschließen.

Termin: Dienstag, 21. September 2021, 18 – 21 Uhr. Ort: Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Raum: ABC, kostenlos für Mitglieder, Nicht-Mitglieder: gegen Spende

Für die Teilnahme gilt die sog. 3-G-Regelung („geimpft, genesen oder getestet") und Maskenpflicht

Woche des Gedenkens in Bergedorf 29.10. bis 14.11.21

Diskussionen / Film / Gottesdienst / Lesungen
Musik / Stadtrundgänge / Vorträge

„Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten! Erinnern heißt handeln!“
Zitat von Esther Bejarano,
Vorsitzende des Auschwitz-Komitee

Freitag, 29. Oktober / 15.00 Uhr
Gedenken am Mahnmal und Auftaktveranstaltung für die Woche des Gedenkens

Montag, 1. November / 12.00 Uhr
Ausstellungseröffnung
„Die Kinder vom Bullenhuser Damm“

Dienstag, 2. November / 19.00 Uhr
Vortrag **„Der Stutthof Prozess“**

Donnerstag, 4. November / 19.00 Uhr
Vortrag und Diskussion **„8. Mai 1945 – Was aus Deutschland werden sollte…“**

Samstag, 6. November / 14.00 Uhr
Stadtrundgang zu den Stolpersteinen
18.00 Uhr
Rezitation und Lieder:
Ihr aber, wenn es soweit sein wird, dass der Mensch dem Menschen Freund ist.

Sonntag, 7. November / 14.00-16.00 Uhr
Spaziergang zu Bergedorfs Denkmäler
„Gut und Blut fürs Vaterland“ – Woran erinnern Denkmäler in Bergedorf?
16.00 Uhr
Buchvorstellung und Lesung:
Leben des KZ Kommandanten Friedrich Hartenstein

Dienstag, 9. November / 18.00 Uhr
Stadtrundgang **„Stolpersteine“**

Freitag. 12. November / 19.00 Uhr
Vortrag und Diskussion: **Die neue Rechte und ihre Entwicklung in Hamburg**

Samstag 13. November / 14.00-16 Uhr
Lesung mit Musik **„Lesen gegen das Vergessen“**

Sonntag 14. November / 10.00 Uhr
Gottesdienst zum Volkstrauertag

Montag, 15.11. 18.00 Uhr
Buchvorstellung **„Katharina Jacob: Widerstand war mir nicht in die Wiege gelegt**

Donnerstag, 18.11., 19.00 Uhr
Filmabend **„Jordanien – Land der Geflüchteten“**

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine sind der Dienstag, 28.9.21, 26.10.21 und 30.11.21, 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – SEPTEMBER/OKTOBER 2021

Referat F	**Gruppe Gewerkschaftliche Bildung** Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	18.10.2021, 18.00-22.00 Uhr, GBW 16.11.2021, 18.00-22.00 Uhr, GBW
FG Grundschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	29.09.2021, 17.00-19.00 Uhr, Raum ABC 27.10.2021, 17.00-19.00 Uhr, Raum ABC
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	25.10.2021, 17.00-20.00 Uhr, Raum ABC
FG Hochschule u. Forschung	11.10.2021, 18.00-20.00 Uhr, Raum C 01.11.2021, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bleiberechtsausschuss	21.09.2021, 17.00-22.00 Uhr, Raum ABC
AG Bildung statt Kinderarbeit	05.10.2021, 16.00-18.00 Uhr, GBW
Ausschuss für Friedenserziehung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler_innen	06.10.2021, 10.00-13.00 Uhr, Raum ABC 03.11.2021, 10.00-13.00 Uhr, Raum ABC
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	08.11.2021, 18.00-20.00 Uhr, GBW
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer_innen	23.09.2021, 19.30-21.30 Uhr, Raum C

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ausfallen.

GEW Geschäftsstelle wie zuvor geöffnet

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.

Für externe Gruppen stellen wir die Räume zur Zeit nicht zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

Das HLZ-Rätsel

Die Qual der Wahl

Foto: Olaf Kosinsky (kosinsky.eu) - CC BY-SA 3.0-de

Foto: Michael Lucan/Wikimedia Commons - CC-BY SA 3.0

Ist der Wahlkampf so langweilig wegen der Top-Kandidat_innen? *Annerlena* alias *ACAB* und *Armin Lass-et* leisten sich Fehltritte, der *Scholzomat* vermeidet sie. Trotz Skandalen wegen Cum-Ex, Wirecard und G20 gilt *Olf Scholz* aber als solider Regierender.

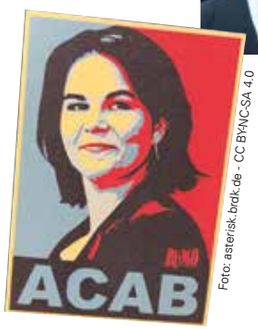


Foto: asterisk.brak.de - CC BY-NC-SA 4.0

Welche Koalition regiert nach der Bundestagswahl?

A) Ampel (SPD/FDP/Grüne)
B) Deutschland (Union/SPD/FDP)
C) Große Koalition (SPD/Union)
D) Jamaika (Union/Grüne/FDP)
E) Kenia (Union/SPD/Grüne)
F) Rot-Rot-Grün (SPD/Die Linke/Grüne)

Einsendungen bitte mit Postanschrift an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*. Diesmal müssen sie bis zum 25.9.2021(!) eintreffen. Als Gewinn winkt ein Gutschein für das Restaurant *Parlament* im Rathauskeller.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

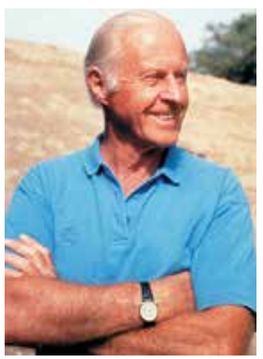


Foto: Kon-Tiki Museet: mynewsdesk.com/no/kon-tiki-museet/images/thor-heyerdahl-53416 - CC BY 3.0

Des letzten Rätsels Lösung...

… sind B, C und E: Thor Heyerdahls Expeditionen führten unter anderem von Afrika nach Amerika, von Amerika nach Ozeanien und vom Irak nach Afrika. Als Gewinner ermittelten wir Helmuth Held. Er bekommt einen Buchgutschein im Werte von 25 Euro. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Thor Heyerdahl (1914-2002): norwegischer Forschungsreisender, Archäologe, Anthropologe, Ethnologe und Umweltaktivist

Aus dem Furor…

In meiner aktiven Zeit als Lehrer war ich als Weichei verschrien, der sich Schüler_innen gegenüber nicht durchsetzen könne. Ich hielte mich zum Beispiel nicht an gemeinsame Beschlüsse und unterliefe somit die Autorität der Kolleg_innen, lautete der Vorwurf. Man organisierte extra ein Gruppen-Coaching, um mich auf Linie zu bringen. Früher nannte man das wohl Tribunal. Dabei finde ich immer noch, dass ich auf der richtigen Seite stand.

Was brachte das Fass zum Überlaufen? Ich hatte es gegen einen Mehrheitsbeschluss einer Kolleg_innengruppe geduldet, dass die Schüler_innen im Unterricht ihre Caps aufbehalten durften. Das war damals in Mode und gerade für die randständischen Jugendlichen, um die es ging, identitätsbildend. Ich will aus meinem Querschießen damals im Nachhinein keine Heldentat machen, aber darauf hinweisen, dass es Energie kostet, in einer solchen Situation seine Position aufrechtzuerhalten.

In diesen Tagen ist es umgekehrt: Plötzlich sehe ich mich auf der Seite der Hardliner. Und dies betrifft die Regelungen im Umgang mit den Impfgegner_innen. Im Gegensatz zu damals, als ich die Mützenträger – es waren tatsächlich nur Jungen – verteidigte, nehmen sich die renitenten Impfgegner_innen heute heraus, die Gemeinschaft zu gefährden. Es macht mich wütend, wenn das Recht auf die Unverletzlichkeit der einzelnen Person dafür herhalten muss, die Gesundheit anderer aufs Spiel zu setzen. Trittbrettfahrerei muss man dies nennen. Man hofft auf eine Herdenimmunität, ohne selbst ein Risiko eingehen zu müssen.

Wenn also, liebe Delegierte auf dem Gewerkschaftstag, euch die druckfrische Ausgabe der hlz vorliegt, sollte euch klar sein, dass ihr unter den Bedingungen von 3G, sprich unter Einhaltung der Abstandsregeln, tagt. Dies hätte nicht sein müssen, da man den Gewerkschaftstag auch nach den 2G-Regeln mit weniger Restriktionen hätte durchführen können.

Ja, es stimmt: Dies hätte die Präsenz derjenigen Delegierten, die sich nicht haben impfen lassen, ausgeschlossen. Sie hätten online das Geschehen verfolgen müssen und qua *OpenSlides* – so heißt das Programm – ihre Stimme abgeben müssen. Das Verfahren ist den Delegierten noch vom ersten Teil dieses Gewerkschaftstages im Juni bekannt. Aus meiner Sicht wäre dies also kein Verstoß gegen die Satzung gewesen.

Man hat sich anders entschieden. Ich finde das schade und halte es politisch für das falsche Signal. Der mutige Schritt des Hamburger Senats, als erstes und möglicherweise einziges Bundesland (beim Schreiben dieser Zeilen war es noch so) den Geimpften mittels der 2G-Regel einen Teil ihrer Freiheitsrechte zurückzugeben, ist ja nicht nur rechtlich geboten, sondern – und dies halte ich für absolut legitim – natürlich indirekt damit verbunden, Druck auf die Impfgegner_innen auszuüben.

Wer bitte gibt diesen das Recht, andere zu gefährden und die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen einem zu-

Fortsetzung Seite 64

© picture alliance / SULUPRESS.DE/Vladimir Menc

Schwer auszuhalten

Hier könnte Ihre Anzeige stehen 04101-842 671

Fortsetzung von Seite 63

sätzlichen Risiko auszusetzen? Wenn man also schon keine Impfpflicht durchsetzen will, ist dies der einzig richtige Hebel, um die Impfquote zu erhöhen. So tragisch es auch im Einzelfall ist, wenn einige dieser Gegner_innen auf der Intensivstation landen, so unverständlich ist es mir, dass die Allgemeinheit dafür die Kosten tragen soll. Wer, wie manche, insbesondere Lindner und Kubicki, ständig die Eigenverantwortlichkeit in Hinblick auf die Impfentscheidung ins Feld führt, sollte dann zumindest auch die Kosten im Falle der Erkrankung tragen. Also, um auch hier noch ein bisschen Benzin ins Feuer zu gießen: Auch diesen Hebel sollte man nutzen, um den Druck auf die Impfunwilligen zu erhöhen.

Wir müssen diese Auseinandersetzung führen. Wegducken ist angesichts der objektiven Gefahrenlage unverantwortlich. Wahrlich nicht als Selbstzweck, sondern in der Hoffnung, den einen oder die andere Impfgegner_in umzustimmen. Es geht um Menschenleben!

JOACHIM GEFFERS

ANZEIGEN SPEZIAL

Schleim im Rachen und Räusperzwang

Expertentipp von Dr. med. R. Dannesberger

Wiederkehrendes Räuspern, Verschleimung im Rachen und Druckgefühl am Kehlkopf - viele Menschen leiden seit Jahren unter diesen Beschwerden. Da die Ursache häufig nicht gefunden wird, laufen die Therapieversuche mit schleimlösenden Medikamenten und Kortisonsprays häufig ins Leere.
Seit wenigen Jahren ist bekannt, dass die Ursache dieser Beschwerden im Bereich der Speiseröhre und der Magenklappe liegt. Mithilfe der Befragung des Patienten und der Untersuchung des Kehlkopfs kann der HNO-Arzt erste Hinweise für die Erkrankung finden. Die 24-Stunden Messung des pH-Wertes im Rachen führt zu weiteren Erkenntnissen. Typischerweise kommt es bei diesen Patienten nachts zu einem starken pH-Wert-Abfall.
Vom HNO-Arzt wird folgend eine funktionelle Endoskopie der Speiseröhre und der Magenklappe durchgeführt. Im Gegensatz zur Magenspiegelung, ist der Patient bei der Untersuchung wach. Der Vorteil liegt darin, dass die Funktion der Magenklappe und der umgebenden Strukturen beurteilt werden kann. Ist die Ursache der Beschwerden gefunden, kann nach einem ausführlichen Gespräch die richtige, meist medikamentöse Therapie, durch den HNO-Arzt eingeleitet werden.

HNO in Wellingsbüttel
Dr. med. Rainer Dannesberger
Facharzt für HNO-Heilkunde
Wellingsbüttler Weg 119
22391 Hamburg
Telefon: 040 - 46 65 37 28
www.hnopraxis.hamburg
Praxis für Privatpatienten und Selbstzahler

DVPi Gesellschaft für Verkehrspädagogik mbH,
Brandstücken 21, 22549 Hamburg Tel. 040/8400 431 - 0

Fahrlehrerausbildungsstätte sucht

Lehrkraft / Pädagoge, Erziehungswissenschaften mögl. mit Fahrlehrerlaubnis (w/m/d)

Die DVPi Gesellschaft für Verkehrspädagogik mbH in Hamburg ist eine Fahrlehrerausbildungsstätte in der Fahrlehrer aus- und fortgebildet werden. Heute ist das DVPi® ein eingetragenes Warenzeichen und eine erfolgreiche Bildungseinrichtung im verkehrspädagogischen Bereich. In den letzten 20 Jahren wurden hier um die 4000 Menschen zum Fahrlehrer/zur Fahrlehrerin der Klasse BE ausgebildet.

Ihre zukünftigen Aufgaben:

- Sie unterrichten und betreuen die Ausbildung im theoretischen Teil von Fahrlehreranwärtern (pädagogischen Grundlagen)

Ihr Profil:

- Sie verfügen über ein erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium mit Bildungswissenschaftlichem Schwerpunkt und Diplom oder gleichwertigem Studienabschluss, (Master, Magister, Diplom) oder ein abgeschlossenes Lehramtsstudium (2. Staatsexamen)

Das bieten wir Ihnen unter anderem:

- Gestaltungsspielräume im Rahmen der Fahrlehrerausbildungsordnung (Rahmenlehrplan)
- Fachliteratur Verkehrspädagogik
- Unterstützung durch das gesamte Kollegium.
- Die Möglichkeit der flexiblen Nebentätigkeit auf Honorarbasis

Diese Aufgabe reizt Sie und Sie haben Lust auf unser tolles Team?

Dann freuen wir uns auf Sie und Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, Lebenslauf) mit Angabe Ihrer Gehalts-/ Honorarvorstellung und Ihres frühesten Eintrittstermins.

Ansprechpartner: Kirsten Saker, Tel. 040 8400 431 24 oder saker@dvpi-hamburg.de

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: i-Stock; hlz

Rückseite: FRIDAYS FOR FUTURE; 123rf.com

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 11/2021: 21.10.2021

Alles für Ihre Drucksache aus einer Hand – professionel, schnell und preiswert!

albersdesign

Media-Agentur

Mediengestaltung
+Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung

Horn 33 . 25421 Pinneberg

T: 04101-842 671
M: 0157-38 37 1442

ca@albers.design
www.albers.design

Praxis für Psychotherapie und Supervision

- Freude am Leben
- Selbstvertrauen
- Gelassenheit
- Videositzungen möglich

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG, ehem. Lehrer

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood*. Bitte sendet mir weitere Informationen zu. Ausgabe

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

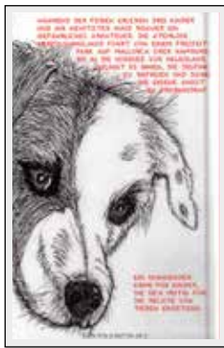
Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de



Für Ihre Bestellungen aus dem Schulbereich oder für die Schulbibliothek im Rahmen des Themas **Wale&Delfine** stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

• *Rabatte (z.B. für Klassensätze)*

kontakt@jackgerard.de
www.verschleppt-im-netz-der-delphinraeuber.de

Hier könnte Ihre Anzeige stehen 04101-842 671

Debeka

Füreinander da sein – gerade in schwierigen Zeiten

Corona und Unwetterkatastrophen: Die Debeka lässt ihre Mitglieder nicht alleine

Schon Corona macht vielen Menschen zu schaffen – sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich. Nun kommen in etlichen Regionen noch verheerende Unwetterkatastrophen hinzu, die die Existenz bedrohen. Ihre Mitglieder lässt die Debeka in dieser Situation nicht alleine, denn sie ist im Gedanken des gegenseitigen Unterstützens entstanden und hat sich „Das Füreinander zählt" auf die Fahne geschrieben.

Hilfe bei Post- oder Long-Covid
Ihren vollversicherten Mitgliedern, die unter Post- oder Long-Covid leiden, bietet die Debeka Krankenversicherung ein telefonisches Versorgungsprogramm an: covidcare. Das Coaching ist individuell auf Beschwerden, Sorgen und Erlebnisse des Betroffenen abgestimmt und soll Langzeitschäden verhindern oder abmildern. Dabei werden auch digitale Anwendungen eingesetzt. Bei einem schweren Verlauf gibt es zudem Hilfe bei der Suche nach spezialisierten Ärzten und Kliniken, Reha-Einrichtungen sowie Selbsthilfe- und Sportgruppen.

Hab und Gut gegen Naturgefahren absichern
Wie sind bei einem Unwetter Schäden an Haus, Wohnung oder Inventar abgesichert? Eine Hausrat- sowie eine Wohngebäudeversicherung decken die Risiken Sturm und Hagel ab. Um das Eigentum bei Überschwemmungen durch Niederschläge oder übertretende Flüsse zu schützen, braucht man eine zusätzliche Absicherung über weitere Naturgefahren. Diese greift dann auch bei Schäden gegen weitere Naturgefahren wie Erdrutsch, Schneedruck, Rückstau, Lawinen, Erdbeben und Vulkanausbrüche.

Füreinander da sein
Der wahre Wert einer Gemeinschaft zeigt sich vor allem in schwierigen Zeiten. Gegenseitige Unterstützung ist seit jeher Basis der Debeka-Idee von einem optimalen Versicherer. Deshalb ist die Debeka mit mehr als 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 4.500 Orten in Deutschland für ihre mehr als sieben Millionen Mitglieder da. Und weil sie ihre Ideale ernst nimmt, zählt sie laut Trusted Brand Studie zu den vertrauenswürdigsten Versicherern Deutschlands.

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2021 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) / **info@h-l-f.de**

#AlleFürsKlima
Wir machen die Wahl zur Klimawahl!
GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt
KLIMA STREIK
ZUSAMMEN MIT #FRIDAYSFORFUTURE AUF DIE STRASSEN
24.09.
FRIDAYS FOR FUTURE
© kstudija/123rf.com